



universität  
wien

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Untersuchung des Governance-Potentials in  
Energierregionen anhand der Fallstudien Güssing,  
Kötschach-Mauthen und Murau.“

Verfasserin

Agnes Katharina Sieberth

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt

Politikwissenschaft

Betreuer

Privatdoz. Dipl.-Polit. Dr. Markus Wissen



## Danksagung

Der größte Dank gilt an dieser Stelle meinen Eltern Elisabeth und Wolfgang. Sie haben mich nicht nur finanziell durch das Studium getragen, sie haben mich auch ideologisch unterstützt. Sie haben meine Entscheidungen auf konstruktive Art und Weise aufgenommen, sich für mich und meine Ideen interessiert und mich ohne Druck oder Zwang meinen Lebensweg gehen lassen, so, wie ich es für richtig hielt.

Außerdem möchte ich meinem Betreuer Markus Wissen danken, er hat mich während der Zeit des Schreibens fachlich kompetent betreut und mich immer wieder auf interessante Pfade geleitet.

Während eines Studiums begleiten einen vielen Menschen, an dieser Stelle sei all jenen gedankt, die mich auf jegliche Weise unterstützt haben. Dazu zählen neben meinen Eltern auch meine Geschwister Elisabeth, Barbara und Wolfgang und Freunde und Freundinnen, mit denen ich eine Vielzahl interessanter Diskussionen führte und auf deren Unterstützung ich während der Zeit des Studiums – mit all seinen Auf und Abs – immer rechnen konnte. Motivierend war mein Studienkollege Claus. Da er an seiner eigenen Diplomarbeit schrieb, ergaben sich anregende Diskussionen.

Mein Interesse an Umweltpolitik wurde seit Anbeginn durch meine Arbeit bei Greenpeace gestärkt und gefördert. Ich möchte mich deswegen für die langjährige Zusammenarbeit bedanken, die mir den Einblick in verschiedenste Themengebiete ermöglichte und die meine Sichtweise und meinen Zugang zu bestimmten Themen nachhaltig beeinflusste.

Zuletzt möchte ich meinem Lebensgefährten Dominik danken. Seine fachliche Expertise im Bereich Energie hat mir sehr geholfen und mir viele frustrierende Momente erspart. Aber nicht nur für seine Kompetenz, sondern auch für seine starke Unterstützung in unserem gemeinsamen Alltag möchte ich ihm an dieser Stelle danken.

## **Kurzfassung**

Produktion und Transport von Energie sowie die damit verbundenen Risiken beschäftigen unsere Zivilisation schon seit langem. War die dezentrale Energieversorgung vor der industriellen Revolution üblich, ist sie heute eine Besonderheit. Auch die politischen Entscheidungsstrukturen gehen mit diesem Trend einher. So führen bundesweit angelegte Pläne zu einer vernachlässigten Nutzung regionaler Möglichkeiten.

Eine Gegenbewegung stellen Energieregionen dar. Auf lokaler Ebene werden hier regionale Energieerzeugungsmöglichkeiten genutzt, um unabhängig von Energieimporten zu werden. Damit soll die Wertschöpfung in der Region bleiben, die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen erlangt werden und so neben der Verbesserung wirtschaftlicher Indikatoren auch eine bessere Ökobilanz erreicht werden. Nach und nach wurde neben der Stärke dezentraler Entscheidungsstrukturen auch das Potenzial der zivilgesellschaftlichen Beteiligung erkannt und durch nationale Programme gefördert.

Aufgrund dieser Entwicklungen wurde von verschiedenen AutorInnen die Vermutung geäußert, dass die Form von Energieregionen großes Potential für neuartige Governance-Prozesse böte.

Anhand dreier Fallstudien soll in vorliegender Diplomarbeit untersucht werden, inwieweit sich durch den Konstituierungsprozess von Energieregionen neue Muster von Regional Governance, also demokratische Partizipation in Form von „bottom-up“ Prozessen entwickelten.

Durch die Untersuchung verschiedener Entscheidungsstrukturen und –ebenen in Güssing, Kötschach-Mauthen und Murau konnten allerdings nur wenige neuartige Governance-Prozesse festgestellt werden. Zwar ergaben sich in allen Fällen neue Zusammenschlüsse verschiedener Stakeholder, allerdings gelang eine (mäßige) Einbindung der Zivilbevölkerung nur in Murau.

## **Abstract**

Production and transport of energy and the risks coming with it, are one of mankind's greatest concerns since the very beginning. Being a common practice in former days, decentralized energy supply these days is a rather rarely used form. The practice of regional decision-making goes along with this pattern – nowadays nationwide programs lead to less usage of regional specifics.

Energy regions can be pictured as a countermovement to these developments. On a local base regional possibilities for Energy production are being used to achieve independency concerning energy imports. Thus added value stays in the region, independence of fossil fuels can be reached and besides the enhancement of economic indicators an improvement of the environmental performance evaluation is assumable.

Gradually the strength of regional decision-making structures as well as the positive influence of civil-societal cooperation got recognized and supported by national programs.

Along these developments authors stated their assumption in various papers, identifying energy regions as highly potential for novel Governance-Processes, meaning democratic, bottom-up processes.

Within three case studies this diploma thesis examines therefore the potential of new Governance-Processes in energy regions.

Due to the research of different decision structures and levels in Güssing, Kötschach-Mauthen and Murau only marginal novel Governance-Processes could be located. In some cases new networks among different stakeholders came into existence, the involvement of civilian population was modestly achieved only in Murau.



# Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG .....	1
1.1	Forschungsfragen.....	3
1.2	Konzeption.....	7
2	METHODE UND THEORIE.....	10
2.1	Multi-Level Analyse .....	10
2.2	Governance .....	11
2.3	Regional Governance.....	17
2.4	Überblick zur Darstellung von Regionale Governance in der Literatur.....	18
2.5	Zwischenfazit zu Methode und Theorie.....	21
3	FORSCHUNGSERGEBNISSE ZU ENERGIEREGIONEN IN ÖSTERREICH.....	24
3.1	Energieregion.....	24
3.1.1	Energieautarkie und Energieautonomie.....	26
3.1.2	Nachhaltigkeit durch Treibstoffe der zweiten Generation.....	28
3.1.3	Erfolgreiche Energieregion.....	30
3.2	Ökologie, Wirtschaft und Partizipation .....	31
3.3	Region(ale Identität) .....	34
3.4	Herangehensweisen in den Energieregionen .....	36
3.5	Überblick zur Darstellung von Energieregionen in der Literatur.....	38
3.6	Zwischenfazit Forschungsstand .....	41
4	FALLSTUDIEN: GÜSSING, MURAU UND KÖTSCHACH-MAUTHEN .....	43
4.1	Regional Governance-Strukturen in Energieregionen .....	47
4.2	Güssing .....	49
4.2.1	Regional Governance in Güssing .....	52
4.3	Murau.....	55
4.3.1	Regional Governance in Murau.....	57
4.3.2	Soziotechnisches Betreuungsmodell für Energieregionen nach Bärnthaler und Schauer.....	59
4.4	Kötschach-Mauthen .....	64
4.4.1	Regional Governance in Kötschach-Mauthen .....	65

4.5	Demokratie und Demokratiedefizit.....	69
5	VERGLEICH DER PROZESSSTRUKTUREN .....	72
5.1	Einbindung verschiedener AkteurInnen.....	72
5.2	Vertikale Streuung des Aktionsrahmens der Beteiligten .....	73
5.3	Erreichte Problemlösungskompetenz.....	76
6	FAZIT .....	77
7	LITERATURVERZEICHNIS.....	82
8	ONLINEQUELLEN.....	85
9	ABBILDUNGSVERZEICHNIS .....	89
10	INTERVIEWVERZEICHNIS.....	89
11	KURZBIOGRAPHIE DER AUTORIN.....	90



## 1 Einleitung

Seit den Anfängen der menschlichen Zivilisation ist das Thema Energie für das Vorankommen der Spezies Mensch ausschlaggebend. Angefangen von der Domestizierung des Feuers über die industrielle Revolution bis hin zum Bau von Atomreaktoren und der Entwicklung von Photovoltaik zieht sich ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte: einerseits die Notwendigkeit von Energie, um Wachstum und Wohlstand zu erreichen, andererseits die Schwierigkeit der Produktion, des Transportes, der technischen Rahmenbedingungen und ihrer Risiken.

Produktion und Transport von elektrischer Energie waren, dem technischen Stand entsprechend, anfänglich dezentral und regional gestaltet. Die Wasserkraft ist auffallend früh eine wichtige, dezentrale Energielieferantin. Wurden bereits in Mesopotamien Wasserräder verwendet, waren zu vorindustriellen Zeiten dann auch in Westeuropa besonders handwerkliche Betriebe wie Mühlen oder Sägewerke von Wasser betriebenen Gerätschaften abhängig (vgl. Wallner 2000).

Aber auch einzelne Gemeinden und Täler versorgten sich durch Kleinkraftwerke mit Wasserkraft. Ein Beispiel dafür ist die Gemeinde Kötschach in Kärnten, hier wurde bereits 1886 ein Wasserkraftwerk gebaut. Damit konnte der Strombedarf des Rathauses und der Schule produziert werden.<sup>1</sup> Zwar kannten schon ältere Kulturen fossile Energieträger, doch erst durch die Erfindungen der Zeit der Industrialisierung, wie etwa der Dampfmaschine im späten 18. Jahrhundert, wurde die Verwendung und der Abbau von fossilen Energieträgern zur Energieproduktion zentralisiert. Durch den steigenden Energiebedarf der führenden Industrienationen wurden Erdöl und Erdgas als Energieträger erworben und importiert. Damit folgte auch eine Kapitalabwanderung ins Ausland<sup>2</sup>.

In vorliegender Arbeit widme ich mich also einem Phänomen, das eigentlich nicht neu ist, denn dezentrale Energieproduktion war in den Anfängen der Elektrizitätsproduktion üblich. Neben der dezentralen Energieproduktion ist in der heutigen Zeit auch die „Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen“ ungewöhnlich (vgl. Walk in Brunnengräber/Walk 2007). Nach und nach aber erlangt dieses Phänomen in der österreichischen Öffentlichkeit und der Literatur wieder Bekanntheit: das Phänomen Energieregion.

---

<sup>1</sup> Vgl. Geschichte der Energiegemeinde Kötschach-Mauthen: [http://energie-autark.at/show\\_content.php?sid=44](http://energie-autark.at/show_content.php?sid=44)

<sup>2</sup> Vgl. <http://www.energieinfo.de/eglossar/node56.html>

## 1 Einleitung

Die auffallend unterschiedliche Schreibweise in diversen Veröffentlichungen, etwa EnergieRegion, Energie-Region, Energie-Modellregionen usw., deutet auch auf die Vielfalt der Interpretationsmöglichkeiten hin, die dieser Begriff umfasst. Genauso tauchen Umschreibungen und Abwandlungen des Begriffes auf, beispielsweise Energievision<sup>3</sup>, Ökoenergieregion<sup>4</sup>, Themendorf<sup>5</sup>, Energiepark oder auch die Verwendung der Formulierung „Programm für energieeffiziente Gemeinden“, das die Austria Energy Agency gemeinsam mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ins Leben gerufen hat.<sup>6</sup>

Zu Grunde liegen UN-Konferenzen, Berichte und Berechnungen von Klima-Forschern und Forscherinnen, die zeigen, dass sich spätestens seit Ende des vergangenen Jahrhunderts das Klima auf der Erde erwärmt.<sup>7</sup> Der Zusammenhang mit von Menschen erzeugten Treibhausgasen ist vielfach belegt.<sup>8</sup> Laut Internationaler Energie Agentur (IEA) entstanden 41% der energiebedingten Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) Emissionen 2010 bei der Produktion von Elektrizität (vgl. IEA 2010).

Diese Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und der damit verbundene Kapitalfluss ins Ausland motivierte Menschen zum Umdenken, und es entstanden in Österreich Anfang der 1990er alternative Konzepte zur Strom- und Wärmeerzeugung. Das Kanalisieren des Strebens nach Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen erschien auf lokaler Ebene offensichtlich einfacher. Neben Strategiepapieren und nationalen Aktionsplänen die Österreich „Klimaschlusslicht Europas“<sup>9</sup> werden ließen, entstanden abseits des medialen Scheinwerferlichts Zusammenschlüsse von Gemeinden, Organisationen, Unternehmen und einer Vielzahl anderer interessierter Stakeholder. Erste Energieregionen entstanden und zeigten, wie Konzepte zur Einsparung großer Mengen CO<sub>2</sub> auf regionaler Ebene aussehen können.

Festgestellt kann auch werden, dass es noch wenige ausführliche wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dem Begriff der Energieregion gibt und es dadurch zu unterschiedlichen Verständnisweisen kommt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: es handelt sich bei Energieregionen um Regionen, in denen Teile der Bevölkerung selbst initiativ werden, um durch regionale

---

<sup>3</sup> Vgl. Energievision Murau, <http://energievision.at/>

<sup>4</sup> Vgl. Ökoenergieregion Hallein-Salzburg, <http://www.salzburg.gv.at/Energieleitbild>

<sup>5</sup> Vgl. Baum 2004

<sup>6</sup> <http://www.e5-gemeinden.at/>

<sup>7</sup> Z.B.: IPCC 2001 und 2007, *Conference of the Parties (COP)*, etc.

<sup>8</sup> Vgl. ebd.

<sup>9</sup> Den Begriff „Klimaschlusslicht“ prägte die Umweltorganisation Greenpeace CEE in ihrer Klima-Kampagne.

Energieproduktion aus erneuerbaren Energieträgern<sup>10</sup> einen höheren Grad an Energieautarkie zu erreichen. Da in einem der nächsten Kapitel genauere Definitionen zu Energieregionen vorgenommen werden, möchte ich es vorerst bei dieser Beschreibung belassen, um im Folgenden die Fragestellung und das Ziel dieser Diplomarbeit zu erläutern.

## 1.1 Forschungsfragen

Neben Späth schreiben u. a. Mez und Brunnengräber von dem „demokratischen Potenzial und der kollektiven Handlungsfähigkeit“, die der Einsatz von erneuerbaren Energien bieten kann, da Abhängigkeiten von hierarchisch entstandenen Konzepten aufgebrochen werden. Gerade der in der Gesellschaft tief verankerte Fossilismus könne nur durch Handeln auf allen Ebenen und durch den Einsatz von erneuerbaren Energien abgelöst werden. Unterschiedliche „Ansätze und Instrumente“ seien dazu notwendig, da viele verschiedene AkteurInnen in der politischen Arena aktiv werden müssen (vgl. Mez/Brunnengräber 2008, S. 231).

Diese Prozesse, die Mez und Brunnengräber hier ansprechen, findet man sowohl in Beschreibungen von Regional Governance (vgl. Walk 2008), aber auch in den Konzeptdarstellungen von manchen Energieregionen und schließlich in Leitlinien von Förderprogrammen für Energieregionen und Initiativ-Programmen (vgl. u.a. e5 Programm).

---

<sup>10</sup> Als erneuerbare Energien werden Energieträger bezeichnet, die nicht endlich, sondern regenerativ sind, sich also innerhalb relativ kurzer Zeiträume selbst erneuern. Das Umweltbundesamt Österreichs definiert erneuerbare Energien folgendermaßen: „Erneuerbare Energien sind Energieträger/-quellen, die sich ständig erneuern bzw. nachwachsen“ (vgl.

<http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/energie/energietraeger/erneuerbareenergie/>). Konkret zählen Sonnenenergie, Wasserkraft, Windenergie, Biomasse, Geothermie und Gezeitenenergie zu den erneuerbaren Energiequellen. Biomasse nimmt in Österreich neben Wasserkraft einen besonderen Stellenwert ein. Das liegt u.a. daran, dass Österreich 47% Waldflächenanteil hat (vgl. <http://www.forstnet.at/article/articleview/60285/1/1453>). Im Gegensatz zu erneuerbaren Energiequellen sind fossile Energieträger in menschlichen Zeiträumen gesehen nicht regenerativ. Erdöl, Erdgas und Kohle, aber auch Teersande fallen in diese Kategorie. Erdgas erlebt gerade als Treibstoff für Kraftfahrzeuge einen Aufschwung, auch in Konzepten zu CO<sub>2</sub> Reduktionszielen. Durch Förderungen und Steuernachlässe ist es momentan deutlich billiger als Benzin oder Diesel und stellt damit einen Anreiz für AutofahrerInnen dar, auf ein mit Erdgas betriebenes Fahrzeug umzusteigen. Mit einem sehr niedrigen Kohlenstoffanteil und einem hohen Wirkungsgrad erzielt Erdgas außerdem gute Werte bei der Energiebilanz. Erdgasfahrzeuge sind aber auch mit veredeltem Biogas betreibbar und damit flexibel.

Biogas ist Gas, das bei der Vergärung von Biomasse entsteht. Auch hier ergibt sich die bereits erwähnte Problematik der Herkunft der verwendeten Biomasse. Eignen sich beispielsweise Klärschlamm, Biomüll und landwirtschaftliche Abfallprodukte, wie etwa Gülle als Ausgangsstoffe, können genauso eigens dafür angebaute Pflanzen verwendet werden. Letztere wiederum stehen in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion und werden daher in vielen nachhaltigen Konzepten gemieden. Bei der Nutzung von Abfallprodukten unserer Gesellschaft hingegen handelt es sich um einen effizienten Umgang mit unseren Ressourcen, da die Kette zur Verwendung einzelner Rohstoffe verlängert wird (Vgl. <http://www.kompost-biogas.info>).

## 1 Einleitung

Das „Programm für energieeffiziente Gemeinden - e5“ beschreibt beispielsweise die „Einstiegsphase“ konkret mit der Bildung eines Gremiums unabhängig (sic!) von politischen Strukturen:

„Die Gemeinde unterzeichnet eine Basisvereinbarung mit dem e5-Programmträger des jeweiligen Bundeslandes. (...) Anschließend wird ein e5-Team gebildet, das für die Umsetzung des e5-Programmes in der Gemeinde verantwortlich ist. Dieses Team arbeitet unabhängig von politischen Strukturen und setzt sich aus engagierten BürgerInnen, ExpertInnen, VertreterInnen von Firmen, Umweltschutzorganisationen, der Gemeinde etc. zusammen“<sup>11</sup>

Weiteres wird unter „Nutzen“ und „Vorteile“ betont, dass:

- die Mitwirkung der Bevölkerung an energiepolitischen Entscheidungen und Aktivitäten ermöglicht und forciert wird;
- der Aufbau von Strukturen und die Vernetzung von Akteuren innerhalb der Gemeinde (Politik, Verwaltung, BürgerInnen, Betriebe, Initiativen etc.) ein wesentliches Element ist;
- die Verbesserung von energierelevanten Abläufen in der Gemeinde zu erwarten ist;
- die Beteiligung der EinwohnerInnen gefördert wird;
- die Stärkung der Eigenverantwortung der EinwohnerInnen hervorgerufen wird.<sup>12</sup>

Das Potential der partizipativen Selbstverwaltung und dem damit entstehenden demokratischen Mehrwert in Energieregionen ist also mittlerweile bei nationalen Förderprogrammen weitgehend zu einer Grundannahme geworden und findet in Strategiepapieren als gezielter Schwerpunkt Eingang.<sup>13</sup>

Auch Philipp Späth schreibt in seinem vom „Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie“ in Auftrag gegebenen Bericht:

„Diese Belege<sup>14</sup> weisen auf ein großes Potential hin, EnergieRegionen - diese besonderen Kombinationen von entscheidungswirksamen Leitbildern und ermöglichenden Akteursnetzen - als Prototypen neuartiger Governance-Formen auf regionaler Ebene zu betrachten und ihre Potentiale insbesondere im Hinblick auf die Koordination von Politiken (Entscheidungen, Programmen, Schwerpunktsetzungen usw.) in verschiedenen Politikfeldern und auf verschiedenen Governance-Ebenen zu untersuchen.“ (Späth 2007, S. 6)

---

<sup>11</sup> Vgl. <http://www.e5-gemeinden.at/index.php?id=ablauf>

<sup>12</sup> Vgl. <http://www.e5-gemeinden.at/index.php?id=nutzen> und <http://www.e5-gemeinden.at/index.php?id=vorteile>

<sup>13</sup> Vgl. <http://www.e5-gemeinden.at/index.php?id=vorteile>

<sup>14</sup> Die von Späth erwähnten Belege beziehen sich auf bereits erreichte Umsetzungen von festgelegten Leitbildern in Form von „koordinierten Einflüssen auf Entscheidungen“ in Energieregionen.

Wie Späth selbst andeutet ist dieses Potential noch unzureichend erforscht. Auch Walk bemängelt die unzureichende Forschung in Bezug auf partizipative Demokratie und tatsächlichen Mehrwert für die Bevölkerung. Genaue Untersuchungen diesbezüglich sind spärlich und Berichte aus Energieregionen deuten auch auf Schwierigkeiten hin, die noch nicht Eingang in aktuelle Forschungsarbeiten gefunden haben.

Die zentrale Forschungsfrage dieser Diplomarbeit soll daher lauten: Inwieweit entwickeln sich durch den Konstituierungsprozess von Energieregionen neue Muster von Regional Governance, also demokratische Partizipation in Form von „bottom-up“ Prozessen?

Seit den frühen 1990ern gibt es bereits eine Anzahl an Beispielregionen, die vorbildhaft zeigen, wie das Streben nach Energieautarkie gelebt werden kann. Drei dieser Regionen, die auf ihre lokalen Ressourcen und Möglichkeiten gesetzt und damit großen Erfolg haben, sind die Energieregionen Güssing im Burgenland, Kötschach-Mauthen in Kärnten und Murau in der Steiermark. Im Laufe der Jahre haben sich hier Energieregionen gebildet, die nicht nur einen hohen Grad an Energieautarkie erreicht haben, sondern auch wertvolle Beiträge im Bereich Partizipationsstrategien und Forschung und Entwicklung zur effizienten Nutzung erneuerbarer Energien geleistet haben (vgl. u.a. Koch 2006, Alber 2009). Dennoch zeigt sich, dass Entstehung und Prozess sehr unterschiedlich sind. Auch deshalb wurden diese drei Energieregionen gewählt, um zu verdeutlichen, dass es sich bei Energieregionen um sehr divergente Regionen handelt, die sich lediglich den Überbegriff „Energieregion“ teilen.

Neben Güssing, Kötschach-Mauthen und Murau gibt es genauso Energieregionen, die nicht diesen großen Erfolg aufweisen können, deren Ausgangssituation vielleicht ähnlich war, die aber dennoch (noch) nicht die Ziele erreichen konnten, die sie sich zu Beginn gesteckt hatten. Eine untergeordnete Forschungsfrage soll daher lauten: Wenn es eine neue Form von partizipativen Beteiligungsprozessen gibt, welche Rolle spielen sie beim Erreichen von Energieautarkie? Welche Prozesse wirken sich positiv auf das Gelingen aus und welche nicht? Spielt die Größe der Region eine Rolle, bzw. wie regional muss eine Energieregion sein, um von den lokalen Gegebenheiten und Synergien profitieren zu können?<sup>15</sup>

Von der regionalen Ebene aus soll weiter ein Blick auf das Mehrebenensystem geworfen werden. Denn wie Heike Walk feststellt, werden durch „Globalisierungsprozesse wachsende

---

<sup>15</sup> Da diese Diplomarbeit dem Abschluss eines sozialwissenschaftlichen Studiums dient, nämlich dem der Politikwissenschaft, werden die Untersuchungen der technischen Erfolgsbedingungen den politisch und sozialen hinten anstehen.

## 1 Einleitung

Anforderungen an regionale Koordinierungsleistungen gestellt“ (vgl. Walk 2008). Auf sämtlichen politischen Ebenen gibt es Strategien und Arbeitsprogramme zur Senkung der von Menschen verursachten Treibhausgase. Oft treten diese Initiativen gekoppelt mit dem Ziel auf, regionale Strukturen zu fördern.

Sturm und Bauer stellen fest, dass sich für alle Regionen Europas die Grundsatzfrage stellt, „wie ihre Perspektiven in der EU aussehen, also wie stark ihre Kompetenzen abgegeben oder geteilt werden müssen, in welcher Weise sie direkt oder indirekt durch Weichenstellungen eingebunden sind, und ob die EU-Ebene Verbündeter oder Gegner beim Streben nach dem Erreichen oder dem Erhalt regionaler Autonomie und regionaler Kultur ist.“

Abgesehen von tieferen Einblicken in die tatsächliche Struktur verschiedener Energieregionen und einer Antwort auf die Frage, ob in Energieregionen neue Partizipationsformen praktiziert werden, wird schlussendlich auch interessant sein, wie Fördermittel verteilt und verwendet werden. Welche Akteure und Akteurinnen beschaffen Fördermittel und welchen Projekten kommen sie zu Gute? Haben regionale Akteure abseits einer parteipolitischen Struktur überhaupt eine realistische Möglichkeit an Fördermittel zu gelangen, und wie wird sichergestellt, dass diese legitimiert eingesetzt werden? Inwieweit entwickeln sich in Energieregionen tatsächlich andere, demokratische Strukturen parallel zu Gemeinderat und anderen politischen Institutionen, die fähig sind, an Fördermittel zu gelangen?

Zusammengefasst ergeben sich zusätzlich zu der zentralen Forschungsfrage zwei weitere zu bearbeitenden Fragestellungen:

- Inwieweit entwickeln sich durch den Konstituierungsprozess von Energieregionen neue Muster von Regional Governance, also demokratische Partizipation in Form „bottom-up“ Prozessen?
  - Wenn es eine neue Form von partizipativen Beteiligungsprozessen gibt, welche Rolle spielen sie beim Erreichen von Energieautarkie?
  - Inwieweit entwickeln sich in Energieregionen tatsächlich andere, demokratische Strukturen parallel zu Gemeinderat und anderen politischen Institutionen, die fähig sind an Fördermittel zu gelangen?

Diese Diplomarbeit soll dazu dienen, das Phänomen Energieregionen besser zu verstehen und dessen Potenzial für eine neue Art der partizipativen Entscheidungsfindung zu untersuchen.

Die unterschiedlichen Herangehensweisen und die starken Variationen in der Struktur, die Energieregionen aufweisen, werden dieses Vorhaben nicht erleichtern – aber dennoch, oder genau deshalb, ist das Thema so interessant für mich.

## **1.2 Konzeption**

Der Untersuchungsgegenstand erfordert eine Herangehensweise, die den flexiblen und divergierenden Charakter von Energieregionen zu erfassen vermag. Es werden daher unterschiedliche Betrachtungsweisen und Analysemethoden angewendet werden. Neben theoretischen Betrachtungen und Zusammenführungen aus der Literatur wird auch der Zugang durch Interviews mit ExpertInnen erweitert. Diese Interviews dienen dazu, einen Zustand nahe der Realität zu erfassen und ein besseres Verstehen der komplexen Struktur von Energieregionen und deren Prozessen zu ermöglichen. Ziel ist es, durch einen Vergleich der Herangehensweise und der Entwicklung der drei gewählten Energieregionen zu einer inhaltsreichen Aussage über ein mögliches neues Governance Potential in Energieregionen zu gelangen.

Es wird allerdings angenommen, dass die Untersuchung dreier Energieregionen keine allgemein gültige Aussage hervorbringen kann. Da aber drei im Bereich der Planung zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung sehr unterschiedliche Energieregionen gewählt wurden, lässt sich ein Überblick mit einigen tiefergehenden Aussagen zu möglichen Ausprägungen von Governance-Strukturen erstellen.

Die Auswahl der Regionen geschah also primär vor dem Hintergrund, dass umfangsbedingt nur wenige Fallbeispiele herangezogen werden können und sie deshalb im Bereich der zivilgesellschaftlichen Beteiligungsförderung ein möglichst weites Spektrum abdecken sollten. Güssing und Murau boten sich an, da sie schon von Gotelind Alber als zwei sehr gegenteilige Gemeinden identifiziert wurden. Güssing wird dabei als stark technologieorientierte Gemeinde klassifiziert, Murau als zivilgesellschaftlich ausgerichtetes Projekt eingeordnet (vgl. Alber 2009). Kötschach-Mauthen reiht sich zwischen diesen beiden Herangehensweisen ein, weil beide Ziele – technologischer Fortschritt und BürgerInnenbeteiligung – angestrebt werden. In allen drei Gemeinden wird untersucht werden, ob neue Governance Strukturen zu beobachten sind und inwiefern das Potential für zivilgesellschaftliche Prozesse gegeben ist.

Da eine Vergleichsmöglichkeit in Bezug zu einer „alten“ Form von Governance schwierig herzustellen ist, wurden Gemeinden bzw. Energieregionen gewählt, die ein breites Spektrum an Beteiligungsformen bieten. Von einem angenommenen kaum stattfindenden zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozess in Güssing bis hin zu einem dem Anschein nach stark an BürgerInnen ausgerichteten Projekt in Murau. So kann im Vergleich festgestellt werden, welche Strukturen herausgebildet werden können, welche Synergien entstehen, und wie Gemeinden unterschiedlich damit umgehen.

Dass bei einer der drei Regionen, nämlich Kötschach-Mauthen, nicht alle Kriterien erfüllt werden, die beispielsweise Späth in seinem Vorschlag zur Kategorisierung von Energieregionen nennt (etwa die Größe der EinwohnerInnenzahl), wird kritisch bedacht werden.

Vorerst sollen nun aber im folgenden 2. Kapitel die gewählte Methode und der verwendete Theorie-Ansatz erläutert werden. Darunter fallen die Multi-Level Analyse und der Governance-Ansatz. Ich folge hierbei Heike Walk, die die Multi-Level Analyse im Bereich „Governance und Klimawandel“ anwendet.

Das Governance Konzept dient als theoretischer Rahmen. Obwohl dieses Konzept wegen seiner schwierigen Einordenbarkeit vielerorts nicht als Theorie als solche wahrgenommen wird<sup>16</sup>, dient es trotzdem als theoretisches Werkzeug, um bestimmte Sachverhalte besser fassen zu können, und wird unter Kapitel 2.2 vorgestellt. Bei der Governance Forschung wird unter anderen spezialisierenden Bereichen auch mit dem Bereich *Regional Governance* gearbeitet. Diese Schwerpunktlegung wird im Kapitel 2.3 erläutert werden.

Der Schwerpunkt der Literaturanalyse wird auf Forschungen zu den österreichischen Energieregionen gelegt. Die Vertretung des Konzeptes Regional Governance in der Literatur wird im Kapitel 2.4 vorgestellt. Die Darstellung des Forschungsstandes in der Literatur wurde deshalb so gewählt, da sich Energieregionen im nationalen Rahmen schon stark unterschiedlich ausprägen. Im internationalen Vergleich sind daher viele weitere Variable zu erwarten, die für den Rahmen dieser Diplomarbeit zu weit gehen würden.

In einem dritten Kapitel geht es um die aktuellen Forschungsergebnisse zu Energieregionen und um Fragen der Definition einzelner Sachverhalte.

Danach werden im vierten Kapitel drei Fallbeispiele vorgestellt und analysiert. Der Aufbau von Regional Governance-Strukturen, die zur Entscheidungsfindung dienen, wird dabei

---

<sup>16</sup> Auf diese Schwierigkeit wird später noch genauer eingegangen.



zentraler Untersuchungsgegenstand sein. Es wird untersucht, ob, und wenn ja welche Faktoren, zu Erfolg oder Misserfolg des Prozessaufbaus bezüglich zivilgesellschaftlicher Partizipation geführt haben. In diesen Teil fließt die Darstellung der interviewten ExpertInnen aus den untersuchten Energieregionen ein, um ein realitätsnahes Bild der Partizipationsformen zu bekommen.

Am Ende des vierten Kapitels wird auch nochmal genauer auf die Schwierigkeit der Gewährleistung von demokratischen Grundverständnissen eingegangen.

Im Anschluss daran soll im fünften Kapitel die These, die u.a. von Philipp Späth geäußert wurde, geprüft werden, inwiefern es sich tatsächlich um eine „neue Form von Governance“ handelt. Mit Hilfe der gewonnenen Erkenntnisse aus den vorher ergangenen Analysen sollen die Rahmenbedingungen untersucht werden, die es braucht, um BürgerInnenbeteiligung erfolgreich zu gestalten. Außerdem soll festgestellt werden, wie sich diese angeblich neue Form von Governance manifestiert. Dies geschieht anhand eines Vergleiches der vorgefundenen Prozessstrukturen und der unterschiedlichen Herangehensweisen.

Des Weiteren werden die Einflussmöglichkeiten von nationalen und supranationalen Politiken bzw. Förder-Strategien auf Energieregionen untersucht.

Am Ende schließlich sollen eine Zusammenführung und eine Zusammenfassung der Ergebnisse erfolgen, die, mit einem kritischen Fazit im siebenten Kapitel, die Diplomarbeit abschließen.

## 2 Methode und Theorie

Methodisch wird die Herangehensweise von Heike Walk und Philipp Späth gewählt. Sie beide arbeiten mit ähnlichen Themengebieten und konzeptionellen Vorgehensweisen. Es erscheint daher sinnvoll, mit einer bereits erprobten Methodik zu arbeiten.

Wie bereits erwähnt, dient das Governance Konzept als theoretischer Rahmen. Da es mittlerweile eine Fülle an Kategorien, Unterkategorien und Spezifizierungen im Bereich Governance-Forschung gibt, wird dieser Bereich ausführlicher behandelt werden. So wird sowohl das Governance Konzept als auch das Regional Governance Konzept vorgestellt und der aktuelle Forschungsstand erläutert werden.

### 2.1 Multi-Level Analyse

Nach Walk bezieht sich eine Multi-Level- oder Mehrebenenanalyse auf „verschiedene räumlich-institutionelle Ebenen“, was auf der subnationalen Ebene beispielsweise Bundesländer und Gemeinden sein können. Aus einem nationalen Blickwinkel kann dabei die Betrachtung von Institutionen, wie etwa der Europäische Union (EU) oder der Vereinten Nationen (VN), relevant sein. Der Fokus kann bei der Untersuchung eines Mehrebenensystems unterschiedlich gelegt werden. Walk unterscheidet zwischen räumlichen Ebenen und vertikalen und horizontalen Akteurskonstellationen, die ebenfalls untersucht werden können. Ebenen können aber auch in anderen Kategorien gedacht werden. Denn neben den politisch-territorialen, administrativen Ebenen, die vertikal oder horizontal ausgelegt werden können, gibt es auch die Möglichkeit der Erfassung über das *scale*-Konzept: „Scale wird hier eher als Prozess oder sich verändernde Struktur gefasst.“ Hierbei konstituieren sich Ebenen über „Auseinandersetzungen, Kompromisse und Diskurse“ (Brunnengräber/Walk 2007, S. 19).

Dabei können auch unterschiedliche „Problemfelder oder Schwerpunktbereiche“ herausgehoben werden. Die unterschiedlichen Konstellationen, die sich in bestimmten Politikfeldern ergeben, zeigen nämlich variierende Reaktionsmuster. (vgl. Walk 2008, S. 26 ff). Es ist also durchaus sinnvoll, ein Problemfeld in den Mittelpunkt zu stellen. Walk fokussiert ihre Forschung auf „Aktivitäten hinsichtlich der Bürgerbeteiligung in der Klimapolitik“ (ebd.). Ihre Herangehensweise soll als Vorbild dienen und der Forschungszugang ähnlich gewählt werden. So soll bei der Mehrebenenanalyse in dieser

Diplomarbeit das Problemfeld „Partizipationsentwicklungen und regional Governance in Regionen mit energiewirtschaftlichen Bestreben“ im Mittelpunkt stehen.

Mit dem Begriff der Mehrebenenanalyse wird auch die Erkenntnis zum Ausdruck gebracht, dass unterschiedliche Ebenen im politischen System unterschiedliche Kompetenzen wahrnehmen, und diese eine gesonderte Betrachtung verlangen. Wenn die Interaktion dieser Ebenen und ihren AkteurInnen analysiert wird, kann das Untersuchungsfeld Multi-Level Governance genannt werden.

In einem ersten Schritt werden daher für Energieregionen relevante Ebenen und AkteurInnen benannt und heraus gearbeitet werden. Diese Analyse hat das Ziel, herauszufinden, welche Einflüsse auf Partizipierende der Energieregionen einwirken, wie Kompetenzen verteilt sind, und in welches System sie eingebettet sind.

## 2.2 Governance

Governance<sup>17</sup> umfasst ein weites Spektrum an Interpretations- und Anwendungsmöglichkeiten, kann im Kontext unterschiedlichster Themenfelder betrachtet werden und wird von unterschiedlichen AkteurInnen als Aktionsrahmen wahrgenommen.

In Bezug auf Energieregionen lässt sich dieses Konzept mit einzelnen Konkretisierungen gut anwenden, da Interdependenzbewältigung, im Sinne von Problembewältigung, und Interaktion verschiedenster, nicht von oben vorgegebener AkteurInnen eine der grundsätzlichen Herausforderungen darstellt.

Walk beschäftigt sich ebenfalls mit der zunehmenden Modernität dieser neuen Formen. Oft werden ihnen verstärkt „Kooperation, Argumentation und kollektives Handeln“ zugerechnet (vgl. Walk in Brunnengräber/Walk 2007). Auch Späth deutet auf dieses Potential hin und suggeriert gleichzeitig mit der Verwendung des Terms „neuartige Governance-Formen auf regionaler Ebene“, dass es eine alte Form von Governance gibt. Zwar wird der Begriff im englischen Sprachgebrauch tatsächlich schon sehr lange verwendet, doch kamen erst in den letzten Jahrzehnten Zusatzbedeutungen hinzu, die bis heute noch ergänzt werden.

Wurde in den 70ern klar, dass von oben herab gesteuerte Programme auf „Gestaltungsobjekte“ nicht 1:1 umsetzbar waren, da Steuerungsimpulse „aktiv und

---

<sup>17</sup> Wie angekündigt wird in dieser Arbeit verstärkt mit dem Konzept der Regional Governance gearbeitet werden, trotzdem soll das theoretische Feld über das allgemeine Konzept der Governance aufgespannt werden, um Zusammenhänge besser darstellen zu können.

eigendynamisch“ aufgenommen wurden, kam man von der Governance Übersetzung „Planung“ ab und schwenkte auf „Steuerung“ als Pendant um. Aber auch dieses Konzept stieß auf Kritik. Als prominenter Kritiker gilt Niklas Luhmann, der politische Steuerung radikal verurteilte, da „gesellschaftliche Teilsysteme“ auf Regelungen „von oben“ nie vorhersehbar reagieren, sondern Inputs sich stets eigenständig kanalisieren würden (vgl. Benz/Lütz/Schimank/Simonis 2007 über Luhmann, S. 12f).

Renate Mayntz hält allerdings fest, dass Governance keine „einfache Weiterentwicklung von „Steuerung““ (Mayntz 2004) ist. Im Gegensatz zu dem akteurszentrierten Ansatz der Steuerungstheorie ist die Governance Theorie<sup>18</sup> institutionalistisch und untersucht die Wesensart des Zustandekommens von Regelungen zwischen verschiedensten AkteurInnen und Politikfeldern. Das „steuerungstheoretische Kernparadigma“ ist also aufgrund der Einsicht, dass die einstigen Steuerungsobjekte eine gewisse Eigendynamik entwickelt haben, mit einer bottom-up Perspektive erweitert worden. Folglich verschwamm die Grenze zwischen steuernden und gesteuerten AkteurInnen (Vgl. Mayntz 2006). Politikgestaltung hieß fortan, sich mit gesellschaftlichen AkteurInnen zu arrangieren und „gesellschaftliche Selbstregulung“ zu unterstützen (Mayntz 2008).

Eine nachfolgende Begriffsbildung stellt die sogenannte „Multi-Level Governance“ dar. Wie bereits einleitend erwähnt, handelt es sich auch hierbei um die Handlungskoordination zwischen internationalen, nationalen, regionalen und lokalen Ebenen. Ein gesteigertes Interesse an Multi-Level Governance kann sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene festgestellt werden, versucht es schließlich das Wirken und Handeln neuer AkteurInnen zu erfassen<sup>19</sup>. Brunnengräber und Walk, die den Begriff mit Mehrebenenpolitik übersetzten, sehen in Multi-Level Governance die Entwicklung der Staaten weg von der territorialen Erfassung hin zu einem Mehrebenenkonstrukt, das sowohl stärkere innergesellschaftliche Netzwerke, als auch eine erhöhte AkteurInnenvielfalt aufweist. Mit „Wechselwirkungen zwischen einzelnen territorialen wie institutionellen Räumen“ beschreiben die AutorInnen Governance Prozesse (vgl. Brunnengräber/Walk 2007). Walk zieht bei der Beschreibung der Rolle des Staates Bob Jessop heran, der, die Multi-Level Governance kritisch betrachtend, den Staat „weder als einheitliches politisches Subjekt, noch als ein passives,

---

<sup>18</sup> Mayntz spricht im Gegensatz zu anderen AutorInnen offen von einer *Theorie* in Bezug auf Governance. Brunnengräber/Walk bezeichnen (Multi-Level-) Governance als „Analyseinstrument und als Ausgangspunkt für die Theoriebildung“ (Brunnengräber/Walk 2007, S. 17).

<sup>19</sup> Vgl. dazu Initiativen wie die „Offene Methode der Koordinierung“ (OMK) oder das LEADER Programm der EU. Anhand von Best-Practice Konzepten soll hier eine Verbesserung des politischen Outcomes auf mehreren Ebenen erreicht werden.

instrumentalisierbares Ding, sondern als komplexe soziale Beziehung“ betrachtet (vgl. Walk in Brunnengräber/Walk 2007 über Jessop). Der Staat hält selbst bei neuen Formen der Gestaltung seine Schlüsselposition. Allerdings können neue Governance Formen auch stabilisierend wirken (vgl. ebd.).

Auch das beispielsweise eigens für „Governance und nachhaltige Entwicklung“ eingerichtete Internetportal [www.governance.at](http://www.governance.at) beschäftigt sich ausschließlich mit eben dem Thema Governance auf verschiedenen Ebenen. Hier wird eine Definition aus dem Weißbuch „Europäisches Regieren“ zitiert: „Europa [wird] als eine in voller Entwicklung befindliche konkrete Realität dargestellt, eine Union auf der Grundlage des Regierens auf mehreren Ebenen, bei der jeder nach besten Kräften und Fähigkeiten zum Erfolg des Ganzen beiträgt. In einem Mehrebenen System besteht die eigentliche Herausforderung darin, klare Regeln für gemeinsam geteilte - nicht getrennte - Kompetenzen aufzustellen, und nur eine solche, nicht ausschließende, Vision kann den Interessen aller Mitgliedstaaten und aller Bürger der Union am besten dienen.“<sup>20</sup>

Mehrere kritische Erkenntnisse werden hier indirekt angesprochen:

- Die Politik der EU wird auf mehreren Ebenen ausgetragen.
- Das Mehrebenensystem wird als Herausforderung gesehen, weniger als Bereicherung.
- Es steht die Sorge im Raum, dass die gemeinsame Kompetenzwahrnehmung zu Kompetenzverlust führen könnte.

Governance ist heute in vielen politischen Diskussionen ein oft, aber vielfach auch ungenau verwendeter Begriff geworden. Einige AutorInnen (u.a. Sturm/Bauer, Mayntz, Brunnengräber) kritisieren diese ungenaue Verwendung und die Unfähigkeit der Politikwissenschaften, „Jargon und Alltagssprache einerseits und exakte Begriffsbildung und -verwendung andererseits sauber voneinander zu trennen“ (Sturm/Bauer 2010, S. 18). Mayntz sieht einen möglichen Ursprung der ungenauen Handhabung des Begriffs im früher salopp verwendeten Anglizismus „Governance“. So wurde im englischen Sprachgebrauch Governance für „politische Steuerung“ verwendet. Heute noch ist die direkte, präzise Übersetzung aus dem Englischen „Herrschaft, Regierungsführung, Regierungsgewalt,

---

<sup>20</sup> Vgl. <http://www.governance.at/?pId=3>

Staatsführung, Steuerung“<sup>21</sup>. In der Literatur und im Sprachgebrauch ist die zugerechnete Bedeutung meistens viel umfassender. Allein die Vielfalt der Definitionen verschiedener AutorInnen, also ob es sich nun schlicht um einen Begriff, eine Perspektive oder gar eine Theorie handelt, zeigt die Komplexität, die dahinter steht. Das führt in Folge dazu, dass unter den Begriffen Steuerung und Governance zwar manchmal dasselbe Thema behandelt wird, aber darunter nicht dasselbe verstanden wird (vgl. Mayntz 2006, 2008). In Bezug auf Nationalstaaten definiert Mayntz Governance als:

„Das Gesamt aller nebeneinander bestehenden Formen der kollektiven Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte: von der institutionalisierten zivilgesellschaftlichen Selbstregelung über verschiedene Formen des Zusammenwirkens staatlicher und privater Akteure bis hin zu hoheitlichem Handeln staatlicher Akteure.“ (Mayntz 2006, S. 15)

Die regelnde Struktur und der Prozess der Regelung kann dabei betrachtet werden.

Eine stark vereinfachte Definition bringt Philipp Späth. Er sieht in Governance alle Wege, die „gesellschaftlich verbindliche Entscheidungen“ herbeiführen (vgl. Späth 2007, S. 45).

Benz/Lütz/Schimank/Simonis beschäftigen sich in ihrem „Handbuch Governance“ ausschließlich mit dem Begriff, seiner Bedeutung und den Konzepten, die ihn verwenden (vgl. Benz/Lütz/Schimank/Simonis 2007). Sie sehen hinter der aufkommenden Modernität des Begriffs die „Erkenntnis, dass bekannte Formen, von denen man gemeinhin die Lösung kollektiver Probleme in der modernen Gesellschaft erwartet, (...) problematisch geworden sind“. Konkret gehe es bei Governance um „Formen und Mechanismen der Koordinierung zwischen mehr oder weniger autonomen Akteuren, deren Handlungen interdependent sind (...)“ (Benz/Lütz/Schimank/Simonis 2007, S. 9). Es geht bei der Verwendung des Begriffs Governance auch um die Artikulation eines neuen Verständnisses, wonach eine Ablösung der Vorstellung stattfindet, dass eine bestimmte Macht ihre Ideen gegen scheinbar untergeordnete AkteurInnen ohne weiteres, und möglicherweise ohne deren Willen, durchsetzen kann. Governance ist damit auch das „erweiterte Spektrum von Möglichkeiten des koordinierten kollektiven Handelns“ (Benz/Lütz/Schimank/Simonis 2007, S. 14).

Dieser Gegensatz zu hierarchisch organisierten Formen braucht aber auch ein bestimmtes Umfeld. Mayntz setzt ein „funktionell differenziertes soziales System voraus, in dem es

---

<sup>21</sup><http://dict.leo.org/ende?lp=ende&lang=de&searchLoc=0&cmpType=relaxed&sectHdr=on&spellToler=&search=governance>

relativ autonome funktionelle Teilsysteme gibt“ (Mayntz 2008, S. 48). Weil Kooperation aber handlungsfähige AkteurInnen voraussetzt, müssen nach Mayntz in Institutionen alle sozioökonomischen, ethnischen und religiösen Gruppen vertreten sein, ohne dass dabei ein Machtmonopol besteht. Effektive Kooperation zwischen sämtlichen öffentlichen und privaten AkteurInnen steht und fällt demnach mit ihrer Handlungsfähigkeit. Diese Voraussetzungen sieht die Autorin im „modernen Nationalstaat der OECD-Welt“ gegeben (vgl. Mayntz 2008, S. 48).

Diese Beschreibungen von Governance spiegeln sich in der scheinbar motivierenden Dynamik und den Entstehungsweisen von Energieregionen wieder. Energieregionen beispielsweise als Antwort auf die bekannte, nicht optimal verlaufende, nationale Klimapolitik zu verstehen, erscheint passend (vgl. Benz/Lütz/Schimank/Simonis 2007).

Vor allem aber weist der Governance-Begriff auf „neue Kooperationsformen hin, in denen der Staat nicht mehr als steuerndes Zentrum, sondern als so genannter Interdependenzmanager zwischen den unterschiedlichen Interessen vermittelt.“ (Walk 2008, S. 14 f). Interdependenzbewältigung ist ein Begriff, der im Zusammenhang mit Governance-Forschung meistens Teil des Untersuchungsgegenstandes ist, also die Überwindung von wechselseitigen Beeinträchtigungen und Abhängigkeiten. In dieser Diplomarbeit wird der Begriff der Interdependenzbewältigung aber auch gleichbedeutend mit der generellen Bewältigung von Spannungsverhältnissen verstanden. Governance beschreibt demnach Mechanismen und Prozesse, die horizontal zwischen AkteurInnen entstehen können, um Spannungsverhältnisse zu bewältigen.

Benz/Lütz/Schimank/Simonis grenzen den Governance-Ansatz von Institutionalismus und Funktionalismus ab, da Governance sich auf „Handlungslogiken, das heißt, die kausalen Verbindungen zwischen Strukturen, Interessen und Interaktionen“ bezieht (Kooiman 2002 zitiert in Benz/Lütz/Schimank/Simonis 2007). Auch Zusammensetzungen wie „Good-Governance“ oder „Global Governance“ haben sich etabliert. In ihnen sehen die AutorInnen aber viel mehr eine normativ ausgerichtete Variante des sonst eher deskriptiven Governance-Ansatzes.

Heinz Gärtner erweitert diese Überlegungen mit dem Ansatz, dass im Gegensatz zur Regierung (Government) Governance aus vielen Machtzentren besteht und kombinierende und koordinierende Elemente einschließt (vgl. Gärtner 2005).

Generell stellt Governance im Vergleich zu Government einen Perspektivenwechsel dar, denn der Handlungsrahmen der politischen Prozesse wird erheblich erweitert. Regionale

Netzwerke, die sich nicht mehr nur an Formalitäten oder an hierarchischen Konzepten orientieren, rücken stärker in den Mittelpunkt der Politikgestaltung als das bislang der Fall war (vgl. Sturm/Bauer 2010).

Aus diesem generellen Konzept entstand die fortführende Auffassung, dass es natürlich auch abseits der großen Arenen der Problembewältigung, also auf subnationalen Ebenen, Formen der Kooperation und Interaktion gibt. Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte deuten auf eine verstärkte Selbstwahrnehmung der Regionen hin, und neue inhaltliche Anforderungen lassen die genauere Betrachtung der *Regional Governance* sinnvoll erscheinen (vgl. Späth/Rohracher 2010).

Der große Schwerpunkt auf Forschung zu Governance allgemein hat zwar meines Erachtens zu einer Sensibilisierung im Sprachgebrauch geführt, wird allerdings nicht mehr den Anforderungen neuer, veränderter regional-politischer Strukturen gerecht. So ist die Grundstruktur dieses Ansatzes auch für diese Diplomarbeit wertvoll, bedarf aber einer Konkretisierung, um bestimmte Prozesse besser erklären zu können. Neben den vielen facettenreichen Ausführungen unterschiedlichster Governance Konzepte sind im Bereich der Regionalforschung vor allem die Ausführungen zu dem Konzept der *Regional Governance* interessant. Mit dem Fokus auf regionale Strukturen wird hier sensibler auf die Besonderheit von kleinräumigeren Prozessen eingegangen, dementsprechend wird auch die Wahrnehmung auf kleiner dimensionierte Begebenheiten geschärft, und genauere Aussagen bezüglich vorherrschenden Strukturen und Prozessen werden möglich.

In dieser Diplomarbeit dient daher das allgemeine Konzept Governance, das viele Nebenkategorien hervorbrachte, als Wissensbasis. Das konkretere Feld Regional Governance soll aber als theoretisches Hauptkonzept verwendet werden.

Für beide Konzepte gilt Achtsamkeit auch in einem anderen Bezug, wie Mayntz feststellt. Sie gibt zu bedenken, dass für die Legitimität von Governance immer auch der tatsächliche Nutzen für das definierte Gemeinwohl betrachtet werden muss. Ob tatsächlich eine Lösung der vorliegenden Problemlage erreicht werden kann, und wessen Triebkräfte hinter dem Governanceprozess stehen, muss geklärt sein und „fester Bestandteil von Governance-Forschung werden“ (vgl. Mayntz 2008, S. 56ff).

So können nun nochmals Späths Überlegung zu Governance aufgegriffen werden. Denn nach der eingehenden Beschäftigung mit dieser Thematik ist jetzt offensichtlicher, dass Späth mit den neuen Formen von Governance eine Abkehrung von etablierten Modellen der Interdependenz- bzw. Problembewältigung meint. Statt herkömmlicher Steuerungsabläufe auf



regionaler Ebene erkennt er bei seiner Untersuchung Potential für Abweichungen und damit eine Möglichkeit zur Entwicklung von neuen Strukturen in regionalpolitischen Arenen. Diese Annahmen, mit dem Begriff „neue Governance-Strukturen“ zu benennen, erscheint durchaus sinnvoll. Späth präzisiert die potentiellen, neuartigen Governance-Formen etwa mit möglichen „Potentiale[n] insbesondere im Hinblick auf die Koordination von Politiken (Entscheidungen, Programmen, Schwerpunktsetzungen usw.) in verschiedenen Politikfeldern und auf verschiedenen Governance-Ebenen“ (Späth 2007, S. 6).

### **2.3 Regional Governance**

Regional Governance ist ein Konzept, das besagt, dass die Integration von bestimmten AkteurInnen, Instrumenten und Maßnahmen in den regionalen Entwicklungsprozessen zu einer Verbesserung mehrerer Faktoren in der Region führen kann. Im Vergleich zum allgemeinen Konzept von Governance geht Regional Governance, wie der Name schon verdeutlicht, konkret auf die Situation in regionalen Strukturen ein. Er liefert ein „neues Verständnis von „Regieren““ auf regionaler Ebene (Sturm/Bauer 2010, S. 18). Entscheidungen werden nicht mehr durch gewohnte, delegierte Institutionengefüge getroffen, sondern sie werden durch eine breite Schicht an regionalen Stakeholdern, die Entscheidungsfindungsprozesse entscheidend beeinflussen, geprägt (vgl. Sturm/Bauer 2010). Nach Böcher/Krott/Tränkner ist die Ausgangslage die Feststellung, dass ungenaue Förderungsmaßnahmen nach dem „Gießkannenprinzip“ nicht zu einer regionalen Verbesserung geführt haben. Sie sehen in Regional Governance ein heterogenes Politikinstrument, das „die Vorteile von Markt, Kooperation und Hierarchie hinsichtlich einer verbesserten Koordination regionalpolitischer Maßnahmen verbinden soll“ (vgl. Böcher/Krott/Tränkner 2008 S. 11f). Außerdem definieren sie Merkmale, die aus ihrer Perspektive zentral für Regional Governance sind. Dazu gehören:

1. Die Aufwertung der Selbstverantwortung von Regionen als politische Handlungsebene
2. Intersektorale Kooperation durch regionale Netzwerke und Partnerschaften
3. Anreizsteuerung durch Finanzen, Wettbewerb und Evaluation (Böcher/Krott/Tränkner 2008 S. 12f)

Damit gehen die Autoren konkret auf die Kritik der ungenauen Verwendung des Begriffes ein und definieren Grundpfeiler ihres Verständnisses der Materie. Später soll auf diese Merkmale

genauer eingegangen werden. Es soll aber jetzt schon deutlich werden, dass hier schon konkrete Merkmale artikuliert werden, die im Laufe einer Analyse auch Potential für Erkenntnisgewinne haben, obwohl dieses Verständnis vielleicht nicht allgemeine Gültigkeit hat.

Eine weitere wichtige Erkenntnis bringen Sturm und Bauer. Sie stellen zwei Dimensionen vor, die regionales Regieren mit sich bringt: eine nach innen gerichtete Dimension, die „Legitimität und Effizienz“ in der jeweiligen regionalen Einheit darstellt, und eine nach außen gerichtete Dimension, die sich auf die Interaktion zwischen „Region und Zentralregierung“ bezieht (vgl. Sturm/Bauer 2010, S. 13).

Mit diesen artikulierten Grundannahmen wird das Konzept Regional Governance ein analytisches Instrumentarium, das helfen kann, „Fragen nach dem politischen Gehalt und der Praxis einer politischen Ordnung auf regionaler Ebene neu zu stellen“ (Sturm/Bauer 2010, S. 24). Als solches soll es in dieser Diplomarbeit verwendet werden, auch wenn, wie Böcher, Krott und Tränkner im Gegensatz zu Mayntz betonen, Regional Governance keine geschlossene Theorie darstellt (vgl. Böcher/Krott/Tränkner 2008, Mayntz 2006, 2008).

In folgendem Kapitel wird nun auf den Forschungsstand des Konzepts Regional Governance in der Literatur zurückgekommen.

### **2.4 Überblick zur Darstellung von Regionale Governance in der Literatur**

Der Forschungsstand zu Governance stellt sich in der Literatur sehr weitläufig und vielschichtig dar. So ist es durchaus gängig, Governance in den Zusammenhang mit bestimmten Themenfeldern zu setzen. Man findet daher Forschungsansätze, die Governance in unterschiedlichste Kontexte stellen. In konkretem Zusammenhang mit Energieregionen wurde der Governance Ansatz erst spärlich untersucht. Zwar wird auf das Potential (vgl. Späth 2007) hingewiesen, genauere Analysen fehlen aber.

Für diese Arbeit scheint es mir daher sinnvoll, vorerst Konzepte von Regional Governance in Bezug auf demokratische Partizipation, Regionalentwicklung und Klimawandel zu analysieren, um mich dann mit möglichen Regional Governance Strukturen in Energieregionen zu beschäftigen. Im Folgenden ein kleiner Überblick zum Forschungsstand aus diesem Metier.

Ein wichtiges Werk in diesem Kontext ist m. E. Heike Walks Habilitationsschrift<sup>22</sup> zu partizipativer Governance und Beteiligungsformen im Mehrebenensystem der Klimapolitik (vgl. Walk 2008). Sie widmet sich der Komplexität des Begriffs und der damit einhergehenden oft vernachlässigten Analyse der Nachteile von „Governance Arrangements“ (Walk 2008, S. 15). So sind zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung durchaus wünschenswert, allerdings kann durch den komplexen Charakter Undurchsichtigkeit sowohl für Teilnehmende als auch Außenstehende entstehen.

Außerdem geht Walk dem Begriff „Partizipation“ nach. Denn auch hierunter werden in der Literatur unterschiedliche Auffassungen vertreten. Handelt es sich um die „Einbeziehung von Akteuren in den Konsultations- bzw. Informationsprozess“ oder sind ausschließlich „organisierte Interessensgruppen“ am Prozess zugelassen?

Walk sieht besonders in der partizipativen Governance-Forschung die zunehmende Bedeutung der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen zum Ausdruck gebracht. Von reinen Demokratisierungsprozessen könne man dabei aber nicht reden. Denn die Gefahr von Entdemokratisierungstendenzen sei vor allem durch mögliche Elitenherrschaftsbildung gegeben<sup>23</sup>. Dieses Phänomen wird selten angesprochen, ist aber beispielsweise für die Untersuchung der Beteiligungsmöglichkeiten in Energieregionen doch interessant. Neue Formen von Partizipation bergen die Gefahr, undemokratische Tendenzen zu entwickeln, da traditionelle Strukturen der Delegation von demokratischen AkteurInnen oftmals fehlen, eine Vereinfachung der Entscheidungsmodi aber gewünscht wird. Governance-Prozesse werden demnach von „einigen wenigen Akteuren dominiert, die je nach Ressourcenlage ihren Einfluss geltend machen können“ (Walk 2007, S. 37). Inwiefern diese offenen Strukturen demokratische Grundwerte vernachlässigen, wird aber kaum in Forschungen einbezogen. Vielmehr werden deskriptiv die positiven Möglichkeiten der breiteren Partizipation beleuchtet. Vor allem in den Bereichen „Legitimität, Repräsentation, Transparenz und Partizipation“ würden sich aber Problematiken manifestieren (Walk 2007, 2008).

Auch Heidrun Abromeit thematisiert die Problematik des Demokratiedefizits. Beim dritten (von drei) Demokratiedefiziten, dem Partizipationsdefizit, sieht Abromeit vor allem die Inkongruenz von Entscheidungsbetroffenheit und Entscheidungsbeteiligung als Hauptmerkmal. Diese Nichtübereinstimmung gilt es zu überwinden, denn Individuen

---

<sup>22</sup> In überarbeiteter Form als Buch herausgegeben, siehe Walk 2008

<sup>23</sup> Walk erwähnt hier auch Abromeits theoretische Analyseergebnisse zum Thema Demokratiedefizit, vgl. hierzu Abromeit 2002.

brauchen Demokratie, um die „individuelle Selbstbestimmung im Kollektiv“ zu erfüllen (vgl. Abromeit 2002).

Jochen Gläser beschäftigt sich ebenfalls mit der Beteiligungsmöglichkeit in Gemeinschaften. Im schon erwähnten „Handbuch Governance“ wird ein breites Spektrum an Strukturen und Dynamiken von Governance-Mechanismen und -Formen analysiert (vgl. Benz/Lütz/Schimank/Simonis 2007). Auch Theorie- und Analyseperspektiven werden vorgestellt und schließlich in Zusammenhang mit „Funktionsbereichen und Querschnittsfragen“ gestellt (vgl. ebd. S. 7 f). U.a. beschreibt Jochen Gläser in diesem Buch die Dynamik von „Governance in der Gemeinschaft“ und kommt zu dem Schluss, dass Gemeinschaften nur eine „geringe kollektive Handlungsfähigkeit“ aufweisen. Das sei vor allem auf den Mangel der Fähigkeit „kollektive Ziele zu formulieren“ zurück zu führen. Gläser schreibt weiter, dass eine Instanz notwendig sei, die im Stande ist, Entscheidungen für die Gemeinschaft zu treffen. Es handle sich dabei um eine charakteristische Schwäche „endogener Governance“<sup>24</sup> (ebd. S. 89).

Man könnte also schlussfolgern, dass bottom-up Prozesse nur dann funktionieren, wenn es innerhalb der Basis eine Art Führungsposition gibt. Das könnte eine Person oder Instanz sein, die von sämtlichen teilnehmenden AkteurInnen eine Entscheidungskompetenz zugesprochen bekommt. Diese These soll in das Forschungsportfolio dieser Diplomarbeit einfließen und durch ExpertInnen-Interviews geprüft werden.

Brigitte Biermann schreibt in ihrem Beitrag zum Funktionsbereich „Umwelt“ von Governance, dass es gerade bei diesem vergleichsweise jungen Policy-Zweig erstaunlich sei, wie schnell sich verschiedene Beteiligungs- und damit auch Governance-Formen gebildet haben. Der Umweltbereich ist durch eine breite Palette an Handlungsfeldern (lokal, regional, global) geprägt. Damit ergibt sich heute ein Schwerpunkt auf Multilevel Governance im Bereich der Umweltpolitik (vgl. Biermann in: Benz/Lütz/Schimank/Simonis 2007, S. 424). Auch Walk beobachtet beispielsweise in der Klima- und Umweltpolitik „verschiedenste neue Governance-Arrangements“. Als Beispiele nennt sie neben Emissionshandel auch erneuerbare Energien (vgl. Walk 2008, S. 22). Interessant ist auch die historische Komponente, die Walk hinzuzieht. So wären ja genau in diesem Politikfeld durch die Partizipation der Bevölkerung

---

<sup>24</sup> Meiner Interpretation nach handelt es sich bei endogener Governance um Prozesse, die aus dem Inneren des Systems (etwa der Gemeinschaft) nach außen wirken und/oder reflexiv wieder auf das System selbst Auswirkungen zeigen.

beispielsweise in den 1970ern tiefgreifende Errungenschaften erzielt worden<sup>25</sup>. Für zivilgesellschaftliches Engagement würde sich zwar heute durch den Charakter der Globalisierung (vielschichtig, multidimensional) der Handlungsrahmen verändern, dennoch kann eine ähnliche Dynamik festgestellt werden (ebd. S. 23).

Walks Überlegungen sind m. E. besonders wertvoll für die Analyse von Governance-Strukturen in Energieregionen, da ihre Herangehensweise durch einen „bottom-up“ Blickwinkel geprägt ist. Gerade bei Energieregionen ist diese Perspektive ein zentraler Faktor, da heutige Strukturen zur regionalen Energieselbstversorgung möglicherweise auf diesem Prinzip beruhen.

Eine weitere Detaillierung des Themas ist die Unterkategorie „Local Governance“. Wie Regional Governance will dieses Konzept auf Beteiligungsstrukturen im räumlichen Kontext hinweisen.

Die vorgestellten Governance-Konzepte aus der Literaturrecherche sollen dieser Diplomarbeit ebenfalls als Rahmen dienen, um Partizipationsdynamiken in Energieregionen besser analysieren, argumentieren und verstehen zu können.

## **2.5 Zwischenfazit zu Methode und Theorie**

Es kann festgestellt werden, dass beide Konzepte – Governance und Regional Governance – Einfluss auf die Themenstellung ausüben können. Da das Herkunftskonzept Governance wichtige Basisstrukturen erklärt, ist es ebenso von Bedeutung wie die detailreicheren Ausführungen zu Regional Governance. Da es sich bei Regional Governance um eine Erweiterung des Konzeptes Governance handelt, schließt es aber gewissermaßen dessen Grundannahmen mit ein.

Beide Konzepte gehen von einer Interdependenzbewältigung zwischen unterschiedlichen Akteuren auf verschiedenen Ebenen aus. In dieser Arbeit wird der Begriff der Interdependenzbewältigung erweitert und in Folge auch als Lösung von Spannungsfeldern verstanden. Um diese Prozesse auf regionaler Ebene besser erklären zu können, dienen die Konzepte der Regional Governance Forschung.

---

<sup>25</sup> Walk nennt als Beispiel aus dem deutschen Raum die Errungenschaft, dass es zur Einrichtung des Bundesumweltamtes kam. In Österreich könnte die Hainburgbewegung als Beispiel herangezogen werden.

Die Annahmen der Forschungen zu Regional Governance, dass abseits der Regierung (Government) noch weitere steuernde AkteurInnen aktiv sind und maßgeblich mitgestaltend wirken, treffen bei Energieregionen jedenfalls nach bisherigem Forschungsstand zu<sup>26</sup>.

Das bestätigt auch das starke Interesse seitens der Verantwortlichen für bestimmte Themen auf Regierungsebene. Neben einigen Förderprogrammen wie etwa „Klimabündnis Österreich“, „Förderprogramm Klima- und Energiemodellregionen“ oder das „Programm für energieeffiziente Gemeinden“ wurden auch zahlreiche Publikationen zu Energieregionen und ihren Vorteilen mit finanzieller Unterstützung unterschiedlicher Ministerien<sup>27</sup> gefördert. Der amtierende Umweltminister Berlakovich äußert sich darin beispielsweise sehr positiv gegenüber „aktiven Gemeinden“ und meint damit Energieregionen. Er sieht in ihnen nicht nur „Schrittmacher“ auf dem Weg zur Energieautarkie Österreichs, sondern auch wichtige Akteure zur positiven Wirtschaftsentwicklung Österreichs (Österreichischer Biomasse-Verband 2011, S. 3).

Für diese Diplomarbeit eignen sich die beiden vorgestellten Konzepte gut als Erklärungsrahmen von bestimmten Phänomenen in Energieregionen. Aufkommende Strategien zur Bewältigung von Spannungsverhältnissen zwischen verschiedenen Stakeholdern in Energieregionen bestätigen die Beobachtungen vieler AutorInnen (u.a. Böcher/Krott/Tränkner 2008, Sturm/Bauer 2010).

Energieregionen werden vermutlich auch die Annahme bestätigen, die in Regional Governance Konzepten getroffen wird, dass eine neu entwickelte Selbstwahrnehmung von Regionen im Allgemeinen stattfindet. Energieregionen sind ein Beispiel dafür, dass auf regionaler Ebene auf Probleme reagiert werden kann. Das aktiv werden von kleineren Einheiten lässt den Staat als Interdependenzmanager (Walk 2008) in den Hintergrund rücken. Diese koordinierenden Aktivitäten der Regionen zeugen also tatsächlich von einem Perspektivenwechsel (vgl. Sturm/Bauer 2010). Gemeinden und Regionen sehen sich nicht mehr nur als ausübende Organe einer übergestellten Hoheit, sondern zeigen durch Eigenengagement andere bzw. weitere Lösungswege zur Problembewältigung auf.

Dieses Vorgehen alleine ist schon von großem Interesse für all jene, die üblicherweise diese kollektiven Steuerungsfunktionen ausüben. Ebenso interessant ist allerdings, *wie* diese Prozesse auf regionaler Ebene entstehen. Denn dieses scheinbar überraschende „erweiterte Spektrum von Möglichkeiten des koordinierten kollektiven Handelns“

---

<sup>26</sup> Das sieht auch Philipp Späth durch seine Untersuchung belegt. Vgl. dazu Späth 2007 S. 6.

<sup>27</sup> Beispielsweise BMVIT und BMLFUW

(Benz/Lütz/Schimank/Simonis 2007, S. 14) ist bezüglich der involvierten AkteurInnen nicht eindeutig zuordenbar. Ob es sich also um eine, wie Späth postuliert, neue Art von Governance handelt oder nicht, also ob auf regionaler Ebene *neue* Formen von Problembewältigung mit *neuen* AkteurInnen stattfinden oder nicht, ist weiterhin zu untersuchen.

Dabei muss allerdings darauf geachtet werden, dass die Möglichkeit der passgenauen Anwendung des Konzeptes nicht zum Übersehen von Risiken führt. Walk gibt zu bedenken, dass beispielsweise Multi-Level Governance unter anderem deshalb ein vielfach verwendetes Erklärungsmodell ist, da es „konsensual und kooperativ ausgerichtet ist“, aber Gefahren von etwaigen Demokratiedefiziten (etwa in Bezug auf die Parameter Legitimität, Repräsentation und Transparenz) leicht zu übersehen sind und für „Einigung, Konsens und zunehmende Effektivität“ beiseite gelassen werden (vgl. Walk in Brunnengraber/Walk 2007, S. 36f). Um diesem Problem ein besonderes Augenmerk zukommen zu lassen, werden etwaige Defiziterscheinungen in einem eigenen Kapitel behandelt.

### **3 Forschungsergebnisse zu Energieregionen in Österreich**

In diesem Kapitel soll nun der Forschungsstand zu Energieregionen untersucht werden, um anschließend darstellen zu können, inwieweit diese Diplomarbeit zur aktuellen Forschungsentwicklung beitragen kann, und inwiefern politische Relevanz besteht. Werden anschließend die Fallstudien in Bezug auf ihr Governance-Potential hin untersucht, finden sie in diesem Kapitel trotzdem schon manchmal in Bezug auf ihre technischen Daten beispielhafte Erwähnung.

#### **3.1 Energieregion**

Um sich dem Thema Energieregion im Folgenden weiter wissenschaftlich nähern zu können und in späterer Folge einen Vergleich zwischen den Energieregionen Güssing, Kötschach-Mauthen und Murau herstellen zu können, erscheint es sinnvoll, eine klare Verständnisebene des Untersuchungsgegenstandes herzustellen, und auch hier den Forschungsstand zu präsentieren, um Missverständnisse zu vermeiden. Trotz bereits bestehender Untersuchungen und einiger Literaturquellen werden Begriffe unscharf verwendet. Viele Aktivitäten, die in den Bereich „Klima-Initiativen“ fallen, könnten unterschiedlicher nicht sein. Das betrifft sowohl Wortwahl als auch Wortverständnis. Anhand der Fallstudien sollen bestimmte Merkmale erläutert und definiert werden.

Auch in Literatur und Forschung wird der Begriff trotz einer wissenschaftlich einwandfreien Herangehensweise für sehr unterschiedliche Gegebenheiten verwendet. Einmal ist damit eine Region mit 10.000 EinwohnerInnen gemeint, die einen vielseitigen Maßnahmenkatalog verfolgen (Energieeffizienz, Sanierungen vorantreiben etc.), ein anderes Mal meint man den Zusammenschluss einer 1000 EinwohnerInnen Gemeinde, die sich beispielsweise um ein Biomassekraftwerk in der Region bemüht. Umso wichtiger ist es für die vorliegende Arbeit, klare Parameter zu schaffen, um sowohl den in der Literatur verwendeten Begriff besser einordnen zu können, als auch Vergleiche unter ausgewählten Energieregionen seriös vornehmen zu können.

Energieregionen können grundsätzlich als Regionen bezeichnet werden, die durch Projekte und Initiativen – manchmal unter Einbeziehung der Bevölkerung – einen nachhaltigeren Umgang mit Energie anstreben, oft mit dem Ziel, Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern zu erlangen. Dabei ist zu beachten, dass in der umgangssprachlichen Verwendung nicht



immer klar ist, ob es sich bei dem Anstreben der Energieautarkie um den Sektor Strom und/oder Wärme handelt, oder den gesamten Energiesektor, beispielsweise inklusive Verkehr und Transport. Dazu aber mehr bei der Definition „Energieautarkie“.

Bärnthaler/Koblmüller unterscheiden Energieregionen grundsätzlich anhand von drei Merkmalen: nach der Größe, dem definierten Ziel und nach ihrer Organisationsform (vgl. 2009).

In der Größe gibt es tatsächlich maßgebliche Unterschiede: die Energieregion Kautzen in Niederösterreich umfasst eine Fläche mit 1.275 EinwohnerInnen (Baum 2004, S. 36), Murau hingegen eine mit ca. 35.000 EinwohnerInnen (Bärnthaler/Koblmüller 2009, S. 4). Güssing liegt mit fast 30.000 BürgerInnen (Koch et al. 2006, S.77) knapp dahinter.

Auch das Förderprogramm des Klima- und Energiefonds sieht für seine Förderung von Energieregionen eine Obergrenze an EinwohnerInnen vor: „die Modellregion darf hinsichtlich der beteiligten Gemeinden eine Einwohnerzahl von 40.000 nicht überschreiten.“<sup>28</sup>

In diesen Zusammenhang ist die Organisationsform zu stellen. Beobachtet und analysiert muss hierbei werden: Wer initiiert das Vorhaben, BürgerInnen oder beispielsweise Energieagenturen, und wie kommen EntscheidungsträgerInnen zu ihrer Funktion? Gibt es ein Komitee aus der Bevölkerung, dem Kompetenzen übergeben werden, oder handelt es sich um „halböffentliche Stellen“ (Bärnthaler/Koblmüller 2009, S. 2)? Welche Rolle spielen Vereinsstrukturen in den oft ländlichen Regionen? Und wie schaffen es die „InitiativenbetreiberInnen“ der unterschiedlichen Energieregionen, die Bevölkerung dafür zu begeistern und über Jahre hinweg zu motivieren, sich an dem neuen Identifikationsmodell der Region zu beteiligen?

Aber auch die definierten Ziele, die Bärnthaler/Koblmüller als drittes Merkmal nennen, sind höchst unterschiedlich. Dabei handelt es sich beispielsweise um die Einsparung einer bestimmten Menge Kilowattstunden (kWh) durch Effizienz, oder um die Stärkung der regionalen Wirtschaft. Die Ziele variieren also und sind bei der Definition und der Wortwahl zu beachten (vgl. ebd.).

Späth definiert in seinem Endbericht Energieregionen folgendermaßen: „Damit werden in der Regel Regionen bezeichnet, welche eine Reihe von Energieprojekten aufweisen, und in denen mehrere Akteure die Absicht verfolgen, solche Projekte auf regionaler Ebene zu unterstützen“. AkteurInnen und ihre AdressatInnen sind dabei ein weiteres Unterscheidungsmerkmal. Welche Gruppen werden eingebunden, „einen interaktiven und damit partizipativen

---

<sup>28</sup> Vgl. <http://www.klimafonds.gv.at/home/foerderung/foerderaktion-klima-und-energie-modellregionen.html>

Prozess“ (Späth 2007, S. 11) zu gestalten? Späth konzentriert seine Untersuchung auf Energieregionen, die vier Merkmale aufweisen:

- „1.) Systematisch organisierte Leitbildprozesse, welche dazu führen, dass eine größere Zahl von Akteuren einen dokumentierten Satz von energiepolitischen Zielen teilen.
- 2.) Strategische Versuche der Ausbildung und Institutionalisierung von Akteursnetzwerken zur Umsetzung von Projekten, welche zur Erreichung der gemeinsamen Ziele führen sollen.
- 3.) Der Schwerpunkt der Region auf energiepolitische bzw. energiewirtschaftliche Maßnahmen kann dabei einer von mehreren sein (z.B. neben Tourismus), er muss aber identitätsbildend sein, d. h. in der Selbstdarstellung der Initiative auf den ersten Blick (im Namen, den Zielsetzungen usw.) erkennbar sein.
- 4.) Die Regionen umfassen mindestens Bezirke mit insgesamt einigen 10.000 EinwohnerInnen, sind jedoch kleiner als ganze Bundesländer.“ (ebd. S. 12)

Diese Herangehensweise bietet eine detailliertere Kategorisierungsmöglichkeit als Bärnthaler/Kobl Müller und streicht Grundcharakteristika der Wirkungsbereiche einer Energieregion heraus, die bei der Analyse einer Energieregion anfallen: die von Energieregionen selbst gewählte Herangehensweise, die Organisationsart, den Inhalt und die Größe.

Im Vergleich zu Bärnthaler/Kobl Müller liefert Späth hier eine Komponente mehr, die m. E. bei der Analyse nicht unwesentlich ist, nämlich die Herangehensweise einer Energieregion. Zwar wird sie in den meisten Fällen stark mit der Organisationsart verbunden sein, dennoch lohnt sich ein konkreter Blick auf die von der Energieregion selbst gewählte Herangehensweise.

In Folge der Definitionsversuche findet Späth dann auch einen neuen Begriff für seine Forschungsarbeit. Bei ihm und seinem Forschungsteam ist von „partizipativen EnergieRegionen mittlerer Größe (pERm)“ die Rede (ebd., S. 12). Damit wird sowohl auf den aktiven Charakter der Bevölkerungsbeteiligung hingedeutet als auch die Größe der Region betont.

#### **3.1.1 Energieautarkie und Energieautonomie**

Die Bezeichnung „energieautark“ wird, wie bereits weiter oben erwähnt, oft als Ziel einer Energieregion genannt. Es stellte sich im Laufe der Recherchen heraus, dass auch dieser Begriff unterschiedlich in Forschung und Literatur verwendet und interpretiert wird. Die OrganisatorInnen der Energieregion Güssing beispielsweise stehen dem Begriff „energieautark“ kritisch gegenüber, da darunter fälschlicher Weise verstanden werden könnte,

dass man sich „von seiner Umgebung abschottet oder (...) [dass man] von seiner Umgebung komplett unabhängig ist“ (Keglovits 2010a, S. 2). In ihren Unterlagen zur Energieregion wird daher auf den Begriff „Energieautonom“ zurück gegriffen. Güssing ist, was den privaten und öffentlichen Verbrauchssektor im Bereich Wärme und Strom betrifft, beispielsweise energieautark bzw. energieautonom. Wird der Verbrauchsektor Industrie und Gewerbe hinzugerechnet, erreicht Güssing einen „Eigendeckungsgrad“ von ungefähr 56%.

Die meisten AutorInnen gehen auf diese Begriffsfeinheit in der sozialwissenschaftlichen Forschung nicht ein und erhalten deshalb auch Kritik von Seiten der naturwissenschaftlichen ForscherInnen.

Eine Region ist grundsätzlich dann energieautark, wenn sie gleichviel Energie erzeugt, wie sie verbraucht. Dabei ist aber genauer zu verfolgen, um welchen Sektor der Versorgung von Energie es sich handelt. Geht es um die Versorgung von Haushalten mit Strom und Wärme? Fließen auch Konzepte für Mobilität und Verkehr ein? Künstliche Autarkie entsteht dann, wenn der „Bedarf auf das beschränkt, was selbst besitzt oder erzeugt wird“ (Meyers Großes Taschenlexikon 2001). KritikerInnen geben zu bemerken, dass es sich bei prozentuellen Angaben zu Energieautarkie meistens um einen rein errechneten Wert der physikalischen Begebenheiten handelt. In diesem Zusammenhang wird auf den Begriff der Leistungsautarkie gegriffen. So verhalten sich manche erneuerbaren Energieträger, wie etwa Wind, sehr volatil. Das bedeutet, sie produzieren schubweise und inkonstant Energie, und es muss zu windstillen Zeiten Strom von „außen“ fließen. Im Gegenzug ist an sehr windigen Tagen die Produktion höher als der Verbrauch. An diesen Tagen wird also in das Netz eingespeist (vgl. Verbund 2003, Renner 2010).

Möchte eine Region sprichwörtlich ihre Stromkabel an ihren Grenzen kappen können, muss sie sowohl energieautark als auch leistungsautark sein. Dies bedeutet, dass Kapazitäten vorhanden sein müssen, um beispielsweise bewölkte (wenig Ertrag aus Photovoltaik), windstille Tage trotzdem ausgleichen zu können. Wenn im Rahmen erneuerbarer Energieträger Strom produziert werden soll, wird auf Speicherkraftwerke und andere individuelle Stärken der Region (beispielsweise Wasserkraft oder Biomasse) gesetzt. In den meisten Fällen sind Energieregionen heute aber nicht leistungsautark, sondern lediglich energieautark – und das meistens nur in bestimmten Bereichen wie etwa Strom- und Wärmeerzeugung. KritikerInnen betonen, dass beim Fehlen von Leistungsautarkie weiterhin Abhängigkeit von anderen Energieträgern und Stromnetzen besteht. Diese Abhängigkeit ist allerdings auf internationaler Ebene nicht mehr wegzudenken. Im Gegenteil, Bestrebungen

gehen hin zu einer intelligenten Vernetzung (Smart Grids), die Bedarf und Produktion effizient verbinden kann.

In den meisten Energieregionen wird zumindest vorerst nur Energieautarkie der privaten und öffentlichen Haushalte im Bereich Wärme und Strom angestrebt. Güssing aber produziert durch neuartige Biomasseanlagen auch synthetisches Erdgas, Benzin und Diesel. Das eröffnet der Region auch in Bezug auf den Bereich Transport großes Unabhängigkeitspotential.

Typisch für das Erreichen von Energieautarkie in Energieregionen ist neben dem Umstieg auf regionale Energieproduktion der damit einhergehende Weg der Energieeinsparung bzw. der Energieeffizienz, so auch in Murau bzw. Güssing. Kötschach-Mauthen strebt Energieautarkie bis 2020 an und probiert dies ebenfalls durch den Bau vieler kleiner Anlagen zur Stromproduktion mit erneuerbaren Energien und durch Einsparungen in den Bereichen Strom und Wärme zu verwirklichen<sup>29</sup> (vgl. Interview Bärnthaler 2011). Dazu mehr im Kapitel 4 Fallstudien.

#### **3.1.2 Nachhaltigkeit durch Treibstoffe der zweiten Generation**

Die Debatte zu Nachhaltigkeit hat in der Forschung in den letzten Jahren einen starken Aufschwung in diversen Zusammenhängen erlebt. Die Bekanntheit der Definition des Brundtland-Berichts<sup>30</sup> ging damit einher: “Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.” (Brundtland-Bericht 1987, S. 41)

In Bezug auf Energieregionen stellt sich die Frage in mehreren Bereichen. U. a. nennt Baum bei seiner Analyse der Energieregion Kautzen drei Säulen der Nachhaltigkeit: ökonomisch, ökologisch und sozial. Im ökologischen Bereich gehe es dabei um die „Sicherung der Lebensgrundlagen durch Naturschonung“ (Baum 2004, S. 27). Die Wortbedeutung für die Kategorien sozial und ökonomisch, die Baum nennt, erscheint interessant. Sozial nachhaltig bedeutet für ihn die längerfristige Sicherstellung von „Mitbestimmung und Gestaltungsmöglichkeiten, Motivation, Zufriedenheit, Glück, Sicherheit, Lebensqualität (...)“, bei ökonomisch nachhaltig geht es dem Autor um die Bereiche „Produktivität, Rentabilität, Einkommenssicherung (...)“ (Baum S. 27f). Inwiefern der Autor dabei die

---

<sup>29</sup> Auch im Bereich Mobilität gibt es in Murau schon Vorsätze und Projekte, auf Grund der Komplexität der Materie Mobilität sind aber nur kleine Erfolge in unmittelbarer Zukunft zu erwarten.

<sup>30</sup> Auch unter „Our Common Future“ bekannt. Der Bericht wurde nach Gro Harlem Brundtland benannt, Vorsitzende der 1983 von der UNO gegründeten Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (vgl. [http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brundtland\\_report\\_1987\\_728.htm](http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brundtland_report_1987_728.htm))

Generationenidee aus dem Brundtland-Bericht mit bedenkt, bleibt offen. Zentral ist für Baum bei Nachhaltigkeit die Geschlossenheit regional wirtschaftlicher Kreisläufe, um den Verbleib von Wertschöpfung und Arbeit in der Region zu gewährleisten (vgl. Baum S. 31).

Vor allem in Bezug auf die Erzeugung von Biomasse und Agrodiesel<sup>31</sup> ist die Nachhaltigkeitsdebatte bei erneuerbaren Energieträgern evident, da es um die Flächenkonkurrenz „Teller oder Tank“<sup>32</sup> geht. Deswegen ist bei der Betrachtung der Nachhaltigkeit einer Region zwischen Biomasse aus landwirtschaftlichen Abfällen und jener aus eigens dafür angebaute pflanzlicher Masse zu unterscheiden. Auch die Flächennutzung von Wäldern, deren Holz für die Erzeugung von Energie genutzt wird, kann auf ihre Nachhaltigkeit hin untersucht werden. Das Umweltbundesamt Österreich definiert die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Energien ebenfalls. Demnach gilt: „Bei einer nachhaltigen Nutzung der nachwachsenden Ressourcen darf die Verbrauchsrate die Erneuerungsrate nicht übersteigen.“<sup>33</sup> Dieser Anspruch deutet zwar auf das notwendige Mengenverhältnis bei einer nachhaltigen Nutzung hin, regelt jedoch nicht eindeutig eine generationsübergreifende nachhaltige Nutzung.

Güssing hat beispielsweise einen hohen Biomasseverbrauch, da neben Wärme und Strom durch sog. Polygeneration auch noch Erdgas<sup>34</sup> und Treibstoffe der zweiten Generation hergestellt werden. Treibstoffe der zweiten Generation sind Treibstoffe, deren Produktion nicht in Konkurrenz mit Lebensmittelproduktion steht. Im Gegensatz zu vielen anderen Energieregionen will Güssing auch in Bezug auf seine Treibstoffe autonom werden. Güssing setzt daher in besonderem Maße auf Biomasse, indem Restholz, Sägespäne, Waldhackgut, Gras und Klee für die Erzeugung von Wärme, Strom, Erdgas und Treibstoffen verwendet werden (Vgl. Forschungsforum 1/2007). Güssing verfolgt dabei den Ansatz, nur die Menge an Energie zu erzeugen, die für die Region brauchbar bzw. notwendig ist und nicht mehr. Damit soll eine Erschöpfung der Ressourcen und eine künstliche Erhöhung der Rohstoffpreise verhindert werden (vgl. ebd.).

---

<sup>31</sup> Der internationale Kleinbauernverband „Via Campesina“ führte diesen Begriff als Alternative zum oft irreführenden Begriff „Biodiesel“ oder „Biokraftstoff“ ein. Gemeint ist damit Treibstoff, der aus Agrarprodukten hergestellt wird.

<sup>32</sup> Die mehrfach zitierte Überschrift „Teller oder Tank“ weist auf die Problematik hin, wonach landwirtschaftliche Flächen mit Pflanzen bebaut werden, diese dann aber nicht als Nahrungsmittel zur Verfügung stehen, sondern als Biomasse für Agrodiesel oder ähnliche Kraftstoffe verwendet werden. Somit entsteht unter Umständen eine Verschärfung der Lebensmittelproblematik.

<sup>33</sup> <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/energie/energietraeger/erneuerbareenergie/>

<sup>34</sup> Die Verwendung des Begriffs „Erdgas“ ist unter Umständen irreführend, da es mit konventionellem, fossilem Erdgas verwechselt werden könnte. Gemeint ist in dieser Diplomarbeit, wenn nicht anders betont, synthetisch hergestelltes Erdgas, also ein aus Biomasse hergestelltes Gas.

Kötschach-Mauthen hingegen verwendet für seine Biogasanlage Biomasse der ersten Generation. So kommt neben Kuhdung hauptsächlich Mais zur Verarbeitung in die Anlage. Generell stellt die vorbildliche Biomassen-Nutzung von Güssing ein Sonderbeispiel dar, da durch Betriebe vor Ort (Sägewerk, HolzlieferantInnen) eine ganzjährige Versorgung durch Restholz, Sägespäne und andere biomassetauglichen Abfallprodukte gewährleistet ist.

#### **3.1.3 Erfolgreiche Energieregion**

Nach diesen Erläuterungen zum Forschungsstand stellt sich zuletzt auch die Frage nach der wissenschaftlichen Messbarkeit von Erfolg. Ab wann eine Region als erfolgreich eingestuft werden kann, ist zuallererst stark von den selbstgesteckten Zielen der Energieregion abhängig. Vordergründig scheint hier die Dimension der technischen Errungenschaften (Kapazitätssteigerung von Produktionsanlagen, Effizienzsteigerung durch Isolierungen usw.) zu sein. Andererseits gibt es abseits des leichter messbaren technischen/ökologischen Erfolgs auch „soziale“ Effekte, die ebenfalls gewertet werden können. Beispielsweise kann die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung, die Entstehung von Identifikation mit der Region und Integration von Randgruppen durch das Schaffen eines gemeinsamen Ziels als Erfolg gesehen werden, oder die Vernetzung zwischen verschiedenen Initiativen in der Bevölkerung, aus der wieder Vorteile für die Gesellschaft entstehen können.

Bärnthaler/Kobl Müller sprechen hierbei von der Prozessbewertung, also wie z.B. die Vernetzung der AkteurInnen funktioniert hat, was der Leitbildprozess bei der Bevölkerung bewirkt hat, welche längerfristigen Strukturen im Sozialen und Politischen durch die Initiative für die BürgerInnen geschaffen wurden (vgl. Bärnthaler/Kobl Müller 2009, S. 3). Allerdings ist dieser zweite Aspekt weniger leicht mess- und quantifizierbar. Bei den Untersuchungen soll nichtsdestotrotz ein Augenmerk auf diese Besonderheit gelegt werden. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es sich genau hier um die vielfach erwähnten Governance Strukturen handelt. Möglicherweise liegt der Erfolg einer Energieregion eben auch an der erfolgreichen Implementierung einer geeigneten Governance-Struktur.

Im Falle der Energieregion Güssing kann man, das zeigen neben aktuellen Daten auch nationale und internationale Reaktionen, von Erfolg sprechen. Neben der erfolgreichen Errungenschaft der Energieautarkie der Stadt Güssing sind mittlerweile schon Folgeprojekte etabliert, die das Konzept vollständig auf den Bezirk Güssing ausweiten wollen.

In Murau geht der Prozess allgemein etwas langsamer voran, doch das Vorhaben deswegen als weniger erfolgreich einzustufen wäre nicht zulässig. Die Energieautarkie bis 2015 ist ein ambitioniertes Ziel. Dennoch hält man daran fest und ist überzeugt, das Ziel zu erreichen (vgl. Interview Bärnthaler 2011). Außerdem konnte beispielsweise ein hoher Grad an Partizipation und Bewusstseinsbildung erreicht werden. Es ist schlussendlich eine Frage der Gewichtung verschiedener Faktoren. Durch vergleichende Analysen sollen die drei Energieregionen auch diesbezüglich genauer untersucht werden

### **3.2 Ökologie, Wirtschaft und Partizipation**

Interessant im Zusammenhang mit Energieregionen sind nationale Förderprogramme und deren Erwartungshaltung in Bezug auf Energieregionen. In diesem Unterkapitel zum Thema Forschungsergebnisse soll daher auch ein Blick auf Forschung und Erkenntnisgewinn im Bereich der Förderprogramme geworfen werden.

In verschiedenen Forschungsberichten wird von Vorteilen und nützlichen Randerscheinungen geschrieben, die die Förderungen von Energieregionen rechtfertigen (vgl. Späth 2007). Sie rechnen den Energieregionen vor allem in drei Bereichen ein hohes Innovationspotential zu: Ökologie, regionaler und wirtschaftlicher Nutzen und neue Partizipationsformen (vgl. e5 Programm, Klimabündnis Österreich, Klima- und Energiemodellregionen des Klima- und Energiefonds).

Aus dem ökologischen Blickwinkel ist schnell fest zu stellen, dass Photovoltaik, Wind und vor allem die regionale Biomassennutzung aus konkurrenzlosem Anbau (Stichwort Teller oder Tank) eindeutig zu einer besseren Klimabilanz beitragen (vgl. u. a. Österreichischer Biomasseverband 2011, S. 12f). Da Energieregionen auf erneuerbare Energieträger setzen und beispielsweise auch mit neuartigen Biomasse-Infrastruktur Konzepten auf regionaler Ebene zeigen, dass Selbstversorgung im Bereich Wärme und Elektrizität möglich ist, ist die Postulierung dieses Innovationpotentials m. E. gerechtfertigt.

Auch der wirtschaftliche Mehrwert durch Wertschöpfung in der Region erscheint nachvollziehbar. Klassischen Problemen des ländlichen Raums wie hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung junger Menschen oder mangelnde Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs, kann entgegen gewirkt werden. Durch die Nutzung regional verfügbarer Rohstoffe bleiben Ausgaben für Energie in der Region. In weiterer Folge kommt es zu Betriebsansiedelungen und Arbeitsplatzsicherung, zu Investitionsprojekten, und es kann unter Umständen sogar der

Abwanderung der jungen Generation wegen mangelnder beruflicher Perspektiven entgegengewirkt werden – kurz: Die Region kann wirtschaftlich auf mehreren Ebenen profitieren (vgl. bspw. Statistik Austria, Gemeindedaten Güssing).

Bleibt noch der dritte Bereich, das Potenzial der proklamierten neuen Form von Partizipationsmöglichkeiten in Rahmen von „bottom-up“ Prozessen. Gestaut wird bei erfolgreichen Implementierungen von Energieregion nämlich nicht nur über ökologische und wirtschaftliche Erfolge oder die technische Leistung der Selbstversorgung von Strom und Wärme, sondern auch über die Art der Beteiligung verschiedener Stakeholder und die scheinbar zivilgesellschaftlich geprägten Entstehungsprozesse.

Ihnen wird eine starke Unabhängigkeit von hierarchischen Ordnungskonzepten nachgesagt, oder anders gesagt: Energieregionen scheinen stark von sog. zivilgesellschaftlichen Prozessen geprägt zu sein. Von Verläufen also, die im Gegensatz zu „top-down“ Prozessen von einzelnen BürgerInnen und lokalen Initiativen ihren Ausgang nehmen, und nicht beispielsweise von Regierungsprogrammen, politischen EntscheidungsträgerInnen oder überregionalen Vorgaben auferlegt werden (vgl. Späth 2007).

Dieses Vorgehen von BürgerInnen stößt auf starkes Interesse verschiedener politischer AkteurInnen. Von der Hoffnung auf effektive und effiziente Politiken (vgl. Schuppert und Weidner in Newig/Fritsch 2009) bis hin zu der Annahme, dass die Einbindung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen zu mehr Akzeptanz und in Folge zu einer erfolgreicherer Durchsetzung verschiedener Vorhaben und verbesserten „Politik-Outcomes“ führt, werden viele Vorteile gefunden, die die Förderungen dieser Projekte rechtfertigen (vgl. Newig/Fritsch 2009). Damit gelangt dieses Thema auch zu politischer Relevanz. Ob diese finanziellen Förderungen aufgrund der Annahme, dass dabei neue, förderungswürdige Beteiligung der Bevölkerung stattfindet (vgl. e5-Programm), gerechtfertigt sind, ist daher auch vor diesem Aspekt zu untersuchen.

Die Motivation für die Einrichtung von Energieregionen ist heute vielfältig. Ökologische Motive waren anfänglich nicht federführend, heute spielt der Wunsch nach nachhaltiger, regionaler Energiewirtschaft in den meisten Fällen eine größere Rolle (vgl. Interview Keglovits 2011). So ist es vorwiegend die ökonomische und soziale Nachhaltigkeit, wie etwa Wertschöpfung in der Region, Arbeitsplatzsicherung oder die Lebensqualitätserhaltung in der Region, die ein starker Triebfaktor ist (vgl. Baum 2004, Späth 2007). Philipp Späth erfuhr bei seinen Befragungen von EntscheidungsträgerInnen in Energieregionen, dass „ökonomische Argumente beim Energieendverbraucher besser zu verkaufen sind als ökologische



Argumente“ (Späth 2007, S. 23). Die Mobilisierung der Zivilbevölkerung zu Engagement und Partizipation an der regionalen Entwicklung ist selten ein Grund zur Errichtung einer Energieregion. In Murau, wie später zu sehen sein wird, spielt diese Motivation noch am ehesten eine Rolle. Auch wenn sie dort ein Mittel zum Zweck darstellt, ist Partizipation und die Mitwirkung am Projekt Energieregion eine Hauptaufgabe, die sich die mitgestaltenden Gruppen gesetzt haben (vgl. Interview Bärnthaler 2011).

Erkennbar werden diese unterschiedlichen Motivationen auch bei den Zielsetzungen, die sich Regionen stellen. Ein deutlicher Unterschied in der Motivation wird bei zwei der untersuchten Gemeinden, Güssing und Murau, sichtbar. Auch wenn die Fallstudien erst im folgenden Kapitel genauer untersucht werden, kann jetzt schon gesagt werden, dass während beispielsweise die eine Region auf schnellen wirtschaftlichen Erfolg setzt, die andere Region neben der von beiden Energieregionen angestrebte CO<sub>2</sub> Einsparung auf soziale, gesellschaftliche Wertschöpfung fokussiert (vgl. Interview Keglovits 2011, Interview Bärnthaler 2011). Auf der Ebene der BürgerInnenbeteiligung bedeutet das in den verschiedenen Regionen ein unterschiedlich breites Spektrum an partizipativen Möglichkeiten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die politische Situation in den Regionen und Gemeinden. Erwartet man ob des ökologischen Hintergrundes möglicherweise eine starke Vertretung der Grünen Partei oder BürgerInneninitiativen mit ökologischem Schwerpunkt, findet man oft eine ganz andere politische Situation vor. Auch wenn sich Verschiebungen abzeichnen, ist Güssing momentan ein sozialdemokratisch geprägter Wahlkreis. Die zwei Großparteien, die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und die Österreichische Volkspartei (ÖVP) dominieren die politische Landschaft im Burgenland. Die Grünen erreichten bei der Landtagswahl 2010 gerade einmal 3% im Wahlkreis Güssing, 4,2% im gesamten Bundesland<sup>35</sup>.

Auch in Kötschach-Mauthen dominiert die SPÖ den Gemeinderat. Der sozialdemokratische Bürgermeister erhielt bei der Gemeinderatswahl 52,2% der Stimmen, die Grünen, die nur auf Bezirksebene antraten, erhielten dort 1,3% der abgegebenen Stimmen<sup>36</sup>.

In Murau spiegelt sich ein ähnliches Bild wieder; die ÖVP gewann sowohl die Landtagswahl als auch die Gemeinderatswahl 2010, die SPÖ belegte einen starken zweiten Platz, die Grünen sind im Bezirk und in der Gemeinde Murau nur schwach vertreten<sup>37</sup>.

---

<sup>35</sup> Vgl. Wahlergebnisse der Landtagswahl 2010 im Burgenland:  
<http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt20100530.nsf/vwGKZ/10000>

<sup>36</sup> Vgl. Wahlergebnisse der Gemeinderatswahl in Kärnten 2009: <https://info.ktn.gv.at/grwahl2009/>

Es zeigt sich also, dass sich keine politisch-ökologischen Initiativen hinter den Energieregionen verbergen, vielmehr scheint sich auch hier das Bild der wirtschaftlichen Bestreben abzuzeichnen, die politischen FunktionsträgerInnen als Motivation dienen.

### 3.3 Region(ale Identität)

Wie bereits erwähnt vermutet Philipp Späth bei Energieregionen ein „neues Steuerungs- bzw. Governance-Potential“<sup>38</sup> (Späth 2007, S. 18). Die bei Energieregionen auftretende Kombination aus bestimmten Leitbildern und „ermöglichenden Akteursnetzen“ würden ein großes Potential für neuartige Governance-Formen bieten. Sie könnten bei der Koordination von politischen Richtlinien und Förderungen von großer Bedeutung werden (vgl. Späth 2007, S. 6). Gerade bei einer Größe von einigen 10.000 EinwohnerInnen, so der Autor, würden Prozesse, ihre Wechselwirkungen und das Potenzial zu gegenseitig positiv verstärkenden Effekten eine bisher unbeachtete Möglichkeit bieten, die regionale Identität zu stärken (vgl. Späth 2007, S. 12). Späth sieht diese Entwicklung, aus der neue Steuerungsmöglichkeiten der Bevölkerung entstehen können, eng verknüpft mit der Etablierung eines Leitbildprozesses in der Region<sup>39</sup>. Regionale Identität und eine verstärkte Selbstwahrnehmung wird mitunter als Notwendigkeit für aktive BürgerInnen-Beteiligung gesehen – und stellt damit eine Grundbedingung für diese erwähnte neue Art Governance dar (vgl. Späth/Rohracher 2010).

Regionale Identität gilt generell als Voraussetzung regionaler Entwicklung. Demzufolge werden die Region und die Identifikationsfähigkeit ihrer BewohnerInnen zum „politischen und planungstheoretischen Programm“ (Neuwerth 2010, S. 10). Es wird deutlich, dass der Begriff Region neben seiner politisch-administrativen und territorialen Bedeutung auch eine kulturelle und soziale Komponente bekommt. In wissenschaftlichen Texten wird der Begriff Region sehr unterschiedlich verwendet, zusammenfassend kann man aber sagen, dass es sich um ein „sozialwissenschaftliches Konstrukt, welches auf verschiedene Wirklichkeiten übertragbar ist“, handelt (Benz/Fürst in Neuwerth 2010, S. 10).

Energieregionen beziehen sich in erster Linie auf territoriale Definitionen, die aber oft nicht den nationalen Verwaltungsgrenzen folgen (vgl. etwa Güssing). Neben dieser geographischen

---

<sup>37</sup> Vgl. Wahlergebnisse der Landtags und Gemeinderatswahl in der Steiermark 2010: <http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/4514891/DE/>

<sup>38</sup> Auf Späths Verständnis von Governance wurde im Kapitel 2 Methode und Theorie eingegangen.

<sup>39</sup> Als Definition von Leitbildern zieht Späth Dierkes heran: „Leitbilder sind richtungsweisende und handlungsleitende Vorstellungen über machbare und wünschbare Zukünfte, die als gemeinsamer Orientierungsrahmen für Vertreter unterschiedlicher Wissenskulturen orientierend, motivierend und koordinierend dienen.“ (Dierkes bei Späth 2007, S. 19).

Komponente kommt aber auch ein ideologisches Leitbild hinzu, das die regionale Identität stärkt und die Region zu mehr als nur einem territorialen Gebiet werden lässt. Zielt eine Region auf eine Verbesserung ihres Zustandes hin, in welchen Bereichen das auch sein mag, müssen daher mehrere Ebenen berücksichtigt werden. Dazu zählen neben verwaltungsbezogenen Ebenen auch gesellschaftliche Ebenen, die von einzelnen AkteurInnen bis hin zu Netzwerken reichen können. Um eine nachhaltige Veränderung herbei führen zu können, ist eine Einbeziehung vieler Ebenen<sup>40</sup> zielführend (vgl. Bärnthaler/Schauer 2008).

Energieregionen zeigen in erster Linie auf, dass auf regionaler Ebene auf äußere, globale Einflüsse reagiert wird bzw. werden kann, und das in einem Sektor der Wirtschaft, der oft als unveränderbar und fremdbestimmt wahrgenommen wird – dem Energiesektor. Es zeigt, dass eine Entwicklung der Bewusstseinsbildung in Teilen der ländlichen Bevölkerung stattfindet, dass Strom nicht einfach „aus der Steckdose“ kommt<sup>41</sup> (vgl. Interview Hartlieb 2011).

Die Art und Weise wie sich Energieregionen organisiert haben, ist als Besonderheit erkannt worden. Eigeninitiativen mit konkreten Leitbildern hatten und haben Erfolge, die ihnen so nicht in dem Maß zugetraut wurden. Einzelne Vorreiter wurden zu Vorbildern für andere Initiativgruppen bzw. engagierte Personen, und der Begriff Energieregion etablierte sich.

Die Zusammensetzung der Initiativgruppen ist unterschiedlich. Sind es in manchen Fällen beachtenswerte Kooperationen zwischen aktiven BürgerInnen und anderen Stakeholdern, sind es in anderen Fällen parteipolitische VorreiterInnen, die in kleinen Elitegruppen für das Entstehen einzelner Leuchtturmprojekte in einer Region verantwortlich sind. In diesen Fällen sind es beispielsweise Zusammenschlüsse zwischen BürgermeisterInnen und ArchitektInnen, die die Initialzündung zu einem größeren Projekt (etwa die Entwicklung hin zu einer Energieregion) mit breiterer Beteiligung sind (vgl. Interview Bärnthaler 2011, Interview Keglovits 2011, Interview Hartlieb 2011).

Konzepte zu Regional Governance gehen von einer verstärkten Beteiligung mehrerer, bis dato für das heutige politische System ungewöhnlicher Stakeholder aus. Allerdings wird oft die Frage nach der demokratischen Legitimierung und der Voraussetzung für diese Beteiligung gestellt (vgl. Brunnengräber/Walk 2007, Walk 2008, Walk/Dienel 2009). Handelt es sich um

---

<sup>40</sup> Zur vieldeutigen Verwendungsmöglichkeit des Begriffs der Ebene siehe Kapitel 2 Methode und Theorie.

<sup>41</sup> Energie ist ein zentraler Faktor unserer Marktwirtschaft. Ihre Beschaffung und Herstellung beschäftigt seit jeher Politik und Wirtschaft. Es soll deshalb auch der Aspekt mit bedacht werden, dass Initiativen, die auf eine Unabhängigkeit im Energiesektor zielen, womöglich auch auf ein überdurchschnittlich großes Interesse in der Öffentlichkeit und den Medien stoßen. Eine starke Resonanz in öffentlichen Informationskanälen ist unter Umständen also auch auf die Eigenheit des Themas zurück zu führen.

ein „demokratisches Dilemma“, bei dem nicht klar ist, ob die Beteiligung neuer AkteurInnen wirklich zur „Steigerung der Effektivität von Governance“ beiträgt (Dahl in Newig/Fritsch 2009)? Ob und wie in Energieregionen auf demokratischer Basis gearbeitet wird, und welcher Mehrwert schlussendlich entsteht, soll im Rahmen der Untersuchung des angeblich erfolgversprechenden „neuen Steuerungs- und Governance-Potential“ (Späth 2007) wissenschaftlich analysiert werden.

Der Weg selbst, hin zu einer starken Identifikation in der Region und ersten energiebezogenen Projekten mit einer hohen BürgerInnenbeteiligung, ist dabei nicht außer Acht zu lassen. Denn oft führen erst staatliche, und im Sinn der Governance Perspektive hierarchisch zur Verfügung gestellte Fördermittel zu dem gewünschten Ziel - der Selbststeuerung von regionalen AkteurInnen (vgl. Böcher/Krott/Tränkner 2008). Wie ist es also zu bewerten, dass hinter manchen bottom-up Prozessen im Vorfeld top-down Prozesse in Form von finanziellen Anreizen von Förderungsstrategien stattfanden, um gerade jene hervorgehobene Partizipation zu stimulieren? Denn im Rahmen solcher Förderungen kommen oft nur parteipolitische AmtsinhaberInnen als VerwalterInnen dieser finanziellen Mittel in Frage und initiieren in Folge in gewohnter Art und Weise diverse Projekte und Initiativen. Die Deklaration einer neuartigen BürgerInnenbeteiligung ist in diesen Fällen m.E. nicht gerechtfertigt.

#### **3.4 Herangehensweisen in den Energieregionen**

Der Aufbau von Energieregionen manifestiert sich recht unterschiedlich. Der Hinzunahme von außenstehenden ExpertInnen, die eine Beratungsfunktion innehalten, kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Aus Literaturrecherchen zeigt sich, dass Energieregionen mit systematischer Hilfe oder, mit den Worten von Späth und Rohracher, „with a professional facilitator of participatory processes“, es einfacher haben, sich auf Strukturen zur Entscheidungsfindung zu einigen (Späth/Rohracher 2010, S. 452).

Baum berichtet von der Energieregion Kautzen, dass die Anfänge „nicht unmittelbar, allerdings im Vergleich doch eher ‚demokratisch‘ waren“ (Baum 2004). Damit deutet er auf anfängliche Schwierigkeiten hin, die er von einem Beobachter in einem Interview erfuhr. So wurden „Leute durch ‚hingeworfene‘ kleine demokratische Häppchen bei der Stange

gehalten“, außerdem sei die Dorferneuerung „ziemlich russisch“<sup>42</sup> gelaufen. Eine kleine Gruppe – Bürgermeister, Lehrer, Architekt – hat die Entscheidung getroffen und danach demokratisch legitimiert“ (zitiert nach Baum 2004, S. 123). Zwar konnten in Folge trotzdem Genossenschaften durch Einbeziehung der Bevölkerung gegründet werden, doch scheiterte beispielsweise ein Rapsenergieprojekt aufgrund der „längere Zeit andauernden Konflikte“. Diese Probleme hätten möglicherweise durch „Begleitung von außen produktiv verarbeitet werden können“, so Baum weiter (ebd., S. 123).

„Von außen“ ist dabei nicht gleich zu setzen mit „von oben“. Es hat sich gezeigt, dass Unternehmen ihr Knowhow einbringen und damit einfach eine weitere Rolle als Akteure in der Region wahrnehmen. Das Energieunternehmen Alpen Adria Energie, das für die Lieferung von Energie aus erneuerbaren Energien steht, ist durch seinen Standort in der Energieregion Kötschach-Mauthen beispielsweise prädestiniert für beratende Tätigkeiten im technischen Bereich – und nimmt diese Rolle auch wahr<sup>43</sup>.

Mitwirkende aus Gemeinden, die am „Programm e5“ teilnehmen berichten positive Erfahrungen. Gerhard Hierz aus dem sog. Energieteam Weiz in der Steiermark beispielsweise meint: „Es ist so, dass in der Stadtgemeinde (...) sehr viele Einzelkämpfer unterwegs waren und teilweise noch sind. e5 bündelt diese Kräfte und leitet die Kräfte in ein einziges Projekt rein und erst mit diesem einzigen Projekt ist man in der Lage, das Ganze als umfassendes Ganzes zu sehen“. e5 sei für die Gemeinde „ein perfektes Projektmanagement-Tool“<sup>44</sup>.

Auch die „Energievision Murau“ nutze ein Beratungsunternehmen, bzw. Hilfe aus der „Energieagentur Obersteiermark“, die das Projekt begleiten (vgl. Späth 2007, S. 21).

Die positiven Entwicklungen der Gemeinden, die Hilfe von außen hinzuzogen, deuten auf ein Kriterium hin, das möglicherweise den Erfolg von Energieregionen mitentscheidet. Diese und andere Annahmen sollen im Rahmen der oben erwähnten Interviews überprüft werden.

Nach ersten Rechercheergebnissen scheint es so, als würden Energieregionen sehr unterschiedlich an das Thema BürgerInnenbeteiligung herangehen. Es wird Beteiligung in unterschiedlicher Art und Weise, aber auch in unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen angestrebt. So wird unter einer Beteiligung an der Energieregion nicht selten ein finanzielles Beteiligungsmodell verstanden, bei dem es darum geht, finanzielle Bausteine für den Bau

---

<sup>42</sup> Die Autorin distanziert sich von der Verwendung des Wortes „russisch“ als negativ konnotiertes Adjektiv. Um die Aussage des Zitates nicht zu manipulieren wurde es trotzdem originalgetreu übernommen.

<sup>43</sup> Vgl. beispielsweise <http://www.global2000.at/site/de/magazin/technologie/AAE/>

<sup>44</sup> Gerhard Hierz in einem gefilmten Interview auf: <http://www.e5-gemeinden.at/index.php?id=27>

beispielsweise einer Photovoltaikanlage zu lukrieren. Oder es geht hauptsächlich um das Mitwirken auf der Ebene wirtschaftlicher Netzwerke, etwa um die Beteiligung von regional ansässigen Betrieben. Diese Unterschiede gilt es zu differenzieren und durch die bereits erwähnten Methoden herauszuarbeiten.

### **3.5 Überblick zur Darstellung von Energieregionen in der Literatur**

Trotz langjährigem Bestehen einiger Energieregionen kommt die Forschung erst zögernd ihrer Aufgabe nach, den Untersuchungsgegenstand wissenschaftlich zu erfassen. Das liegt vielleicht an dem späten Erkennen des Potentials, das sich möglicherweise hinter Energieregionen verbirgt. Und doch gibt es schon Literatur, die sich mit der Thematik auseinandersetzt. Die Veröffentlichungen lassen sich dabei grob in zwei Kategorien einteilen: Zum einen handelt es sich um Arbeiten, die als Projektbeschreibung bzw. -analyse dienen. Sie gehen deskriptiv vor und beschreiben Entwicklung und Vorgänge, liefern aber gleichzeitig auch Zahlen und Fakten der Energieregion. Zum anderen sind es Arbeiten, die sich übergreifend mit Energieregionen beschäftigen. Hier werden Strukturen und Potenziale heraus gearbeitet, die helfen sollen, Regelmäßigkeiten und bestimmte Muster unter den Energieregionen zu erkennen.

Beim Thema Regional Governance stellt sich die Forschungslandschaft anders dar. Die seit einigen Jahren anhaltende Aktualität führt jährlich zu einer Vielzahl an Publikationen, die sich in unterschiedlichster Art und Weise sowohl mit dem Governanceansatz als auch mit dessen Erweiterungsansätzen – wie etwa Regional Governance – beschäftigen. Allein das Spektrum von Anwendungsmöglichkeiten des Konzeptes führt zu einer enormen Bandbreite. Brunnengraber/Burchardt/Görg schreiben im Vorwort ihres Buches mit dem Titel „Mit mehr Ebenen zu mehr Gestaltung?“, dass ein zentrales Ergebnis einer Tagung mit dem gleichen Titel war, „dass die theoretischen Grundannahmen und das methodische Verständnis von Multi-Level-Governance noch sehr stark divergieren“ (ebd. 2008, S. 5). So ähnlich verhält es sich auch mit Regional Governance. Die Debatte ist also noch in starker Bewegung und beinhaltet viele unterschiedliche Auffassungen und Zugänge, die auch zu einer Vielzahl unterschiedlichster Literatur führen.

In dieser Arbeit wird vor allem mit Regional Governance im Kontext der Diskussion um Energiepolitik und politischer Partizipation gearbeitet werden, da diese zwei Themengebiete die Kernpolitikfelder dieser Diplomarbeit umfassen. Da es hierzu konkrete Überlegungen und

Forschungsansätze vor dem Hintergrund des Regional Governance Ansatzes gibt werden sie im Anschluss nach den Erläuterungen zu Energieregionen in der Literatur vorgestellt.

Philipp Späth liefert 2007 einen mittlerweile oft zitierten Bericht zu Energieregionen, der wohl als einer der ersten im deutschsprachigen Raum in den zweiten Bereich fällt, also in jenen Bereich der Literatur, der auch hinter die Kulisse des technischen Erreichens von Energieautarkie sieht. Systematisch analysiert er Begrifflichkeiten und vergleicht vier Energieregionen anhand ihrer Leitbilder und Strukturen. Die Ergebnisse von Projekt-Treffen in verschiedenen Energieregionen und die Durchführung von Interviews mit EntscheidungsträgerInnen ergibt dieses knapp 80 Seiten starke Dokument einen grundlegenden Beitrag zur Forschung auf diesem Gebiet. Ziel der Untersuchung Späths (im Auftrag der Programmlinie „Energiesysteme der Zukunft“ des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie) war es, „Möglichkeiten und Erfolgsbedingungen zu identifizieren“ (vgl. Späth 2007, S. 3), da eine Untersuchung diesbezüglich noch nie durchgeführt wurde. Im Mittelpunkt stehen dabei die Leitbildprozesse der untersuchten Energieregionen. Späth kommt zu dem Ergebnis, dass Energieregionen „unter bestimmten Voraussetzungen sehr wohl einen koordinierenden Einfluss auf Entscheidungen verschiedener Akteure in verschiedenen Bereichen ausüben können“. Diese Voraussetzungen sind beispielsweise eine bestimmte Größe, regionale Identität, „soziales Kapital“ in Form von informellen Netzwerken, Zugangsmöglichkeiten zu einem regionalen Energiemarkt oder das Vorhandensein einer regionalen Wirtschaftsstruktur (Späth 2007, S. 6f). Späth stellt fest, dass durch die Vielzahl und Unterschiedlichkeit der Voraussetzungen Prozesse innerhalb der Energieregionen sehr fragil sind, hier aber durch gezielte Förderung geholfen werden kann. Auch bestätigen Späths Untersuchungen, dass die Rolle einer zentralen Promotions-Figur entscheidend sein kann, um Leitbildprozesse zu vermitteln. Die oft sehr unterschiedlichen Stakeholder bedürfen einer Organisation oder einer Person, die die verschiedenen Kräfte zu bündeln vermag, so Späth weiter. Außerdem sieht er großes Potential für „Prototypen neuartiger Governance-Formen“ in Energieregionen. Allerdings bleiben dieses Potential und das Verständnis von der sogenannten neuen Form von Governance undefiniert und nicht weiter untersucht.

Auch Harald Rohrer beschäftigt sich mit dem Thema der Energieversorgung in ländlichen Regionen. Gemeinsam mit Späth entstanden weitere Papiere zu dem Thema, beispielsweise in der Veröffentlichung in der Zeitschrift „Research Policy“ mit dem Titel: „‘Energy regions‘:

The transformative power of regional discourses on socio-technical futures“. In diesem Text schreiben die Autoren von der „diskursiven Nische“, die die Energieregionen darstellen. Energieregionen können als Instrument im Wandel hin zu einem nachhaltigen „low-carbon“ Energiesystem dienen.

Auch der Begriff des „sozio-technischen Wandels“ findet bei Rohracher und Späth oft Verwendung. Sie deuten damit an, dass die Gesellschaft nicht nur einen technischen Wandel mitmacht, sondern auch einen damit einhergehenden sozialen Wandel beispielsweise in Form von Entscheidungsmechanismen auf lokaler Ebene<sup>45</sup>. Die Autoren befürworten die Etablierung von Leitbildern und Politikansätzen auf verschiedenen Ebenen von Diskursen und Governance, da nur so ein struktureller Wandel vollzogen werden kann.

Außerdem streichen sie den Vorteil von ländlichen Begebenheiten heraus, der den meisten Energieregionen nützt. Sowohl die soziale Vernetzung als auch die Nutzungsmöglichkeit von umliegenden Ressourcen ist demnach einfacher und effizienter zu kanalisieren. Anhand des Beispiels der Energieregion Murau zeigen sie auf, welches Potential in dieser wenig steuerbaren Methode der Verwirklichung von Konzepten liegt. Durch Handeln unter neuen Begebenheiten (nicht politisch zuordenbar, verschiedene AkteurInnen usw.) ergeben sich Synergien und neue Standards. Allerdings seien diese Prozesse besonders schwer zu organisieren, und es brauche vor allem Kreativität, strategische Arbeit und Instrumente zur Konfliktbewältigung. Leitbilder seien hierbei von großem Wert, da alle AkteurInnen sie in ihre Sphäre übernehmen können und eine gemeinsame Identität entstehen kann (vgl. Späth/Rohracher 2010, S. 449 ff).

Auch Gotelind Albers Ausführungen zu Energieregionen in Österreich steuern grundlegende Erkenntnisse zu der Diskussion rund um Energieregionen und ihrem Potential bei. Auch sie widmet sich neben der Vorstellung dreier Energieregionen den Erfolgsfaktoren von Energieregionen. Neben Leitbildern und geeigneten PromotorInnen streicht sie ebenfalls die Notwendigkeit einer überschaubaren Größe als Erfolgsfaktor heraus. In Bezug auf Governance-Strukturen setzt die Autorin auf möglichst flexible Konzepte, die es Stakeholdern ermöglichen, selbst zentrale Akteure zu sein. Dennoch sollten Gemeinden weiterhin stark mit eingebunden werden (vgl. Alber 2009).

Für Alber kristallisieren sich außerdem zwei grundsätzliche Typen von Energieregionen heraus. Einerseits handle es sich um Energieregionen die „stärker auf Technologieentwicklung [setzen] als auf die Beteiligung vieler Akteure und den Bau

---

<sup>45</sup> Vgl. auch Bärnthaler/Schauer 2008



zahlreicher kleiner Anlagen“ (Alber 2009). Als Beispiel hierfür nennt sie Güssing. Hier wurde eine professionelle Strategie gewählt, deren Basis die Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungseinrichtungen ist.

Im Gegensatz dazu stehen „prozessorientierte Modelle“ wie etwa Murau, die die Einbindung lokaler AkteurInnen als zentrale Aufgabe sehen. Der Grad der Partizipation ist hier wesentlich höher als beim Vergleichsbeispiel Güssing. Beide Energieregionen sind mit ihrem Modell erfolgreich und nutzen die zur Verfügung stehenden Ressourcen – Güssing die Nähe zur Stadt Wien und ihren Forschungseinrichtungen, Murau die breite Aktionsbasis in der Bevölkerung (vgl. Alber 2009, Interview Keglovits 2011).

Albers Kritikpunkte in Bezug auf Energieregionen sind die kaum gestellte Frage der Raumordnung in Konzepten, die oftmalige Ausblendung des Themas Mobilität und schließlich die Fokussierung auf Wirtschaftsentwicklung anstatt auf Klimaschutz.

Als Beitrag in oben erwähnter erster Kategorie, also jener Kategorie, die sich mit einer bestimmten Energieregion beschäftigt und deren Entwicklung und Prozesse beschreibt, können einerseits die Beiträge des Europäischen Zentrums für Erneuerbare Energie (EEE) gewertet werden, andererseits fallen auch die Beiträge von Reinhard Koch und Christiane Brunner darunter. In zwei umfassenden Berichten schildern letztere die Situation Güssings im Verlauf der vergangenen Jahre, sie führten Machbarkeitsstudien und Standortanalysen durch und kamen zu dem Ergebnis, dass ein energieautarker Bezirk grundsätzlich möglich ist. Güssing kann hier nicht nur als Vorzeigeregion fungieren, sondern stellt gewissermaßen eine Modellregion dar, die als Vorbild für andere Bezirke gelten kann, so die AutorInnen (vgl. Koch 2006)<sup>46</sup>.

Zusammenfassend kann m. E. gesagt werden, dass die Forschung zu Energieregionen am Anfang steht, in Zukunft wohl aber stark ausgebaut werden wird. Die Literatur beschränkt sich oft auf einzelne Regionen und weniger auf das Gesamtbild, was vielleicht auch an der von AutorInnen festgestellten starken Individualität der Energieregionen liegt.

### **3.6 Zwischenfazit Forschungsstand**

Nachdem der Forschungsstand präsentiert wurde, soll nun der Beitrag dieser Diplomarbeit zu diesem Forschungsgebiet argumentiert werden.

---

<sup>46</sup> Im Gegensatz dazu vgl. Interview Bärnthaler 2011.

Es hat sich gezeigt, dass Energieregionen und ihre Auswirkungen auf Ökologie und Wirtschaft bereits ausführlich untersucht wurden (Späth 2007, Koch 2006, Österreichischer Biomasseverband 2011, Statistik Austria Gemeindedaten Güssing 2010). Durch ihre CO<sub>2</sub> neutralen Eigenschaften<sup>47</sup> reduziert der Einsatz von erneuerbaren Energien den Ausstoß von Treibhausgasen. Gleichzeitig wurde auch das Potential und die Besonderheit regionaler Partizipationsstrukturen artikuliert (Brunnengräber/Walk 2007, Newig/Fritsch 2009, Späth 2007, Walk 2008, Walk/Dienel 2009). Damit einher ging die Kritik an der deskriptiven Vorgangsweise, mit der Regionen und ihr Partizipationsverhalten erforscht wurden. Auch die schlichtweg angenommene Erfüllung von demokratischen Grundwerten in den Bereichen Legitimation, Repräsentation und Transparenz und der von vorn herein angenommene Mehrwert durch Partizipation nichtstaatlicher AkteurInnen stößt auf Kritik (Aromeit 2002, Jessop 2004, Walk in Brunnengräber/Walk 2007). Governance-Analysen gehen demnach zusammengefasst nicht ausreichend auf die Besonderheit partizipativer Strukturen ein.

Hier setzt die Forschungsarbeit dieser Diplomarbeit an. Nach dem Zusammentragen bisheriger Forschungsansätze, deren Kritikpunkte und Vorschläge zur Verbesserung der Forschungssituation beitragen sollen, soll in dieser Diplomarbeit auf diese Besonderheit eingegangen werden. Zumindest für einen kleinen Teilbereich, dem der gesellschaftlichen (Regional) Governance-Prozesse in Energieregionen, wird probiert, den Ansprüchen der KritikerInnen gerecht zu werden. Dabei werden zwei Stränge verfolgt. Hauptsächlich geht es um die Analyse der Prozesse selbst und die Untersuchung, ob es sich hier um neue Formen von Entscheidungsfindungsstrukturen handelt. Der Aspekt, wie demokratisch, also legitimiert, transparent und repräsentativ diese sind, wird ebenfalls Teil der Untersuchung sein. Durch die kritische Anwendung der Multi-Level Analysemöglichkeiten und das Augenmerk auf angesprochene Problematiken wird ein stichhaltige Antwort auf die zentrale Forschungsfrage<sup>48</sup> erwartet.

---

<sup>47</sup> Da in den untersuchten Energieregionen Biomasse einen gewichtigen Anteil der erneuerbaren Energien darstellt, bezieht sich die CO<sub>2</sub>-Neutralität hauptsächlich auf die Charakteristika von Biomasse. Allerdings wird auch zunehmend durch Untersuchungen des *Life Cycle Assessment* (Ökobilanz) von beispielsweise Solarzellen die Annahme bestätigt, dass sich diese bei sinnvollem Einsatz zumindest CO<sub>2</sub> neutral verhalten (vgl. hierzu <http://www.esu-services.ch/fileadmin/download/jungbluth-2008-LCA-PV-web.pdf>).

<sup>48</sup> „In wie weit entwickeln sich durch den Konstituierungsprozess von Energieregionen neue Muster von Regional Governance, also demokratische Partizipation in Form „bottom-up“ Prozessen?“

## 4 Fallstudien: Güssing, Murau und Kötschach-Mauthen

Wurde die Wahl der Fallstudien weiter oben bereits begründet, soll nun vorerst argumentiert werden, warum sie in die gewählten Parameter von Philipp Späth fallen. Auf die Fallstudien Güssing und Murau treffen die von Späth genannten Grundcharakteristika<sup>49</sup> für Energieregionen zu:

- Güssing hat 1990 die Vision bzw. das Leitbild entworfen, den gesamten Bezirk zu 100% mit erneuerbaren Energien zu versorgen, hat dies auf Stadtebene bereits mit mehreren Maßnahmen erreicht, ist mit einer Schwerpunktsetzung im Bereich Energiewirtschaft auch eindeutig identitätsstiftend für die Bevölkerung und fällt mit knapp 30.000 EinwohnerInnen ebenfalls in die von Späth vorgegebene Größe (vgl. BMVIT 2007).
- Die Energieregion, oder wie die offizielle Bezeichnung lautet, die „Energievision“ Murau hat 2003 die Energieautarkie bei Wärme und Strom bis 2015 als Leitbild definiert, hat zur Umsetzung strategische Hilfe hinzugezogen und mit Workshops erste Maßnahmen umgesetzt, als Schwerpunkt Energieautarkie und damit einen Fokus auf energiewirtschaftliche Schritte gesetzt und zählt knapp 31.000 EinwohnerInnen (vgl. Späth 2007).

In der Gemeinde Kötschach-Mauthen wird die EinwohnerInnenzahl, die Späth vorschlägt nicht erfüllt. Mit knapp 3500 EinwohnerInnen liegt die Gemeinde deutlich unter den „einigen 10.000 EinwohnerInnen“ die Späth für Untersuchungen vorschlägt (vgl. Späth 2007, S. 12). Trotzdem soll die Gemeinde in der Untersuchung dieser Diplomarbeit als Fallstudie dienen. Auch Güssing hat auf Gemeindeebene angefangen, sich als Energieregion zu etablieren, etwaige gesellschaftliche Prozesse, die in den Anfängen bis heute stattfinden, wurden im Rahmen des Experten-Interviews mit Christian Keglovits erörtert. Auch ist die Größennorm Späths kritisch zu betrachten. Legen Programme zur Förderung beispielsweise nur eine Obergrenze fest (vgl. Leitfaden Klima- und Energiefonds 2011 mit einer Obergrenze von 60.000 EinwohnerInnen), argumentiert Späth folgendermaßen:

---

<sup>49</sup> Grundcharakteristika sind: Herangehensweise, Organisationsart, Inhalt und Größe. Vgl. dazu Kapitel 3.1 Energieregion und Späth 2007.

„Initiativen, welche sich auf kleinere Räume oder gar einzelne Gemeinden beschränken, weisen in der Regel eine wesentlich geringere Vielfalt an fachlich versierten Akteuren auf. Bei kommunalen oder kleinregionalen Initiativen ist es außerdem unwahrscheinlich, dass sie gleichzeitig Zugang zu EntscheidungsträgerInnen in mehreren relevanten Funktionen haben, dort Entscheidungen sichtbar beeinflussen und z.B. spezifische Fördermittel für die Kleinregion akquirieren können. Auch dass qualifiziertes Personal rekrutiert und finanziert werden kann, welches einen umfangreichen partizipativen Prozess organisiert, wie in den ersten beiden Punkten konzipiert, ist auf lokaler Ebene unwahrscheinlich.“ (Späth 2007, S. 12)

Kötschach-Mauthen widerspricht diesen Annahmen zu kleineren Gemeinden<sup>50</sup> und kann m. E. dadurch selbst nach Späths Kriterien als Fallstudie dienen.

Es soll trotz der kritischen Betrachtung der EinwohnerInnengröße bei etwaigen anderen Energieregionen, die im Laufe der Untersuchungen Eingang finden, auf Späths Parameter geachtet werden und nach seiner Methode kategorisiert werden.

Die beiden Regionen Güssing und Murau wurden aber vor allem deshalb gewählt, weil sie vorgeben, zwei unterschiedliche Herangehensweisen an den Aufbau einer Energieregion zu verfolgen. Gotelind Alber hat in diesem Zusammenhang schon Erwähnung gefunden. Sie nämlich unterscheidet beispielsweise zwischen technologie- und prozessorientierten Modellen und nennt als Beispiele dafür Güssing bzw. Murau (vgl. Alber 2008).

Kötschach-Mauthen liegt nach momentanen Forschungsstand und Eigeneinschätzung zwischen diesen beiden Modellen und wurde deshalb als Fallbeispiel gewählt<sup>51</sup>.

Zumindest bei den beiden letzteren Regionen wird eine starke Prägung auch durch zivilgesellschaftliche Prozesse erwartet. Durch eine Einbindung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen in Steuerungs-Prozesse wird von AutorInnen erwartet, dass „effektivere und effizientere Politiken“ zu Stande kommen (Schuppert, Weidner in Newig/Fritsch 2009). Newig und Fritsch sehen gerade in der Umweltpolitik eine Entwicklung hin zur Institutionalisierung von zivilen Beteiligungsformen. Auch die EU hat in Folge des Aarhus-Übereinkommens, das seit 2001 in Kraft ist, vier EG-Richtlinien zur rechtlichen Absicherung

---

<sup>50</sup> Durch die in Kötschach-Mauthen ansässige Netzbetreiberin, Stromproduzentin und –lieferantin Alpen Adria Energie (AAE), die Strom zu 100% aus erneuerbaren Energieträgern herstellt und handelt, ist ein hohes ExpertInnenwissen vor Ort zu vermerken. Das Familienunternehmen ist außerdem auf mehreren gesellschaftlichen Ebenen aktiv (Verein energie:autark Kötschach-Mauthen, Kraftwerksbetreiber usw.). Fördermittel konnte Kötschach-Mauthen bereits akquirieren und auch gelang die Einstellung von qualifiziertem Personal (vgl. <http://energie-autark.at/>).

<sup>51</sup> Zur Begründung zur Auswahl der Fallstudien siehe auch Kapitel 1.2 Konzeption.

bei „zivilgesellschaftlicher Partizipation bei Umweltentscheidungen“ beschlossen (Newig/Fritsch 2009)<sup>52</sup>.

Beteiligung und Partizipation können allerdings verschieden zum Ausdruck kommen, so können darunter etwa Beteiligungsformen, die sich auf Verfahren „mit dem Ziel kollektiv bindender Entscheidungen“ beschränken (Newig/Fritsch 2009, S. 216) gemeint sein. Aber auch weitreichendere Definitionen, die z.B. öffentliche Diskussionen, Vereinsbeteiligungen oder BürgerInnenforen miteinbeziehen, finden als Beteiligungsform Eingang in die Literatur. Über die Wechselwirkung zwischen beteiligten Stakeholdern (privat, politisch, etc.) und der tatsächlichen Auswirkung auf den realpolitischen Prozess wird von unterschiedlichen Annahmen ausgegangen, etwa ob ein Informationsgewinn durch bestimmte Partizipationsformen stattfindet und sich dieser in Entscheidungen zu bestimmten Themen, wie beispielsweise Umstieg auf erneuerbare Energien, wiederfindet oder nicht. Oder darüber ob Partizipation dazu beiträgt, eine bessere Akzeptanz für spezielle Projekte zu erzielen. Newig/Fritsch stellen in ihrer Untersuchung zum „Beitrag zivilgesellschaftlicher Partizipation zur Effektivitätssteigerung von Governance“ fest, dass es in keinem der 15 untersuchten Fälle zu einer „Verschlechterung der Implementation durch Partizipation“ kam, allerdings war der Einfluss geringer als erwartet. Sie kommen zu dem „banalen wie ernüchternden“ Fazit, dass Interessen und Ziele der beteiligten AkteurInnen den größten Einfluss auf umweltbezogene Entscheidungen hatten (vgl. Newig/Fritsch 2009).

Auch die Bedeutung von nicht partizipierenden BürgerInnen wurde bereits untersucht. Denn in den meisten Fällen ist Desinteresse nicht der Grund für mangelnde Partizipation. Viel eher kann es bedeuten, dass sich Betroffene schon im Prozess vertreten fühlen, oder aber, dass die Art der Vorgangsweise nicht ansprechend ist (Diduck/Sinclair in Newig/Fritsch 2009). Gerade bei technischen Angelegenheiten, die unter Umständen ein hohes Maß an spezifischem Wissen verlangen, kann der Grund für fehlende Partizipation am mangelnden Verständnis der Materie liegen. Bei den Fallstudien muss daher die Aufbereitung des Gegenstandes, in diesem Fall etwa zu Technologien rund um den Energiegewinn aus erneuerbaren Energien, für die Öffentlichkeit beachtet werden, sofern man Rückschlüsse auf bestehendes oder mangelndes Partizipationsverhalten ziehen möchte.

Auch wenn in folgender Arbeit andere Energieregionen Erwähnung gefunden haben, soll doch ein Hauptaugenmerk auf die drei recht unterschiedlichen Energieregionen gelegt

---

<sup>52</sup> Darunter fallen: Wasserrahmenrichtlinie (RL 2000/60/EG), Richtlinie über die Strategische Umweltprüfung (RL 2001/42/EG), Umweltinformationsrichtlinie (RL 2003/4/EG) und die Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie (RL 2003/35/EG) (vgl. Newig/Fritsch 2009)

werden. Zwar zeichnen sich Energieregionen generell durch ein sehr divergentes Erscheinungsbild in Struktur, Zielsetzung, Größe usw. aus, können aber durchaus nach eben diesen Kategorien unterschieden und eingeteilt werden.

Die Fallstudien Güssing, Murau und Kötschach-Mauthen unterscheiden sich bereits in ihrer Entstehungsgeschichte. So wurde Murau unter stärkerer BürgerInnenbeteiligung aufgebaut, Güssing hingegen eher als Elitenprojekt gehandhabt (vgl. Interview Keglovits 2011, Interview Bärnthaler 2011). Beide Projekte laufen erfolgsversprechend und so ist am Schluss der Untersuchung festzustellen, in welcher Region welcher Mehrwert schlussendlich geschaffen wurde bzw. geschaffen wird.

Betrachtet man die Zielsetzungen in Murau etwas genauer, so wird ersichtlich, dass die Projektleitung in Murau nicht nur Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern anstrebt, sondern auch einen gesellschaftlichen Zusammenhalt hervorrufen möchte. Es handelt sich also auch um das Verfolgen eines gesellschaftlichen Mehrwertes, um das Fördern von zivilgesellschaftlichen Interaktionen und der Förderung von regionalen Netzwerken. Die bürgernahe Herangehensweise bietet sich für dieses Projekt demnach stark an.

Güssing positioniert sich nach dieser Betrachtungsweise anders. Hier wird vor allem wirtschaftlicher und finanzieller Mehrwert angestrebt und geschaffen. Um dieses Ziel zu erreichen ist wiederum die Steuerung durch wenige wahrscheinlich sinnvoll. Die Frage welcher Mehrwert für die Gesellschaft richtiger oder zweckmäßiger ist, ist aus jetziger Perspektive mehr eine ideologische als eine wissenschaftlich zu beantwortende Frage.

Kötschach-Mauthen handelt aus einer traditionellen Position heraus. Das Unternehmen der Familie Klauss, die Alpen Adria Energie (AAE), die vor Ort nicht nur als Stromproduzentin und Vertreiberin, sondern auch als Netzbetreiberin fungiert, ist bereits seit mehreren Generationen<sup>53</sup> im Bereich der Energiewirtschaft tätig und beruft sich immer wieder auf diese Pionierleistung. Neben der wichtigen Rolle als Stromproduzentin nimmt die AAE auch andere Rollen als regionaler Stakeholder wahr.

Neben dem Streben nach Energieautarkie bis 2020, also einem leistungsorientierten Ziel, steht auch die Bewusstseinsförderung stark im Vordergrund. Die Beteiligung der Zivilbevölkerung an der Umsetzung ist zwar erwünscht, wird allerdings nicht in den Maßen gefördert wie etwa in Murau. Damit reiht sich diese Gemeinde in gewisser Weise zwischen Güssing und Murau ein.

---

<sup>53</sup> Seit 1886 produziert die Familie Klauss Strom durch erneuerbare Energieträger in Kötschach-Mauthen.

Durch die Wahl der Fallstudien ist damit ein grobes Feld jener österreichischen Energieregionen aufgespannt, die in beide Richtungen auffällig bezüglich ihrer Beteiligungsstrategien sind. Durch eine durchschnittlich agierende Energieregion im Bereich BürgerInnenbeteiligung ist eine zielführende Fächerung gegeben<sup>54</sup>.

Zu Beginn werden die Fallstudien überblicksmäßig vorgestellt. Im Anschluss daran werden die Regionen in Bezug auf ihre Regional Governance Strukturen untersucht und analysiert. In einem folgenden Kapitel werden die Untersuchungen zusammen geführt und ein Vergleich hergestellt. Anhand der Ergebnisse dieses Vergleichs soll die Forschungsfrage beantwortet werden und in einem Fazit kritisch kommentiert werden.

#### **4.1 Regional Governance-Strukturen in Energieregionen**

An die generelle Darstellung der Energieregionen soll eine Betrachtung mehrerer Ebenen anschließen, die auftretende Akteurskonstellationen in den drei Energieregionen identifizieren kann. Es handelt sich dabei um die bereits im Methoden Kapitel erwähnte Multi-Level Analyse bzw. um die Untersuchung von Regional Governance Strukturen in den Energieregionen.

Die Governanceforschung geht von einer Interdependenzbewältigung<sup>55</sup> aus. Für Regional Governance bedeutet dies das Überwinden von wechselseitigen Beeinträchtigungen und Abhängigkeiten auf regionaler Ebene. Es geht des Weiteren darum, Problem- und Spannungsfelder zu überwinden und Lösungsmodi für diese zu entwickeln. Wie bereits erwähnt, sind die Motivationen sehr unterschiedlich, warum Energieregionen gegründet werden. Dennoch verbindet alle drei untersuchten Energieregionen der angestrebte Wertschöpfungserhalt durch eigene Energieproduktionsstätten. Die Beeinträchtigung auf regionaler Ebene macht sich vor allem durch Probleme wie Abwanderung, Arbeitslosigkeit und vermutlich auch durch eine Verschuldung der Gemeinden bemerkbar, obwohl letztere in den geführten Interviews nicht als Grund genannt wurde und auch in der Literatur dieser Aspekt nicht aufgeführt ist.

Die Abhängigkeiten bestehen hingegen weniger auf horizontaler, regionaler Ebene sondern eher auf vertikaler Ebene. Die Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland bewegt

---

<sup>54</sup> An dieser Stelle sei allerdings nochmal auf die beschränkten Möglichkeiten hingewiesen, die eine Diplomarbeit mit sich bringt. Es konnte nicht überall so in die Tiefe gegangen werden, wie der Forschungsgegenstand es manchmal verlangen würde.

<sup>55</sup> Vgl. hierzu Ausführungen im Kapitel 2.2 Governance

regionalpolitische FunktionsträgerInnen und aktive ZivilbürgerInnen zum Beschreiten neuer Wege. Es handelt sich also um Regional Governance, die in gewisser Weise sowohl auf horizontalen als auch auf vertikalen Ebenen stattfindet. Die Mehrebenenanalyse soll in dieser Arbeit also dazu dienen, sowohl die vertikalen Reaktionen in Bezug auf die Abhängigkeit von Energieimporten zu erklären, als auch die horizontalen Handlungen, die daraus entstehen, begreiflich zu machen. In den untersuchten Fallstudien stellen sich folgende Ebenen bzw. Gruppen dar: die Ebene der ZivilbürgerInnen, die aus unterschiedlichen Motivationen heraus agieren, die Ebene der UnternehmerInnen, die ein wirtschaftliches Interesse verfolgen (Bestehen am Markt, Zukunftsfähigkeit usw.) und schließlich die der EntscheidungsträgerInnen. Letztere verfolgen das Interesse des Gemeinwohls als auch das Interesse am Erhalt ihrer eigenen Position. In Energieregionen verwischen die ohnehin nicht klar auszumachenden Grenzen zwischen diesen Ebenen. So lässt sich beispielsweise nicht eindeutig beurteilen, ob die Unternehmerin in ihrer Rolle als Wirtschaftstreibende agiert, oder zivilgesellschaftliches Engagement zeigt und deswegen als Beteiligte in der Energieregion auftritt. Im Laufe der Arbeit hat es sich aus diesem Grund bewährt, ohne konkrete Abgrenzungen zu arbeiten. Vielmehr wird sowohl zivilgesellschaftliche Mitarbeit und Engagement als auch die Netzwerkbildung der verschiedenen Stakeholder in den Energieregionen bewertet.

Bei der Untersuchung zu Regional Governance Strukturen soll des Weiteren ein Augenmerk auf ein mögliches Demokratiedefizit der Strukturen gelegt werden. Es wird deshalb im Anschluss der Analyse zu (Regional-) Governance Strukturen in einem eigenen Kapitel bearbeitet werden. In diesem Kapitel wird auch die Frage gestellt werden, in wie fern Energieregionen demokratischen Ansprüchen genügen müssen. In Güssing und Kötschach-Mauthen liegen den Gründungen beispielsweise Gemeinderatsbeschlüsse zu Grunde. Was das konkret über die demokratischen Eigenschaften einer Energieregion bedeutet, ist damit aber noch nicht klar. Der Aspekt des Demokratiedefizits wird auch deshalb gesondert betrachtet werden, da der Mangel an dessen Untersuchung ein oftmals auftauchender Kritikpunkt der AutorInnen darstellt (vgl. Abromeit 2002, Brunnengräber/Walk 2007). Anschließend werden die Ergebnisse der unterschiedlichen Energieregionen verglichen, um Schlüsse auf mögliche neuartige (Regional-) Governance Strukturen ziehen zu können.



## 4.2 Güssing

Die wirtschaftliche Lage Güssings war zur Zeit der Gründung der Energieregion anders als sie sich heute präsentiert: Mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen Österreichs, schlechter Verkehrsinfrastruktur und wenig erfolgreicher Wirtschaft hatte Güssing zum Zeitpunkt des Beitritts zur EU sogar Anspruch auf den Fördertopf des EU Programms für „Ziel-1-Gebiete“<sup>56</sup>. Geheizt wurde in den privaten Haushalten überwiegend mit Kohle und Öl (vgl. Interview Keglovits 2011).

1992 wurde Peter Vadasz (ÖVP) zum Bürgermeister gewählt. Er traf auf den Techniker Reinhard Koch, der mit der Planung des städtischen Abwassersystems und der Kläranlage von der Stadtgemeinde beauftragt worden war. Im Nachhinein wird von dem Umstand berichtet, dass „die richtigen Personen sich zur richtigen Zeit trafen“ (vgl. Keglovits 2010, S. 1), denn die Folge des Zusammentreffens war die Ausarbeitung eines Plans zur Nutzung der heimischen Ressourcen zur Energiegewinnung. Mit dieser Strategie sollte die regionale Wirtschaft angekurbelt und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ökologische Ziele gab es zu dieser Zeit nicht, denn weder Klimawandel noch Problematiken wie etwa „Peak Oil“ waren damals öffentlich anerkannt. Im Gegenteil, mit Öl zu heizen galt als modern und fortschrittlich. Nach Keglovits Einschätzung spielte auch Parteipolitik eine Rolle, denn anstatt den Wärmenetzausbau dem SPÖ-dominierten Erdgasversorger BEGAS zu überlassen, beschlossen die ÖVP-geleiteten Gemeinden dieses Projekt lieber selbst zu übernehmen (vgl. Interview Keglovits 2011).

Mit seiner Gründungsgeschichte stellt Güssing eine Art Gegenpol zur These von bereits erwähnten AutorInnen (vgl. Späth, Rohracher u.a.) dar, die besagt, dass Initiativen dieser Art vor allem dann Erfolg haben, wenn sie unabhängig von politischen EntscheidungsträgerInnen entstehen und geführt werden. Denn Vadasz war als Bürgermeister politischer Entscheidungsträger und „Initiator der Entwicklung“ (Keglovits 2010, S. 2), Koch übernahm die technische Planung und Umsetzung. Ein Jahr später wurde im Güssinger Gemeinderat beschlossen, eine Energiestudie über „die zukünftige Energieversorgung“ zu erstellen<sup>57</sup>. Durch Initiativen des Bürgermeisters und nach und nach auch durch private und bäuerliche Aktivitäten wurden erste kleine Nahwärmanlagen errichtet, die auch als Vorzeigeprojekte für

---

<sup>56</sup> „Als Ziel-1-Gebiete wurden jene Regionen der EU bezeichnet, die in unterschiedlichen Bereichen noch Nachholbedarf und Entwicklungsrückstand im Vergleich zu anderen EU-Regionen aufweisen. Sie enthielten spezielle Förderungen aus dem Strukturfonds.“ (vgl. <http://www.parlament.gv.at/PERK/GL/EU/Z.shtml>)

<sup>57</sup> Vgl. Gemeinderatsbeschluss vom 13.7.1993: „Erstellung einer Energiestudie über die zukünftige Energieversorgung“.

die Bevölkerung dienen. Angewiesen auf die Akzeptanz der Bevölkerung, da diese das Projekt des Fernwärmenetzes finanziell mittragen mussten, wurde parallel dazu Öffentlichkeitsarbeit geleistet. BürgerInnenversammlungen und Informationsabende halfen, davon zu überzeugen, dass Holz aus der eigenen Region ein sinnvollerer Energieträger als Öl und Kohle ist. Der Rohstoff Holz wurde von vielen kleinen Waldbesitzern in der Region zur Verfügung gestellt. Sie erkannten das Potential von „Durchforstungsholz“ als Ressource und bauten eine Infrastruktur auf, um dies wirtschaftlich zu nutzen (vgl. Keglovits 2010, S. 2).

Keglovits stuft dieses Vorgehen, also die schnelle Umsetzung „einzelne[r] Leuchtturmprojekte“, als sehr wichtig ein, da es die „Glaubwürdigkeit der Technologie“ erhöhe und Vertrauen bei der Bevölkerung schaffe. Dass dabei meist nur wenige politische EntscheidungsträgerInnen federführend beteiligt waren, gilt bei den Verantwortlichen als Notwendigkeit, um Projekte in diesem Maßstab durchzusetzen (vgl. Interview Keglovits 2011).

In Anbetracht des großen Erfolgs in Güssing erscheint die Legitimation einer von „Eliten“ gesteuerten Energieregion gegeben, doch bleibt im Vergleich zu anderen Regionen die Frage offen: führt eine schnelle Umsetzung ohne große Beteiligung der regionalen Bevölkerung im Endeffekt zu einem größeren Erfolg? Oder sind breit angelegte Beteiligungsformen bei „Start-up“ Projekten am Schluss doch nachhaltiger, weil sie von Anfang an von vielen mitgetragen werden?

Güssing ist mit der beschriebenen Vorgangsweise jedenfalls seit den 1990ern sehr erfolgreich. Die Parzellengrößen der Waldgrundstücke im Bezirk Güssing fallen durch ihre unterdurchschnittliche Größe auf. So beträgt die durchschnittliche Parzellengröße 0,48 ha<sup>58</sup>. Dieser Umstand führt dazu, dass eine großräumige Durchforstung mit professionellen Geräten kaum möglich ist. Durch die Gründung des Waldverbandes konnte diese, auf den ersten Blick umständliche Konstellation gelöst werden. Der Burgenländische Waldverband und ähnliche private DienstleisterInnen übernahmen in Folge Durchforstungsarbeiten und lieferten das Holz an Biomasse-Anlagen in Güssing<sup>59</sup>.

In einem nächsten Schritt wurde 1996 der Bau des Biomasse-Fernheizwerkes bewirkt. Im Gemeinderat wurde dafür das zur Verfügung stellen eines Grundstückes festgelegt<sup>60</sup>. Der Sprung von der Versorgung von 200 Haushalten auf die Versorgung von 4000

---

<sup>58</sup> Im Vergleich dazu beträgt die durchschnittliche Parzellengröße im Burgenland 0,61 ha

<sup>59</sup> Siehe auch Burgenländischer Waldverband: <http://www.bwv.at/index.php>

<sup>60</sup> Vgl. Gemeinderatsbeschluss vom 19.3.1996: „Die Stadtgemeinde stellt für den Bau der Fernwärme ein eigenes Grundstück zur Verfügung“:

EinwohnerInnen<sup>61</sup> stellte allerdings eine Herausforderung dar. Als Vorzeigemaßnahme wurden alle öffentlichen Gebäude an das neue Fernwärmenetz angeschlossen.

Durch das Streben nach Effizienzsteigerung und ein zufälliges Zusammentreffen des Wissenschaftlers Herman Hofbauer, der sich zu dieser Zeit intensiv mit einer effizienten Holzvergasungstechnologie im Labor der Technischen Universität Wien (TU) beschäftigte, und dem Güssinger Bürgermeister, kam das mittlerweile große Forschungsstandbein in das Projekt „Energieregion Güssing“. Zwar wurde die Forschung nicht finanziell unterstützt, da man das Risiko fürchtete, allerdings stellte man dem Forschungsteam rund um Hofbauer Baugrund zur Verfügung. Außerdem war durch das Parkettwerk ein ganzjähriger Wärmeabnahmepartner gewährleistet.

Dieser Umstand trägt dazu bei, dass die Energieregion Güssing nicht ohne weiteres übertragbar ist. Die zentrale Begebenheit, wie etwa die Möglichkeit der ganzjährigen Wärmeabgabe des Biomassekraftwerkes an das Parkettwerk in Güssing, ist keine oft anzutreffende Ausgangslage in regionalen Gebieten<sup>62</sup>. Auch die damit in Zusammenhang stehende ganzjährige Belieferung des Parkettwerks an das Kraftwerk durch Restholz stellt eine Besonderheit dar, die sich sehr positiv auf das Gelingen der Vorhaben in Güssing auswirkt. In Güssing ist der Holzvergasungsbetrieb mittlerweile ein wichtiges Standbein zur großflächigen, finanzierbaren und effizienten Versorgung mit Wärme und Strom geworden.

Das spezielle Holzvergasungsverfahren wurde weiterentwickelt und im Bau eines neuen Biomassekraftwerkes 2001 verwirklicht. Dieses Verfahren bedeutete nicht nur eine deutliche Effizienzsteigerung im Bereich der Wärme- und Stromerzeugung, sondern es ermöglichte auch in weiteren Verfahren die Herstellung von synthetischem Erdgas, Flüssigtreibstoff und Hochtemperaturbrennstoffzellen. Durch diese Kooperation mit der TU zählt der Standort Güssing heute zu einer anerkannten Forschungseinrichtung in Bezug auf Holzvergasung und „Erzeugen von Treibstoffen der 2. Generation“<sup>63</sup> (Keglovits 2010, S. 4).

Allerdings habe das nicht unbedingt einen „Mentalitätswandel in der Bevölkerung“ ausgelöst, so Keglovits. Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitarbeit seien noch weiter ausbaufähig, so der Autor weiter.

---

<sup>61</sup> Entspricht ungefähr 1600 Haushalten.

<sup>62</sup> Beispielsweise ist durch die notwendige Trocknung des Parkettholzes die Abnahme der Wärme ganzjährig gewährleistet.

<sup>63</sup> Der Ausdruck „Treibstoffe der 2. Generation“ wird im Kapitel 3.1.2 Nachhaltigkeit durch Treibstoffe der 2. Generation ausführlicher behandelt. Es handelt sich um Treibstoffe aus Biomasse, die nicht in Konkurrenz mit der Lebensmittelproduktion stehen (Treibstoffe, die ohne die Verwendung von Palmöl, Raps etc. hergestellt werden).

### 4.2.1 Regional Governance in Güssing

Die stark auf technischen Fortschritt und Forschung ausgelegte Konzeption Güssings wird nicht nur bei etwaigen Forschungspapern augenscheinlich, auch bei einem Blick auf den offiziellen Internetauftritt der Stadtgemeinde Güssing wird schnell klar, worum es bei dem „Modell Güssing“ geht. Die fünf Unterpunkte der Überschrift „Erneuerbare Energie“ lauten: Fernwärme, Biomassekraftwerk Güssing, Europäisches Zentrum, Geführte Touren und Forschung<sup>64</sup>.

Güssing möchte als Vorbildregion wahrgenommen werden<sup>65</sup> und setzt stark auf nationale und internationale Forschungsprojekte. Für Regional Governance-Strukturen bzw. Prozesse innerhalb der Zivilbevölkerung bedeutet das vor allem die Verlagerung des Themas Energieregion auf eine Ebene, die viel Fachwissen erfordert. Eine Kritik, die schon Walk in Bezug auf deliberative Demokratiemodelle formuliert: „Deliberation setzt eine breite gemeinsame Basis zwischen den Diskutierenden voraus, bevorteilt die Anliegen und Gesprächskultur der gemäßigten, konformen Gruppe auf Kosten der weniger etablierten sozialen Gruppe. Denn auch in deliberativen Modellen verbergen sich Gefahren der Herausbildung einer Eliten-Öffentlichkeit.“ (Walk 2007, S. 43).

Zwar erhebt die Energieregion Güssing nicht den Anspruch, ein deliberatives Demokratiemodell<sup>66</sup> zu verfolgen, dennoch haftet den „dezentralen Entscheidungsstrukturen“ (Walk 2007) und dem postulierten Potential, neue Governance-Strukturen zu begünstigen, etwas deliberatives an. Zumindest aus finanzieller Sicht (beispielsweise bei der Finanzierung des Nahwärmenetzes) wird der Anspruch erhoben, ein BürgerInnenprojekt zu sein. Im Rahmen von Informationsveranstaltungen und der „Tür-zu-Tür“ Überzeugungsarbeit von Gemeindebediensteten wurde versucht, den Energiediskurs zivilgesellschaftlich zu gestalten (vgl. Interview Keglovits 2011).

Um an Prozessen in den Bereichen Forschung und Technologieverständnis angemessen teilnehmen zu können, bleibt aber eine gewisse Expertise Grundvoraussetzung. Ohne gezielte Förderung eines „soziotechnischen“ (vgl. Bärnthaler/Schauer 2009) Diskurses ist diese Expertise weder ohne weiteres in der Bevölkerung vorhanden, noch kann sie im Handumdrehen an die BürgerInnen gebracht werden. Fokussiert eine Region also die Ebene Forschung und internationale Projektstätigkeit, ohne dabei konkrete Prozesse zur

---

<sup>64</sup> Vgl. <http://www.guessing.co.at/>

<sup>65</sup> Im Fordergrund der Homepage ist beispielsweise der Spruch „Nachahmenswert – das Modell Güssing“ zu lesen (vgl. <http://www.guessing.co.at/> >Erneuerbare Energie).

<sup>66</sup> Siehe etwa Habermas 1992

Informationsverbreitung in Gang zu setzen, ist wenig Wahrnehmung durch zivilgesellschaftliche Ebenen zu erwarten.

Andererseits kann durch die verstärkte Wahrnehmung einer äußeren Öffentlichkeit – etwa durch hervorragende Forschungsergebnisse, die in den Medien transportiert werden – eine verstärkte regionale Selbstwahrnehmung auftreten. Diese Selbstwahrnehmung wiederum führt in Folge dann eventuell zu mehr eigenmotiviertem Partizipationswillen. Diese Möglichkeit muss in Zukunft untersucht werden, denn zum momentanen Zeitpunkt kann diese eigenmotivierte Partizipation nicht festgestellt werden (vgl. Interview Keglovits 2011).

Die Energieregion Güssing ist anfänglich innerhalb eines BürgermeisterInnen-Netzwerkes gestaltet worden, später wurde dieses Netzwerk in einem Verein organisiert<sup>67</sup>. Es sind seit der Entstehung bis heute vor allem gemeindenahere Personen und Bedienstete, die real an Prozessen zur Entscheidungsfindung teilnehmen können. Die Prozessdarstellung der Stadtgemeinde Güssing ist folglich auch auf diesen gemeindepolitikhnen Ebenen dargestellt. Für einzelne BürgerInnen, die nicht parteipolitisch engagiert sind, gibt es kaum eine Möglichkeit zu partizipieren (vgl. Interview Keglovits 2011).

Die regionale, vertikale Bewältigung von Abhängigkeitsverhältnissen funktioniert dennoch. Dies ist im Bereich der erlangten Unabhängigkeit von importierten, fossilen Brennstoffen zu sehen. Hier wird ein beträchtlicher Anteil mit regenerativen und regionalen Brennstoffen substituiert.

Anhand der folgenden Grafik wird der Aufbau der Initiative in Güssing – und damit der bürgerInnenferne Ansatz – sichtbar. Hinter der Bezeichnung „Lokale Initiative der Stadtgemeinde“ steht der Bürgermeister von Güssing und der Techniker Reinhard Koch. Dieser Zusammenschluss führte in Folge zur Gründung des Vereins bzw. zur Gründung der GmbH „Europäisches Zentrum für Erneuerbare Energie“. Über diese Verwaltungsstruktur wird an Energieprojekten teilgenommen und werden Fördermittel lukriert. Der Vorstand des Vereins besteht aus den unterschiedlichen Stakeholdern. Folgt man der Abbildung 1 und den Erläuterungen Keglovits, sind weit über drei Viertel des Vorstandes politische Amtsträger (Interview Keglovits 2011). Dies wurde bewusst so gestaltet, um die Akzeptanz für das Projekt in den politischen Arenen zu gewährleisten. Auch hier wird klar, dass auf eine politisch geregelte Situation großer Wert gelegt wurde.

---

<sup>67</sup> Eine ähnliche Vorgangsweise wurde in Kötschach-Mauthen gewählt. Nachdem die Initiative einen offiziellen Rahmen brauchte, organisierte man sich in einem Verein. Vgl. Kapitel 4.4 Kötschach-Mauthen.

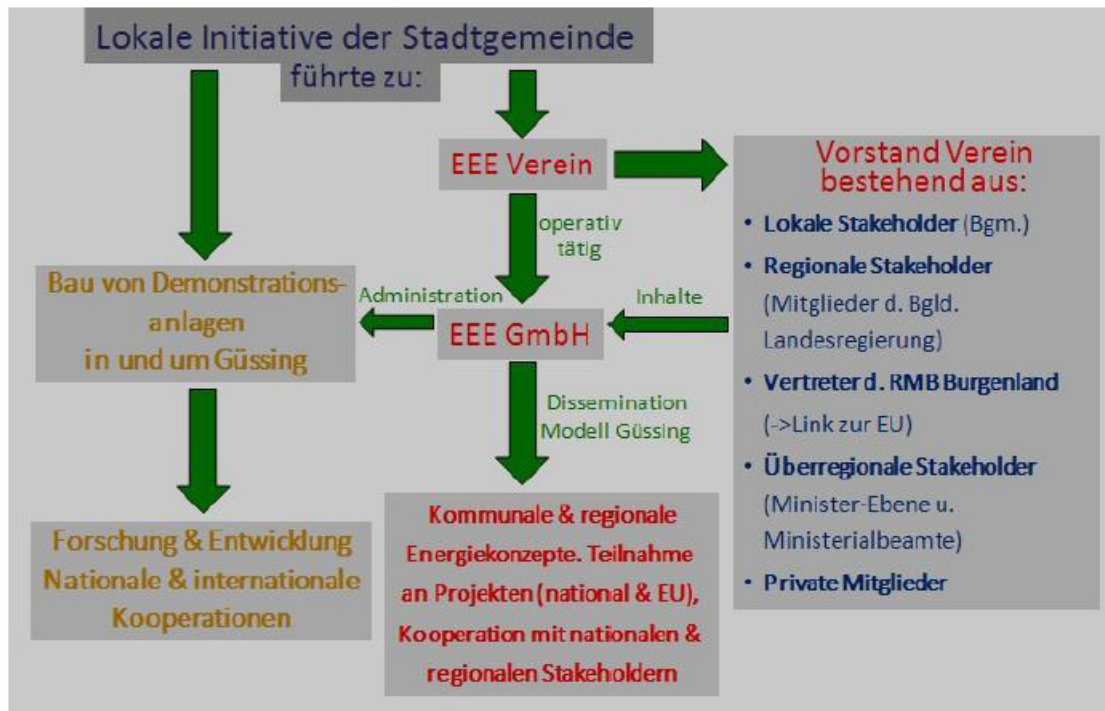


Abbildung 1 (Keglovits 2010)

Der Verein und die GmbH des Europäischen Zentrums für Erneuerbare Energien (EEE) sind der Kern der Initiative. In dieser Abbildung wird auch erkennbar, wie wichtig das Forschungsstandbein in der Energieregion Güssing ist und, dass private Mitglieder in einer untergeordneten Rolle im Vergleich zu politischen EntscheidungsträgerInnen auftreten. Das bestätigt auch Keglovits. Er sieht die Energieregion Güssing durchaus als Elitenprojekt, das aber wegen der Erfolge auch legitimiert sei (vgl. Interview Keglovits 2011).

Die wirtschaftliche Situation Güssings hat sich seit 1992 wesentlich verbessert. Seit damals verzeichnet die Statistik Austria über 1000 neue Arbeitsplätze (vgl. Statistik Austria, Gemeindedaten Güssing), etliche Betriebe sind in die Region gezogen. Die CO<sub>2</sub> Emissionen konnten um mehr als ein Drittel gesenkt werden, und private und öffentliche Gebäude können mittlerweile aus eigenen Ressourcen mit Wärme und Strom versorgt werden (vgl. Keglovits 2010, S. 5)<sup>68</sup>. Die Daten sprechen für sich, Güssing ist energiewirtschaftlich und forschungsbezogen ein Erfolg. Eine neuartige BürgerInnenbeteiligung lässt sich allerdings nicht feststellen, ebenso wenig sind bottom-up Prozesse ersichtlich.

Entscheidungsfindungsprozesse und Prozesse zur Gestaltung der Energieregion spielen sich auf einer für die Zivilgesellschaft weit entfernten Ebene ab. Durch die Gründung von Genossenschaften wurde etwa die Zulieferung von Biomasse organisiert, Gesellschaften

<sup>68</sup> Wird der Verbrauch an Strom und Wärme des Sektors Gewerbe und Industrie hinzugenommen, beträgt der „Eigendeckungsgrad“ ungefähr 71% (Keglovits 2010, S.5).

entstanden, um Werke und Anlagen zu verwalten. Das Zentrum für Erneuerbare Energien (GmbH) regelt das Zusammenspiel. Ist man also nicht Teil dieser Struktur, etwa als Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters, hat man kaum Gelegenheit, den Prozess mitzugestalten.

Eine BürgerInneninitiative, die in Güssing gegründet wurde, ist konfrontativ zu einem Projekt der Energieregion eingestellt. „Pro Ludwigshof“ ist seit 2009 aktiv und setzt sich gegen die Lärmbelästigung der Bevölkerung im Ortsteil Ludwigshof durch den Industriepark Güssing (Blue Chip Energy<sup>69</sup>) ein. Die Grünen unterstützen das Anliegen in Form einer parlamentarischen Anfrage<sup>70</sup> und einer finanziellen Zuwendung für den engagierten Anwalt der BürgerInneninitiative. Dies geschah über den „Grün-Alternativen Verein zur Unterstützung von BürgerInneninitiativen“ (BIV). Durch die Verhandlung am 24.8.2011 kam allerdings kein Ergebnis zu Stande (vgl. BIV Bericht 2010, BIV Bericht 2011).

Der Sprecher der Initiative Christian Holler fordert nach wie vor VertreterInnen der Gemeinde auf, in einen Dialog zu treten. Bürgermeister Vadasz sei sich der Problemlage bewusst: „Wir hatten bisher noch keine Zeit. Dinge, wie der Hochwasserschutz, der Aktivparkausbau und vieles mehr mussten erledigt werden.“ (NÖN 2011). Die Forderung seitens der Initiative nach einer Lärmschutzwand bleibt aufrecht.

Strukturen zur Problemlösungskompetenz scheinen in der Energieregion Güssing nicht ausgebaut zu sein. Kanalisierungsmöglichkeiten von Anliegen der BürgerInnen gibt es offenbar nur beschränkt.

### **4.3 Murau**

Eine entgegengesetzte Herangehensweise zur Gründung einer Energieregion zeigt sich in der Region Murau. Der Bezirk Murau mit seinen 35 Gemeinden und mehr als 32.000 EinwohnerInnen war mit ähnlichen Problemen wie Güssing konfrontiert: Hohe Abwanderungsraten<sup>71</sup> und eine geringe Wirtschaftsleistung prägen die letzten Jahrzehnte. Allerdings wird dieser Aspekt weniger stark in den Vordergrund gestellt, wenn es um die Motivation zur Schaffung der Energieregion geht. Weniger die schlechte Ausgangslage als

---

<sup>69</sup> Beachtenswert ist, dass am 26.7.2011 die Konkursrichterin „das Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung über die burgenländische Blue Chip Energy“ eröffnete. Damit wurde die zweitgrößte Insolvenz des Jahres 2011 in Österreich eingeleitet (vgl. APA-Branchendienste Newsletter Energie, 26.7.2011).

<sup>70</sup> Abg. Brunner vom 22.3.2011, Nr 7991/J

<sup>71</sup> Das Phänomen Bevölkerungsschwund zeigte sich in Murau noch drastischer: Trotz einer positiven Geburtenbilanz war ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen.

der Wille etwas Neues, Sinnvolles in der Region zu schaffen, waren ausschlaggebend (vgl. Späth 2007)<sup>72</sup>.

Aber auch die steigenden Energiepreise wurden zu Beginn des letzten Jahrzehnts immer vehementer auf mehreren Ebenen in der Region diskutiert (vgl. Interview Bärnthaler 2011). 2003 war es dann soweit und eine Energievision wurde von vielen unterschiedlichen Stakeholdern formuliert. Mit eben einer breiten Beteiligung von Anfang an wurde die Beibehaltung und der Ausbau dieser breiten Beteiligung als Voraussetzung für das Gelingen gesehen. Nach einer Phase der Bewusstseinsbildung wurden von den regionalen AkteurInnen bei einer Großgruppenveranstaltung folgende Energieziele für Murau festgelegt, die bis 2015 erreicht werden sollen:

- Energieautarkie bei Wärme und Strom
- Hohes Bewusstsein für „energetische Kreislaufwirtschaft“ in der Region Murau
- Aufbau einer Energieplattform
- Aufbau von regionalen Wirtschaftskreisläufen
- Wertschöpfungsaufbau durch Export des Energieüberschusses

(vgl. Bärnthaler/Schauer 2008)

Dies sollte vor allem durch sieben Bausteine, wie etwa durch Bewusstseinsbildung, Biowärmeaktionen, Haushaltspakete, Vorbildgemeinden oder auch durch die Stärkung der Unternehmenslandschaft erreicht werden (vgl. <http://energievision.at/cms/Bausteine.asp?n=148>).

In Murau sind seit 2003 verschiedene AkteurInnen – vom Hausmann bis zur Installateurin – aktiv. Mit dem Ziel regionale Ressourcen besser zu nutzen, um auf Risiken, die durch internationale Öl- bzw. Energiemärkte entstehen, rechtzeitig reagieren zu können, waren hier seit Anbeginn auch regionale Stakeholder initiativ. Bemerkenswert ist, dass sich in Murau erst einige Jahre nach der Entstehung regionale PolitikerInnen in den Prozess integrierten und einige BürgermeisterInnen des Bezirkes bis heute nicht involviert werden konnten. Das steht im Gegensatz zu anderen Energieregionen, die oft von politischen AmtsinhaberInnen initiiert und geprägt wurden (vgl. Güssing und Kötschach-Mauthen).

Von 2001 bis 2006 konnte ein Biomasseanteil von 56%, bei einem Ausgangswert von 47%, erreicht werden. Mittlerweile liegt dieser Wert deutlich über 60% (vgl.

---

<sup>72</sup> Vgl. auch <http://energievision.at/cms/Projekt.asp?n=138>



<http://energievision.at/cms/Landkarte.asp?n=143>). Wie in Güssing legt man auch in Murau Wert auf Biomasse, die nicht in Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion steht. So werden für die Biomasseanlagen Rinde, Waldhackgut und Sägewerksreste verwendet. In Privathäusern installierte Biomasseanlagen werden meist mit Holzpellets betrieben (vgl. Interview Bärnthaler 2011).

Um alle Ideen sinnvoll einbinden zu können, um die technische und die soziale Ebene der Einbindung gleichermaßen zu berücksichtigen und erfolgreich zu kanalisieren, wurde in einer Kooperation zwischen der Energieagentur Obersteiermark und dem Beratungsunternehmen Wallner& Schauer das sog. „Soziotechnische Betreuungsmodell“ ausgearbeitet.

Man schätzt, dass mittlerweile mehrere Millionen Euro regionale Wertschöpfung durch die Erhöhung des regionalen Biomasseanteiles und der Reduktion des Heizölbedarfs erzielt werden konnten (vgl. <http://energievision.at/cms/Projekt.asp?n=138>).

#### **4.3.1 Regional Governance in Murau**

Im Vergleich zu Güssing ist schon der Internetauftritt der Energieregion Murau stark auf die Thematik Beteiligung ausgerichtet. Menüunterpunkte wie „Struktur“, „Aktionsgruppen“ und „Partnerbetriebe“ und der zentral angelegte Aufruf „Eine Vision wird Realität! Sei dabei! Trag was bei!“ zeigen hier einen Schwerpunkt auf beteiligungsorientiertes Handeln. Neben der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung werden auch unterschiedliche Zielgruppen in den verschiedenen Ebenen angesprochen. So spricht Murau neben Betrieben und Akteursnetzwerken auch einzelne BürgerInnen an, die „Energievision“ mitzugestalten. Diese Mitgestaltung gelang vor allem durch die Einladung zu Maßnahmenworkshops. Gemeinsam mit dem Beratungsunternehmen „Wallner und Schauer“ geleitet und moderiert, konnte man so, zunächst völlig unabhängig von politischen Strukturen, die Ziele und Rahmenbedingungen mit sämtlichen Stakeholdern der Region und interessierten BürgerInnen festlegen (vgl. Interview Bärnthaler 2011).

In Bezug auf die Förderung von zivilgesellschaftlicher Beteiligung ist das Vorgehen der Gemeinde Murau im Vergleich zu Güssing sehr entgegengesetzt. In Murau war es von Anfang an Ziel, sämtliche Stakeholder – eben auch einzelne, zivilgesellschaftliche AkteurInnen – zu involvieren. Man ist der Überzeugung, dass diese Form der Initiative nur dann Erfolg hat, wenn es sich nicht um ein Vorzeigeprojekt einzelner politischer FunktionsträgerInnen handelt. Dass die Zusammenarbeit auch auf politischer Ebene

stattfinden muss, steht dabei außer Frage, allerdings ist auch die Unabhängigkeit von politischen Strukturen wichtig, um die Nachhaltigkeit des Projektes zu gewährleisten (vgl. Interview Bärnthaler 2011).

Die Spannungsverhältnisse auf regionaler Ebene, die Regional Governance-Strukturen zur Bewältigung entstehen lassen, stellen sich ähnlich dar wie in Güssing. Nur die Darstellung und Gewichtung der Thematik wird anders gehandhabt. Die angestrebte Unabhängigkeit von importiertem (Heiz-) Öl ist zwar auch in Murau Ziel, allerdings steht es als Mittel zum Zweck im Hintergrund. Die Koppelung dieses Werkzeuges mit der treibenden Vision Murau, nämlich die Region auch für zukünftige Generationen lebenswert und attraktiv zu gestalten, lässt eine anders gewichtete Vorgangsweise zu. Motiviert durch die gemeinsame regionale Identität, wird hier allen die Möglichkeit zur Mitgestaltung an der Region Murau gegeben. Damit innerhalb dieses Prozesses nicht zusätzliche Probleme und Abhängigkeiten entstehen, etwa durch notwendige, aber nicht auf allen Ebenen vorhandene Expertise, wurde eigens ein „soziotechnisches Betreuungsmodell“ entwickelt. Durch die Entwicklung dieses eigenen Beteiligungsmodells wird der selbst gestellte Anspruch, zivilgesellschaftliche Beteiligung zu fördern, sichtbar. Das Modell soll einerseits helfen, technische und soziale Ebenen zusammenzuführen, und andererseits die Möglichkeit bieten, die Idee der Energieregion auf andere Regionen übertragbar zu machen. Bärnthaler sieht darin den großen Vorteil des in Murau praktizierten Modells im Vergleich zum Güssinger Modell (vgl. Interview Bärnthaler 2011).

Die Selbstdarstellung ist in allen Energieregionen kritisch zu betrachten, so auch in Murau. Auffallend ist die starke Betonung der Einbindung sämtlicher AkteurInnen. Bei näherer Betrachtung fällt auf, dass im Netzwerk etwa neutrale NGOs fehlen. Oder, dass hinter den vier Aktionsgruppen vor allem Betriebe stehen. Zwar sind dezidiert einzelne AkteurInnen aufgerufen, sich an die organisierende Energieagentur zur Mitgestaltung zu wenden, allerdings bleibt offen, in wie fern die tatsächliche Mitarbeit für Zivilpersonen möglich ist.

Die Kanalisierung von Problemen scheint aber zu gelingen. So konnte keine BürgerInneninitiative gefunden werden, die sich gegen das Projekt, oder Teile davon, stellt.

#### **4.3.2 Soziotechnisches Betreuungsmodell für Energieregionen nach Bärnthaler und Schauer**

Entstanden ist dieses Modell aus der Erkenntnis, dass sowohl die technische Expertise als auch der soziale Zusammenhalt von enormer Wichtigkeit für das Gelingen einer Energieregion ist. Wie bereits im Kapitel zu Regional Governance Prozessen in Güssing beschrieben worden ist, erfordern Diskussionen zum Thema Energieregion und deren Umsetzung ein einigermaßen hohes Maß an Fachwissen. Um aufgrund dieser Tatsache Menschen nicht aus dem Prozess auszuschließen wurde ein Betreuungsmodell entworfen, das es sämtlichen AkteurInnen ermöglicht, an der Entstehung und Entwicklung der Energieregion teilzunehmen. Somit wurde einem grundsätzlichen Problem entgegen gewirkt, und die Teilnahme an der Entwicklung hängt nicht mehr von ExpertInnenwissen alleine ab (vgl. Bärnthaler/Schauer 2008).

Damit wurde mit der Problemstellung bewusst umgegangen. Anstatt die Diskussion und Behandlung des Themas auf eine ExpertInnen-Ebene zu verlagern, wurde durch die Schaffung eines Forums und der Entwicklung eines eigenen Modells ein Mehrebenen Prozess möglich.

Dieses Modell beruht auf der grundsätzlichen Annahme, dass es zwei Möglichkeiten gibt, um strukturschwache Regionen zu stärken (siehe Abbildung 2). Entweder es wird ein breitgetragener Beteiligungsprozess mit einem zentralen, relevanten Kernthema in Gang gesetzt oder große InvestorInnen nehmen sich der Region an und finanzieren diverse Projekte zur Umsetzung.

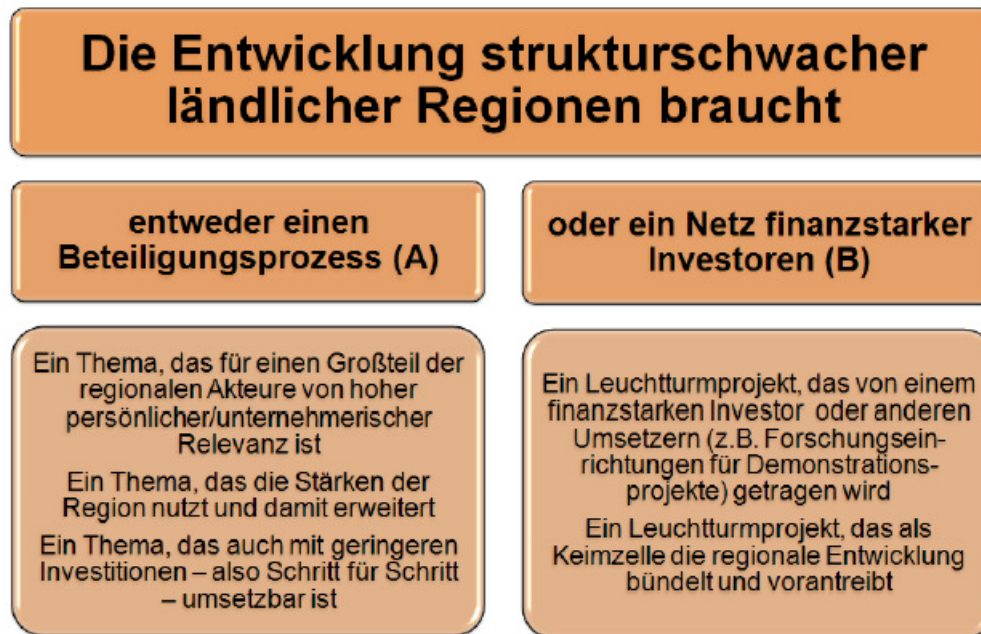


Abbildung 2 (Bärnthaler/Schauer 2008)

Stellt Güssing mit ein paar Einschränkungen ein Beispiel für den zweiten Bereich (B) dar, kann Murau als Beispiel für das Szenario mit dem Beteiligungsmodell gesehen werden (A). Murau setzte von Anfang an auf letztgenannte Variante und nahm Unterstützung von außen hinzu, um die Entwicklung eines Leitbildes zu begleiten und einen soziotechnischen Prozess in Gang zu bringen (vgl. Bärnthaler/Schauer 2008).

Durch das starke Bedürfnis, die Region wirtschaftlich zu stärken und auch zukünftig lebenswert zu machen, wurde über das Thema der Energieautarkie in der Region eine Möglichkeit gefunden, angestrebte Ziele zu erreichen. Mehrere Voraussetzungen waren dafür ausschlaggebend. Die Umsetzung sollte, finanziell gesehen, in kleinen Etappen möglich sein. Dies ist durch die dezentrale Errichtung kleinerer und mittlerer Anlagen möglich. Auch die persönliche Identifikation mit dem Thema Energie ist durch den alltäglichen Gebrauch in jedem Haushalt und die steigenden Kosten dafür gegeben. Durch die verfügbare regionale Biomasse war auch der notwendige Rohstoff zur Umsetzung vorhanden (vgl. Bärnthaler/Schauer 2008).

Um den Prozess in Gang zu bringen, wurden durch sieben Schritte, die im Betreuungsmodell ausgearbeitet wurden, die Grundlagen geschaffen, um das Vorhaben zu beginnen. Es wurden zum Beispiel Interviews mit wirtschaftlichen AkteurInnen durchgeführt, um Kompetenzen und Potentiale einschätzen zu können. In diesem Schritt war es gleichzeitig Ziel, Vertrauen gegenüber dem Projekt herzustellen. Das Ergebnis war die Artikulation einer gemeinsamen Vision: der Bezirk Murau soll bis 2015 in Bezug auf Wärme und Strom energieautark sein.

Von Anfang an wurde durch Workshops erreicht, dass relevante und interessierte Personen Ziele und Maßnahmen definieren konnten. Anhand dieser artikulierten Bedürfnisse und Ideen einzelner Stakeholder wurde eine dafür geeignete Struktur entwickelt.

Durch den Aufbau verschiedener Gruppen konnte die Teilnahme vieler unterschiedlicher AkteurInnen gewährleistet werden. Anhand der Abbildung 3 wird die Ebenbürtigkeit der Gruppen sichtbar.



Abbildung 3 (<http://energievision.at/cms/Struktur.asp?n=147>)

Die so genannte Kerngruppe stellt ein zentrales Steuerungsgremium dar, hier fließen sämtliche Ergebnisse und inhaltliche Inputs zusammen. „Die Steuerung eines derartigen Prozesses ist notwendig, um langfristig die Richtung und die Energie zu halten“ (Bärnthaler/Schauer 2008, S. 22) – im Zentrum dieses Prozesses steht deshalb die Kerngruppe. Die Kerngruppe ist auch um die Vermeidung eines etwaigen Demokratiedefizites bemüht. Durch Öffentlichkeitsarbeit und transparente Prozesse soll ein demokratischer Prozess gewährleistet werden. VertreterInnen in dieser Gruppe setzen sich aus regionalen Stakeholdern wie etwa VertreterInnen aus den Stadtwerken Murau, der „Holzwelt Murau“<sup>73</sup>, Baumeisterbetrieben und Installateurbetrieben zusammen. Die Projektleitung unterliegt nach wie vor der Energieagentur Oststeiermark und dem Beratungsunternehmen.

<sup>73</sup> Verein mit dem Ziel „integrierte Regionalentwicklung im Sinne des Leader Förderprogramms 2007 bis 2013 im Bezirk Murau entwickeln und umsetzen.“ (vgl. [http://www.holzwelt.at/a\\_holzwelt/front\\_content.php?idcat=22](http://www.holzwelt.at/a_holzwelt/front_content.php?idcat=22))

Selbstformuliertes Ziel dieser Struktur ist es, möglichst viele Menschen anzusprechen und je nach Interessenslage und Beteiligungswunsch in den Prozess integrieren zu können (vgl. Bärnthaler/Schauer 2008).

In weiteren Schritten wurde ein Weg gesucht, um das Vorhaben realistisch zu gestalten. In regelmäßigen Treffen wurden erreichte Erfolge sichtbar gemacht. Auch wurde auf die begleitende Öffentlichkeitsarbeit großer Wert gelegt. So wurde ein Internetportal samt identitätsstiftendem Logo geschaffen, um auch im Internet professionell vertreten zu sein. Zu guter Letzt sieht das sozio-technische Modell ein „laufendes Maßnahmencontrolling und eine Prozessevaluierung“ vor (Bärnthaler/Schauer 2008, S. 14).

Wie der Begriff schon andeutet, soll außerdem zum Ausdruck gebracht werden, dass sowohl auf die soziale Komponente als auch auf die technische Komponente Rücksicht genommen wird. Murau soll sich mit der Kopplung von „gezielter Betreuung und Führung des Entwicklungsprozesses“ und „gezielter Betreuung mit fachlichem Know-how“ zu einer energieautarken Region entwickeln (Bärnthaler/Schauer 2008, S. 10).

Der deutlich gesetzte und erkennbare Schwerpunkt in Murau, wie die AkteurInnen bezogene Ausrichtung, wird auch durch die Entwicklung sichtbar. Von Anfang an war eine Gruppe von ungefähr 30 Personen involviert, die sich gemeinsam für eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energien aussprach, heute identifizieren sich deutlich mehr Menschen mit dem formulierten Ziel (vgl. Interview Bärnthaler 2011). InstallateurInnen haben neue Marketingstrategien entwickelt, so werden in der Region beispielsweise keine Ölheizungen mehr installiert. Unter der Bezeichnung „Naturinstallateure“ wurde so ein öffentlichkeitswirksamer Multiplikator der Vision geschaffen.

Wichtig für den energiebezogenen Schwerpunkt ist die „verstärkte Biomassenutzung durch Nahwärmenetze und im Privatbereich der Einsatz von Solaranlagen, die Produktion von Ökostrom sowie die Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudebereich (...)“ (Späth 2007, S.21).

Der Anteil der elektrischen Energie aus erneuerbaren Energien konnte seit 2003 auf über 50% gesteigert werden. So nimmt der Bezirk Murau „mit einer installierten Pro-Kopf-Leistung von 0,7kW/EinwohnerIn bundesweit eine Führungsrolle ein“ (Späth 2007, S. 21).

Die Projektleitung sieht im Erreichen der Energieautarkie bis 2015 eine Herausforderung für alle Beteiligten, doch ist man überzeugt, es bis dahin erreichen zu können (vgl. Interview Bärnthaler 2011). Dennoch steht schon jetzt fest, dass allein die erreichte Beteiligungsstruktur einen großen Erfolg darstellt. Würde man die Autarkie bis 2015 nicht erreichen, wäre das

nicht etwa auf Grund mangelnder Beteiligung der Bevölkerung oder zu wenig Rückhalt in der Region, sondern viel eher auf Grund der begrenzten finanziellen Mitteln zurück zu führen (vgl. Interview Bärnthaler 2011).

Neben den energiebezogenen Vorteilen verorten die Initiatoren Bärnthaler und Schauer auch in anderen Bereichen Innovationspotenzial. Die Korrelation von sozialen und technischen Aspekten kann einen optimierten Prozess hervorrufen, der sowohl „fachlich fundierte Ergebnisse“ als auch eine breite Umsetzungsbasis mit geringen Widerständen mit sich bringt. Außerdem wird ein Multiplikator-Effekt erwartet, der die Basis für fortführende Projekte außerhalb des ursprünglich angedachten Projektrahmens sein kann. Dies würde vor allem durch die Anregung von „Selbstverantwortungskräften und Selbstorganisation“ entstehen (Bärnthaler/Schauer 2008, S. 13).

Das Modell steuert allerdings auch allgemein bekannten Schwierigkeiten entgegen. Individuellen Eigeninteressen etwa, die sich als „Fliehkräfte“ entwickeln, wird mit klar abgesteckten Zielen entgegen gewirkt. Deswegen wird die „Vision“ in Murau so zentral gehalten. Des Weiteren hat man erkannt, dass das Zusammenspiel von Technik und Sozialverhalten gut gegen einen Prozessstillstand ist, da Entscheidungen nie ohne nötiges (technisches) Hintergrundwissen getroffen werden. Gleichzeitig wird die Gruppendynamik im Auge behalten und eigens bedacht. So gibt es Verantwortliche für sämtliche Bereiche, um ein Auseinanderfallen des sozialen Konstrukts zu verhindern (vgl. Bärnthaler/Schauer 2008).

Auch beim Soziotechnischen Betreuungsmodell sehen die Autoren in der Übertragbarkeit einen großen Vorteil. So könnte das Modell ohne größere Probleme auf andere Regionen, die ein ähnliches Vorhaben anstreben, übertragen werden.

Durch die breite TrägerInnenschaft, deren Beteiligte sämtliche Ebenen vertreten (Zivilpersonen, Netzwerke, Betriebe usw.), würden auch ebenso viele Personen an der Energieregion profitieren. Man ist der Überzeugung, dass dort, wo sich Menschen mit Begeisterung beteiligen, am meisten erreicht werden kann (vgl. Interview Bärnthaler 2011).

Die Prozessstruktur verhält sich also sehr vielschichtig und durchaus komplex. Durch die Organisation in Gruppen wurde diese komplexe Struktur allerdings kanalisiert und verschiedene AkteurInnen und Stakeholder können gemeinsam und ausschussfrei an der Energieregion arbeiten. Betriebe werden mit einem eigenen Konzept ermutigt, Partnerbetriebe zu werden, und die Zivilbevölkerung wird eingeladen, an Gruppen teilzunehmen. Die Energieagentur Obersteiermark handelt koordinierend, und das Beratungsunternehmen Wallner und Schauer begleitete den Entstehungsprozess.

Unbedacht bleibt im Betreuungsmodell eine Konfliktlösungsstrategie. Durch Arbeit im Vorfeld wird die Möglichkeit einer Gegenposition scheinbar ausgeschlossen. Auch die Mitarbeit externer NGOs wird nicht explizit angedacht. Durch allgemeine Aussagen wird zwar die Beteiligung Vieler erwünscht, allerdings hat es den Anschein, als würde dabei eher an wirtschaftliche Betriebe gedacht werden und weniger an externe Organisationen.

#### 4.4 Kötschach-Mauthen

Kötschach-Mauthen hätte man auch schon vor der offiziellen Gründung 2008 eine Energieregion nennen können. Ein Pionier in Bezug auf Stromproduktion aus erneuerbaren Energien hieß in Kötschach-Mauthen Anton Klauss. Bereits 1886 errichtete Klauss ein Wasserkraftwerk, 1899 wies Kötschach bereits ein elektrisches Stromnetz auf. Diese Pionierleistung setzt sich bis heute fort. Kärntens erstes Windkraftwerk etwa wurde ebenfalls von der Familie Klauss initiiert. Mittlerweile gründete die Familie ein Unternehmen (AAE), das bis heute maßgeblich zur Entwicklung im Bereich Energieautarkie in Kötschach-Mauthen beiträgt.

Diese Vorarbeit wird auf Gemeindeebene sehr geschätzt, und doch wird betont, dass das Unternehmen natürlich auch marktwirtschaftliche Ziele verfolge. Durch die Liberalisierung wurde die Vermarktung von „Naturstrom“ der AAE für das Unternehmen sehr interessant. Doch erst die bewusstseinsbildenden Maßnahmen durch die Gemeinde trugen zur weitreichenden Verbreitung der Idee bei. Das Unternehmen AAE ist aber in sämtlichen Gremien vertreten und arbeitet eng mit der Gemeinde zusammen, wenn es um Energiefragen geht (vgl. Interview Hartlieb 2011).

1997 beschloss der Gemeinderat ein „Bekennnis zu erneuerbaren Energie“ (vgl. Audit-Bericht Kötschach-Mauthen 2010). Mittlerweile sind 98% der gemeindeeigenen Gebäude<sup>74</sup> mit erneuerbarer Energie beheizt und nutzen zu fast 100% Strom aus erneuerbaren Energieträgern.

Durch das ansässige Energieunternehmen musste die Gemeinde 2008 nicht von vorne anfangen, sondern konnte auf ein Anlagennetz von vielen unterschiedlichen Produktionsstätten in der Umgebung zurückgreifen. Heute zählen neben privaten Energieproduzenten<sup>75</sup> 21 Kleinwasserkraftwerke, drei Bergstauseen, eine Windturbine, eine

---

<sup>74</sup> Dazu zählen ein Verwaltungsgebäude, zwei Volksschulen, ein Kindergarten, fünf Feuerwehren, ein Bauhof, ein Wohnhaus, eine Aufbahrungshalle und zwei Schwimmbäder (vgl. Audit-Bericht 2010).

<sup>75</sup> Hauptsächlich private PhotovoltaikbetreiberInnen.



Biogasanlage und mehrere Solar- und Photovoltaikanlagen zum Versorgernetz Kötschach-Mauthens<sup>76</sup>.

Die offizielle Strategie energieautark und damit eine Energieregion zu werden, wurde hauptsächlich mit der Schaffung einer Plattform, später in Form eines Vereines, umgesetzt, die es der Idee ermöglichen, einen breiteren Bekanntheitsgrad zu erlangen, Förderungen zu erhalten und die Bevölkerung zur Mitgestaltung zu motivieren. Durch Initiativen, wie etwa der preisgekrönte „Lerngarten der erneuerbaren Energien“ oder den Energieinfopoints, konnte letzteres bereits erreicht werden (vgl. Interview Hartlieb 2011).

Von den gewählten Fallstudien ist Kötschach-Mauthen die einzige, die sich dem Förderprogramm „e5“<sup>77</sup> angeschlossen hat. Im Rahmen dieses Programms konnten bereits vier, der zu erreichenden fünf e's erzielt werden. Für die Energieregion Kötschach-Mauthen bedeutet das die Erreichung eines gewissen Grades der Umsetzung von Energie-Projekten. Der maximal zu erreichende Grad hängt von einer Vorabbeurteilung des e5 Komitees ab, da davon ausgegangen wird, dass jede Region individuell ausbaubare Stärken in unterschiedlichen Bereichen hat (vgl. <http://www.e5-gemeinden.at/index.php?id=34>). Seit 2009 ist Kötschach-Mauthen Teil dieses Programms und setzt mit einem Team, bestehend aus zehn Personen, diverse Maßnahmen im Rahmen dieser Initiative um. Ursprünglicher Grund für die Teilnahme an diesem Programm war die dadurch ermöglichte Vergleichbarkeit unter den Gemeinden und Regionen. Der Austausch und die Weitergabe von erfolgreichen Konzepten auf nationaler sowie internationaler Ebene wurden dadurch möglich (vgl. Interview Hartlieb 2011). Die rechnerische Energieautarkie liegt momentan bei über 74%. Auch in Kötschach-Mauthen gilt dies in Bezug auf Strom und Wärme. Mobilitätskonzepte liegen ebenfalls vor, sind aber in der Umsetzung schwieriger zu handhaben.

In einem folgenden Kapitel wird nach dieser allgemeinen Darstellung der gewählten Energieregionen eine spezifische Analyse der Regional Governance-Strukturen vorgenommen.

#### **4.4.1 Regional Governance in Kötschach-Mauthen**

Auf der Homepage des Vereins energie:autark Kötschach-Mauthen fällt die starke Identifikation mit der „eigenen Energie“ auf. Hier fällt der prägnante Slogan „Wir machen

---

<sup>76</sup> Vgl. [http://energie-autark.at/show\\_content.php?sid=51](http://energie-autark.at/show_content.php?sid=51)

<sup>77</sup> Rahmenpunkte dieser Initiative werden unter dem Kapitel 1.1 Forschungsfragen vorgestellt.

unsere eigene Energie, fühlbar, sehbar und erlebbar“<sup>78</sup> auf. Der stark bewusstseinsbildende Zugang Kötschach-Mauthens wird deutlich erkennbar. So geht es vordergründig nicht etwa um die Nutzung der heimischen Energie, obwohl es natürlich sehr wohl um Autarkie-Bestrebungen durch die Nutzung von regionalen Energieträgern geht, sondern um das Erlebnis Energie.

In Kötschach-Mauthen sind, wie bereits eingangs erwähnt, wesentlich weniger potentielle AkteurInnen<sup>79</sup> vorhanden als in Güssing oder Murau. Da aber eine in Bezug auf Energie traditionsreiche Vergangenheit nachweisbar ist und dadurch ein anderes Basisbewusstsein bemerkt werden kann, wird von einer gewissen Ebenbürtigkeit diesbezüglich ausgegangen<sup>80</sup>. Außerdem kann eine beachtliche Bewusstseinsbildung in den letzten sieben Jahren festgestellt werden (vgl. Interview Hartlieb 2011, Interview Barthel 2011).

Mit der Gründung des Vereins „energie:autark Kötschach-Mauthen“ 2008, der bereits seit 2006 als Arbeitsplattform für VertreterInnen der Gemeinde, EnergieerzeugerInnen, UnternehmerInnen, LandwirtInnen und Tourismusbetrieben bestand, wurde eine Möglichkeit gefunden, viele unterschiedliche Stakeholder in den Prozess zur Schaffung einer Energieregion zu integrieren. Im Verein selbst fällt die starke Fokussierung auf Bewusstseinsbildung auf. Im Gegensatz zu den Energieregionen Murau und Güssing werden in Kötschach-Mauthen weder Partizipation, Forschung oder wirtschaftliche Vorteile in den öffentlichen Vordergrund gestellt. Es geht um das Ziel, eigene, umweltfreundliche Energie zu produzieren, und das möglichst in einer Region, in der die Bevölkerung interessiert und wissend ist. Einen Vorteil sieht der Vereinsvorstand durchaus auch in der regional geschlossenen Wertschöpfungskette. Tourismusbetriebe, Technikbüros und andere Betriebe bemerken die positive Wirkung und sind ebenfalls Teil des Vereines um die Energieregion weiter zu forcieren. Dass die Vereinsgründung über politische FunktionsträgerInnen lief, stört dabei nicht. Im Gegenteil, um Projekte in der Gemeinde durchzusetzen und in Folge auch umsetzen zu können, bedürfe es dieser politischen AmtsinhaberInnen (vgl. Interview Hartlieb 2011).

Ziel der Bewusstseins-schaffung sei vor allem, die Gemeinde an das Thema heran zu führen. Die Bevölkerung soll verstehen, warum bestimmte Maßnahmen getroffen werden. Neben den bewusstseinsbildenden Maßnahmen gehe es außerdem um die Themen Energietourismus und

---

<sup>78</sup> Vgl. <http://www.energie-autark.at/>

<sup>79</sup> In Bezug auf Späths Parameter zu Energieregionen.

<sup>80</sup> Näheres zur Aufnahme Kötschach-Mauthens als Fallstudie siehe unter Kapitel 3.1 Energieregion

Mobilität. Letzteres stellt für die Energieregion die größte Herausforderung dar (vgl. Interview Hartlieb2011).

Auch im Rahmen der e5-Initiative wird der bewusstseinsbildende Zugang Kötschach-Mauthens erkannt und positiv im jährlichen Audit-Bericht erwähnt. Darin werden die lange Energiearbeit der Region hervorgehoben und die auf öffentlichen Gebäuden installierten Photovoltaikanlagen mit begleitenden Lernpfaden, sowie die Einrichtung des Lerngartens als bewusstseinsbildende Maßnahmen als Stärken bewertet. Auch das „eigene energiepolitische Leitbild mit klaren Zielsetzungen“ findet Erwähnung in diesem Bericht (Audit-Bericht Kötschach-Mauthen 2010, S.12). Laut Schlussfazit dieses Berichts sind „die Grundlagen – Personen, Netzwerk, Verein ‚energie:autark‘ – (...) absolut vorbildlich.“ (Audit-Bericht Kötschach-Mauthen 2010, S.20).

Die Förderung von Beteiligungsstrukturen der Bevölkerung, also beispielsweise die Teilnahme von BürgerInnen in etwaigen Gremien (e5 Team, Verein energie:autark), wie etwa in Murau, ist weder der offiziellen Strategie zu entnehmen noch im e5 Audit-Bericht zu finden. (Regional-) Governance Strukturen sind soweit nur auf politisch struktureller Ebene zu erkennen, und diese erscheinen nicht neu. Im Rahmen der politischen Gegebenheiten wurden in Kötschach-Mauthen Gruppen gebildet, die, personell und in Bezug auf den Handlungshorizont gesehen, in relativ gewohnter Art und Weise ihre Spielräume nutzen.

In beiden Gremien, vor allem aber im e5 Team Kötschach-Mauthen, fällt die Besetzung vieler Positionen durch politische AmtsträgerInnen auf. So sind mindestens<sup>81</sup> acht von zehn e5-Teammitgliedern auch als politische AmtsträgerInnen in der Gemeinde Kötschach-Mauthen tätig<sup>82</sup>. Das ist vor allem auch vor dem Hintergrund interessant, dass die e5 Initiative eigentlich die Beteiligung ziviler AkteurInnen gefördert wissen will<sup>83</sup>. Zurückzuführen sei das auf personellen Mangel und einem kurzen Zeitfenster zur Organisation. Da man im Verein aber das Hauptinstrument zur Umsetzung der Energieautarkie sah, wurden das vom e5 Programm vorausgesetzte Team kurzerhand mit gemeindenahen politischen FunktionsträgerInnen besetzt. Auch hier sei man aber in Zukunft um mehr BürgerInnenbeteiligung bemüht (vgl. Interview Hartlieb 2011).

Aber auch der Verein ist stark politisch geprägt. Vereinsobmann des Vereins energie:autark Kötschach-Mauthen ist der Bürgermeister, Geschäftsführer ist der Amtsleiter von Kötschach-

---

<sup>81</sup> Bei zwei Teammitgliedern konnte die politische Tätigkeit nicht eindeutig zugeordnet werden.

<sup>82</sup> Vgl. [http://energie-autark.at/show\\_content2.php?s2id=126](http://energie-autark.at/show_content2.php?s2id=126)

<sup>83</sup> Vgl. <http://www.e5-gemeinden.at/index.php?id=ablauf>

Mauthen<sup>84</sup>. Die Zusammensetzung der zahlenden Vereinsmitglieder ist hingegen wieder vielschichtiger. So finden sich unter den Mitgliedern Tourismusbetriebe, der Kärntner Waldverband, EnergieproduzentInnen, Betriebe der Region und politische Vertreter, die sich zum Ziel gesetzt haben, Kötschach-Mauthen energieautark umzugestalten und die „eigene Energie fühlbar, sehbar und erlebbar [zu machen]“<sup>85</sup>.

Es wird nicht zur Partizipation aufgerufen, sondern Bewusstseinsbildung betrieben – entsprechend dem Vereinsmotto. Diese Bewusstseinsbildung gelingt den Zahlen des Vereins energie:autark zu Folge gut und kommt bei der Bevölkerung an: sowohl 70 ansässige als auch aus anderen Bundesländern angereiste Schulklassen haben bereits den „Lerngarten für erneuerbare Energien“ seit Anfang 2010 besucht. Das Angebot von Führungen im Raum Kötschach-Mauthen und diverser Kraftwerksanlagen haben bereits 2200 BesucherInnen seit Anfang 2009 genutzt, und auch bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen<sup>86</sup> nehmen BürgerInnen zahlreich teil. Und das, obwohl fehlender Mittel wegen kein Marketing betrieben wird (vgl. Interview Barthel 2011).

Das Ziel der e5-Initiative, nämlich ein Team das „unabhängig von politischen Strukturen [arbeitet] und (...) sich aus engagierten BürgerInnen, ExpertInnen, VertreterInnen von Firmen, Umweltschutzorganisationen, der Gemeinde etc. zusammen [setzt]“<sup>87</sup>, ist allerdings nicht gegeben. Im Audit-Bericht des e5-Programmes, der zur jährlichen Beurteilung des Fortschritts in der Gemeinde dient, ist das Nichterfüllen dieser Auflage allerdings kein Kritikpunkt.

Prozesse spielen sich in Kötschach-Mauthen also über drei Knotenpunkte ab. Zum einen über den Verein energie:autark Kötschach-Mauthen, in dem sämtliche Betriebe gebündelt sind, das e5 Team, das stark politisch geprägt ist und zum anderen über die Gemeinde selbst, bestehend aus Gemeinderat, Bürgermeister usw. Es sind also durchaus wirtschaftspolitische Schwerpunkte zu erkennen mit stark bewusstseinsbildenden Elementen.

Die Interdependenzen bzw. Spannungsfelder sind in Kötschach-Mauthen schwieriger zu erfassen. Geht es in Kötschach-Mauthen, wie auch in den anderen Energieregionen, um die Einsparung von fossilen Brennstoffen, so ist die vordergründige, zu bewältigenden Abhängigkeit sehr wahrscheinlich die zwischen wirtschaftlichen AkteurInnen. Durch die

---

<sup>84</sup> Vgl. [http://energie-autark.at/show\\_content.php?sid=61](http://energie-autark.at/show_content.php?sid=61)

<sup>85</sup> Vgl. <http://energie-autark.at/>

<sup>86</sup> Bspw. wurde ein zwei Tonnen schwerer Eisblock professionell isoliert. Es konnten Tipps abgegeben werden, wie viel Masse nach 280 Tagen noch übrig sein wird. 800 Tipps wurden abgegeben, 17% der Eisblockmasse blieben erhalten.

<sup>87</sup> Vgl. <http://www.e5-gemeinden.at/index.php?id=ablauf>

Vielzahl unternehmerischen Mitglieder des Vereins scheint ein Ziel zu sein, durch die Förderung von erneuerbaren Energien für die Zukunft gerüstet zu sein. Dieses Spannungsfeld spielt sich somit aber wiederum auf einer bürgerInnenfernen Ebene ab. Für die zivile Bevölkerung ergibt sich zwar eine Abhängigkeit durch nur zwei regionale Stromanbieterinnen (AAE und KELAG<sup>88</sup>), diese Abhängigkeit wird aber nicht als Teil eines zivilgesellschaftlichen bottom-up Prozess genutzt. Die politischen und wirtschaftlichen AkteurInnen haben sich durch den Vorsatz, erneuerbare Energien aus Ressourcen „vor Ort“ zu nützen, hingegen schon für die enge Zusammenarbeit mit der AAE entschieden. Das Abhängigkeitsverhältnis auf zivilgesellschaftlicher Ebene ist daher auf der Prozessebene der Wirtschaftstreibenden und der politischen FunktionsträgerInnen keines mehr.

#### **4.5 Demokratie und Demokratiedefizit**

Es konnte bereits fest gestellt werden, dass die Gefahr besteht, dass für konsensuale und konsensorientierte Prozesse oftmals die Gewährleistung von Legitimität, Repräsentation und Transparenz vernachlässigt wird (vgl. Walk in Brunnengräber/Walk 2007, S. 36f).

Auch die von Heidrun Abromeit thematisierte Problematik des Demokratiedefizits, wonach dieses vor allem durch eine Inkongruenz von Entscheidungsbetroffenheit und Entscheidungsbeteiligung augenscheinlich werde, wurde bereits erwähnt (vgl. Abromeit 2002). Wie Abromeit ebenfalls feststellt, brauchen Individuen Demokratie deshalb, um die „individuelle Selbstbestimmung im Kollektiv“ zu erfüllen (Abromeit 2002).

Nun stellt sich aber die Frage, ob Energieregionen überhaupt den Bedarf sehen, sich demokratisch zu legitimieren bzw. den Anspruch erheben, demokratisch zu agieren. Energieregionen sind keine Gebietskörperschaften, sie müssen damit keine gewählten Organe zur Erledigung ihrer Aufgaben vorweisen. Oft sind es viele verschiedene Institutionen, die Projekte in einer Energieregion entwickeln. In Güssing beispielsweise übernahmen bäuerliche Genossenschaften die Gründungen von Nahwärmanlagen und administrierten diese später auch. Private Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) sind ebenfalls Teil der BetreiberInnen. Hingegen ist an der Fernwärme Güssing GmbH wiederum die Gemeinde Güssing selbst beteiligt (vgl. Interview Keglovits 2011).

Aus diesem Grund kann vorerst keine allgemeine Aussage über den demokratischen Charakter von Energieregionen getätigt werden. Einerseits ist diese Form der Organisation

---

<sup>88</sup> Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft

laut involvierten AkteurInnen zielführend und effektiv – ohne lange bürokratische Wege kann in diesen Organisationsformen relativ schnell und wirksam gehandelt werden (vgl. Interview Keglovits 2011). Andererseits wird dafür auf die Zustimmung und die Beteiligung der breiten Bevölkerung verzichtet. Es stellt sich die Frage, ob die Erfolge, die beispielsweise Güssing vorweisen kann, diesen Handlungsvorgang legitimieren.

Geht es um die Nachverfolgung von Fördergeldern, so kann man feststellen, dass diese auf viele verschiedene Organisationsformen verteilt werden und demnach auch durch sehr unterschiedliche Kanäle fließen. In Güssing etwa sind einige Anlagen auch Forschungsanlagen und fallen somit auch unter ein anderes System der Förderung, da es sich um Forschungsfördergelder handelt. Dann gibt es wieder Fern- und Nahwärmanlagen, die die gleichen Förderungen wie alle Fernwärmanlagen in Österreich bekommen, nämlich jene der Kommunalkredit Public Consulting GmbH (vgl. Interview Keglovits 2011).

Als Dachverband dient in Güssing der Verein „Ökoenergieland“. Ihm gehören 15 Gemeinden in den Bezirken Güssing und Oberwart an. Zweck ist den GründerInnen zufolge „die touristische Vernetzung der ökoEnergie-Betriebe mit dem Thema Rad, Freizeitsport-Bewegung, sowie Hotellerie-Gastronomie und Landwirtschaft“<sup>89</sup>.

Allerdings ist durch die Steuerung von politischen FunktionsträgerInnen in der Energieregion Güssing, in Bezug auf die demokratischen Parameter, zumindest ein gewisser Grad an Repräsentation gegeben. Demokratisch gewählte PolitikerInnen der derzeit stärksten zwei Parteien des Burgenlandes<sup>90</sup> sind in vielen Prozessen vertreten. Durch bewusste Bedachtnahme der politischen Verhältnisse wurden Gremien entsprechend durch VertreterInnen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) besetzt. Die demokratisch gewählten und damit legitimierten BürgermeisterInnen der Region beraten den weiteren Verlauf und sind unter anderen EntscheidungsträgerInnen in wichtigen Abläufen der Energieregion integriert. Das Projekt ist also politisch abgesichert und legitimiert und hat bei den derzeitigen Verhältnissen keine regionalpolitischen Hürden zu erwarten (vgl. Interview Keglovits 2011).

Ähnlich ist die Situation in Kötschach-Mauthen. Wie in der Energieregion Güssing sind auch in der Energieregion Kötschach-Mauthen durch die Wahrnehmung der leitenden Funktionen in den Gremien durch den Bürgermeister demokratische Grundlegitimität gegeben. Durch

---

<sup>89</sup> Vgl. <http://www.oekoenergieland.at/info.html>

<sup>90</sup> Vergleiche hierzu die Wahlergebnisse der Landtagswahlen, der Gemeinderatswahl und der BürgermeisterInnenwahl:  
<http://wahlen.bgld.gv.at/wahlens/435.htm>,  
<http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/Wahlergebnisse.htm>

Gemeinderatsbeschlüsse hat man sich auch in dieser Region auf einer ersten Ebene politisch abgesichert. Dennoch spielen sich viele Prozesse abseits des öffentlichen Zugangs ab, und durch den starken Stakeholder in der Region, der als Vertriebs GmbH<sup>91</sup> im politischen Sinn keinen demokratischen Richtlinien verpflichtet ist, stellt sich auch hier die Frage nach der eigentlichen Legitimation.

In Murau entstanden diese Prozesse anfänglich abseits politischer Teilnahme. Man versuchte durch Workshops, die sich an alle Interessierten richteten, Ideen und Vorschläge zu kanalisieren. So konnten durch die Bildung von verschiedenen Themengruppen viele AkteurInnen aufgrund ihres Interessengebietes und ihres Handlungsspielraumes eingesetzt werden. Eine Steuerungsgruppe wurde bei diesem Prozess auch eingesetzt, die sogenannte Kerngruppe. Diese Kerngruppe ist auch um die Vermeidung eines etwaigen Demokratiedefizites bemüht. Durch Öffentlichkeitsarbeit und transparente Prozesse soll ein demokratischer Prozess gewährleistet werden (vgl. Interview Bärnthaler 2011).

All diese Beispiele führen schlussendlich zu einer Kernfrage, nämlich: in wie weit ist Stromproduktion ein öffentliches Gut? Und sind, wenn man auf der Suche nach demokratischen Grundstrukturen ist, dann nicht auch sämtliche (Teil-)Privatisierungen, die dazu führen, dass der Zugang der Öffentlichkeit beschnitten wird, bedenklich?

Diese Frage kann im Rahmen dieser Diplomarbeit nicht ausführlicher behandelt werden. Bezüglich des von AutorInnen beanstandeten Demokratiedefizits in Regional Governance Strukturen bleibt aber folgendes festzustellen:

Energieregionen handeln in einem rechtlich abgesicherten Rahmen. Allerdings ist die Kritik verschiedener AutorInnen nachvollziehbar, da bestimmte Bereiche der Sicherstellung von demokratischen Grundstrukturen vernachlässigt werden. Da die Stromproduktion nicht in staatlicher Hand ist, gibt es bei der zu wählenden Organisationsform zur Verwaltung einen großen Spielraum. Ebenso die damit einhergehenden demokratischen Ausprägungen und Beteiligungsformen.

---

<sup>91</sup> Der gesamte Firmenname lautet Alpen Adria Energie Naturstrom Vertrieb GmbH

## 5 Vergleich der Prozessstrukturen

Nach der Darstellung der Entwicklung der Energiegemeinden und ihren jeweilig feststell- und erfahrbaren Regional-Governance Strukturen kann nun ein Vergleich hergestellt werden, anhand dessen eine Bewertung vorgenommen wird. Anschließend wird im Rahmen des Fazits die Forschungsfrage beantwortet werden.

Es ist eine Herausforderung klare Prozessstrukturen innerhalb einer Region einheitlich zu erfassen und in Kategorien deutlich zu machen. Im Laufe der Recherchen fiel vor allem die starke Komplexität der Organisation und der jeweiligen Herangehensweise auf. Es ist schwer die unterschiedlichen Vereine, Gremien und andere Akteurskonstellationen auf ihre Ziele, Motivationen und Strategien hin konkret einzuordnen. Dennoch konnten zumindest Ansätze und Tendenzen herausgearbeitet werden und die Interaktion zwischen verschiedenen AkteurInnen und Stakeholder identifiziert werden.

Am augenscheinlichsten sind die stark divergierenden Herangehensweisen, die Energieregionen verfolgen, um ihr Ziel, die Energieautarkie oder Energieautonomie, wie Güssing es nennt, zu erreichen. In Güssing setzt man auf Technikentwicklung und die dazu gehörige Forschung. Die Energieregion Kötschach-Mauthen setzt vor allem auf Bewusstseinsbildung. Die Energieregion Murau will BürgerInnen dazu zu bewegen, Rahmenlinien für eine „Energievision“ selbst mit zu definieren.

Trotz der Schwierigkeiten konnten Kategorien herausgearbeitet werden und so können die Fallstudien schlussendlich in drei Kategorien verglichen werden: „Einbindung verschiedener AkteurInnen“, „Vertikale Streuung des Aktionsrahmens der Beteiligten“ und „Erreichte Problemlösungskompetenz“.

### 5.1 Einbindung verschiedener AkteurInnen

Erfolgreiche Forschungsergebnisse, erstaunliche Daten in Bezug auf den Grad der Energieselbstversorgung und die positive internationale Reputation bestätigen die GründerInnen und EntwicklerInnen der Energieregion Güssing in ihrer Herangehensweise, die sich unter anderem als bürgerInnenfern beschreiben lässt.

BürgerInnen in Güssing nehmen die Tatsache, dass sie in einer Energieregion wohnen, wahrscheinlich nicht in sehr starkem Ausmaß wahr. Sie sind NutznießerInnen eines erfolgreichen Projekts, ohne viel dazu beitragen zu müssen. Abgesehen von kleinräumigen



finanziellen Beteiligungsmodellen kommen die BürgerInnen mit den Vorgängen in der Energieregion kaum in Kontakt, außer es kommt, wie in Vergangenheit öfters der Fall, zu starker medialer Präsenz. In Güssing wurde Vieles auf andere Verwaltungsebenen delegiert, in Folge dessen Genossenschaften, Gesellschaften und Vereine gegründet wurden. Dies hat in gewisser Weise einen subsidiären Charakter und ermöglicht kleineren Einheiten über ihr Umfeld selbst zu entscheiden. Zentral sind der Verein und die GmbH, die aus dem ursprünglichen BürgermeisterInnen-Netzwerk entstanden und das Europäische Zentrum für Erneuerbare Energien (EEE) institutionell formen. Sie sind – im Rahmen des Vereins – der Knotenpunkt der Entscheidungsfindung.

Die Energieregion Kötschach-Mauthen verfolgt das Ziel mit starkem Schwerpunkt auf Bewusstseinsbildung und auf die Umsetzung regionaler Standards. Entscheidungen diesbezüglich werden in Gremien getroffen, die vor allem mit politischen AmtsträgerInnen besetzt sind. Diese Energieregion erreicht mit ihrer Schwerpunktlegerung auf die Bewusstseinsbildung einen hohen Bekanntheitsgrad in der Region und motiviert damit gleichzeitig die BürgerInnen selbst aktiv zu werden. Man versucht Individuen auf Energiefragen in ihrem eigenen Raum zu sensibilisieren. Kötschach-Mauthen versucht seine BürgerInnen nicht zur Definition der Rahmenrichtlinien zu motivieren, sondern fordert sie auf, innerhalb des vorgegeben Rahmens selbst initiativ zu werden.

## **5.2 Vertikale Streuung des Aktionsrahmens der Beteiligten**

Es wird ersichtlich wie unterschiedlich sich die Förderung der Bewusstseinsbildung im Vergleich zur Förderung der Partizipation auswirken kann. Denn so sehr Kötschach-Mauthen Erfolge im Bereich der Bewusstseinsbildung verzeichnen kann, so wenig spiegelt sie sich in Form von Partizipationswillen der Bevölkerung wieder. Es gab bisher noch keine Anfrage von Zivilpersonen im Verein energie:autark Kötschach-Mauthen mitzuwirken (vgl. Interview Hartlieb 2011).

Das kann unterschiedliche Gründe haben, doch fällt auch auf, dass der Verein auf einer bürgerInnenfernen Ebene agiert und der vertikale Aktionsrahmen, also der nach oben und unten hin offene Handlungsspielraum, für Zivilpersonen dadurch eingeschränkt wird. Bestehend aus zahlenden Vereinsmitgliedern, die meistens keine Einzelpersonen in dem Sinn sind, sondern als GeschäftsführerInnen ansässiger Betriebe agieren, besprechen relevante

## 5 Vergleich der Prozessstrukturen

Projekte für die Energieregion aus und erarbeiten eine vorzuziehende Linie für die Gemeinde (vgl. Interview Hartlieb 2011).

Die Energieregion Murau setzt hingegen darauf, BürgerInnen dazu zu bewegen, genau diese Rahmenlinien, die in Köschach-Mauthen abseits der Bevölkerung definiert werden, mit zu definieren. Damit setzten die InitiatorInnen auf eine Form der Organisation, die sie als grundlegend nachhaltig empfinden. Verschiedene Unternehmen agieren direkt in der Region als Stakeholder, ohne dabei in einem Verein gebündelt zu sein, wie etwa in Kötschach-Mauthen oder Güssing. Damit bleibt eine gewisse Offenheit für andere an den Prozessen teilzunehmen, und gewährleistet einen größeren Handlungsspielraum.

Diesem Herangehensweisen zu Folge bilden sich auch unterschiedliche Regional Governance Strukturen heraus. Schon rein optisch wird anhand der Abbildungen zur Darstellung der Prozessverläufe in den Energieregionen Güssing und Murau die charakteristische Prozessstruktur sichtbar.

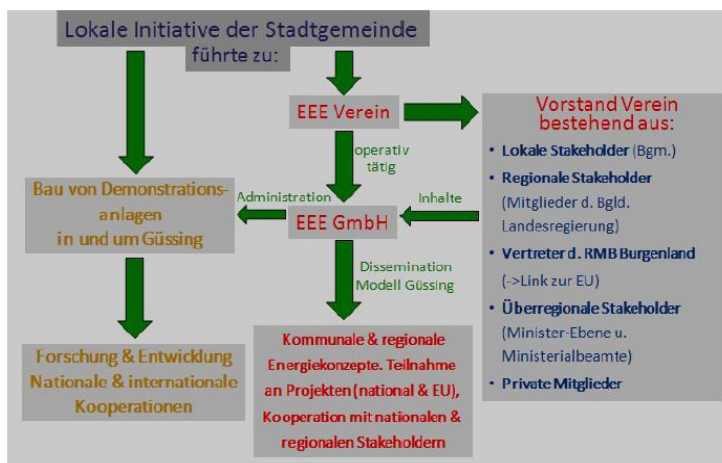


Abbildung 4 (Keglovits 2010)

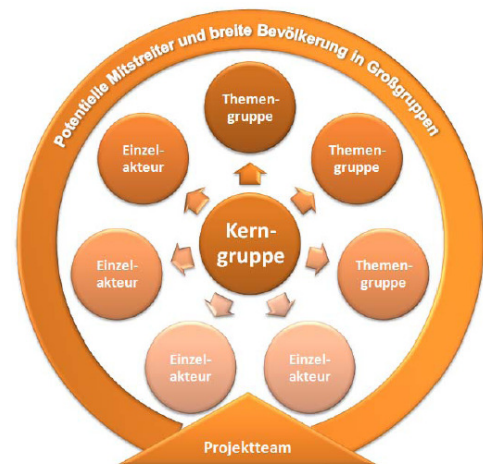


Abbildung 5 (Bärnthaler/Schauer 2008)

Ist das Güssinger Modell (Abbildung 4) stark durch top-down Organisationspfeile geprägt, ist beim Murauer Modell (Abbildung 5) ein ebenbürtigeres Prozesssystem feststellbar.

Während in Güssing die Bevölkerung wenig involviert ist, werden in Murau die BürgerInnen selbst zu Involvierten. Sie agieren im Optimalfall auf mehreren Ebenen der von ihnen mitgestalteten regionalen Struktur. Nicht nur untereinander auf horizontaler Ebene sondern auch auf vertikaler Ebene kommt es hier zu Gedankenaustausch und gegenseitiger Einflussnahme. Es sind also mehrere AkteurInnen auf mehreren Ebenen aktiv, während hingegen in Güssing nur wenige AkteurInnen auf mehreren Ebenen handlungsfähig sind.

In Kötschach-Mauthen zeichnet sich so betrachtet eine ähnliche Situation wie in Güssing ab. Wenige entscheiden über das Meiste und diese EntscheidungsträgerInnen agieren dementsprechend auf mehreren Ebenen. Sie geben aber den Vielen die Möglichkeit, zumindest auf wenigen horizontalen Ebenen zu handeln.

Es bestätigt sich die Annahme, dass Güssing und Murau bei der Betrachtung der Partizipationsmöglichkeiten zwei Extreme darstellen. Die Energieregion Güssing wird von einigen wenigen Elitengruppen geprägt, die auf sämtlichen notwendigen horizontalen und vertikalen Ebenen handeln können und wollen. In Murau sind es viele unterschiedliche AkteurInnen die sich je nach Wunsch und Expertise<sup>92</sup> in den Prozess auf horizontalen und vertikalen Ebenen einbringen können. Kötschach-Mauthen ordnet sich dazwischen ein, indem es regionalen AkteurInnen agieren auf horizontalen Ebenen ermöglicht, allerdings nur einige wenige auf den entscheidungsstarken horizontalen und vertikalen Ebenen handeln können (siehe Abbildung 6).

Es kann argumentiert werden, dass die Aufgabe von demokratisch gewählten PolitikerInnen ist, als Delegierte zu handeln. Dass sich also viele WählerInnen auf wenige PolitikerInnen einigen, die dann in die politische Arena treten und dort Entscheidungen zum Wohle der BürgerInnen treffen.

Dies entspricht aber eher dem klassischen Governance-Ansatz, beziehungsweise dem Government-Ansatz, wonach durch wenige zentrale Einheiten und top-down Prozessen zu Entscheidungen gefunden wird.

	<b>Einige wenige AkteurInnen agieren auf...</b>	<b>Viele AkteurInnen agieren auf...</b>
<b>...horizontalen Ebenen</b>		Kötschach-Mauthen
<b>...horizontalen und vertikalen Ebenen</b>	Kötschach-Mauthen, Güssing	Murau

*Abbildung 6*

Geht es um Abhängigkeiten, die die Energieregionen überwinden möchten, so ist eine zentrale, konkret nennbare, die von fossilen Brennstoffen. Alle drei Energieregionen erkennen den Mehrwert in der Nutzung von regionalen, erneuerbaren Energieträgern und stehen der

<sup>92</sup> Zur Diskussion um das notwendige ExpertInnenwissen, um auf bestimmten Ebenen zu partizipieren, siehe auch Kapitel 4.3.2 (Soziotechnisches Betreuungsmodell für Energieregionen nach Bärnthaler und Schauer).

Herausforderung gegenüber, traditionelle Begebenheiten des Fossilismus aufzubrechen und neue Traditionen zu etablieren.

### **5.3 Erreichte Problemlösungskompetenz**

Die erreichte Problemlösungskompetenz zu bewerten und innerhalb einer Kategorie zu vergleichen stellt eine Herausforderung dar. Da die Problemlagen innerhalb einer Energieregion selten an die Öffentlichkeit gelangen, kann auch über die tatsächliche Problemlösungskompetenz keine stichfeste Aussage getroffen werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang allerdings die BürgerInneninitiative „Pro Ludwigshof“ in Güssing. Wie bereits im Kapitel 4.2.1 Regional Governance in Güssing erläutert, konnten die InitiatorInnen der Energieregion diesen Konflikt nicht konstruktiv kanalisieren, und es kam zur Gründung einer BürgerInneninitiative. Diese konkret artikulierte und konstituierte Gegenposition konnte in keiner anderen untersuchten Energieregion beobachtet werden. Insofern konnte Problemlösungskompetenz in Güssing nicht erreicht werden.

In Kötschach-Mauthen wurden allerdings ebenfalls schwelende Konfliktherde angedeutet. So gab es Probleme bei der Planung einer Biogasanlage, die in der Nähe einer Wohnsiedlung gebaut werden sollte. Die Siedlung, die vor allem von Urlaubern und Urlauberinnen in den Sommermonaten bewohnt wird, positionierte sich gegen das Projekt, was wiederum zu Unmut auf der Seite der OrganisatorInnen führte. Zur Zeit der Entstehung dieser Diplomarbeit konnte kein Fortschritt in diesem Konflikt erzielt werden. Auch in Kötschach-Mauthen konnte nach dem Forschungsstand dieser Diplomarbeit nur mäßige Problemlösungskompetenz erreicht werden.

Dass aus Murau keine derartigen Konflikte bekannt sind, heißt nicht, dass es sie nicht gibt. Im Rahmen dieser Diplomarbeit konnten dafür nicht ausreichend Interviews geführt werden, die eventuell zu einem repräsentativeren Ergebnis geführt hätten.

## 6 Fazit

Mit Energieregionen verbinden Außenstehende vorerst einen neu gewählten Zugang, um Abhängigkeiten im Bereich der Energieversorgung aufzubrechen (vgl. u.a. Rohracher, Späth, Walk). Wie sich dieser neuartige Zugang aber tatsächlich, beispielsweise in politischen Prozessen, manifestiert, ist unklar. Deshalb war die forschungsleitende Frage dieser Diplomarbeit danach gerichtet, in wie fern sich in Energieregionen neue Muster von Regionale Governance, also demokratischer Partizipation in Form von „bottom-up“ Prozessen entwickeln. Wie diese Frage schlussendlich beantwortet werden kann, wird nach einer kurzen Zusammenfassung der Ergebnisse dargestellt.

Ausgehend von Späths Vermutung in seinem ausführlichen Forschungspaper für das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) konnte auch in anderen Literaturquellen der wage Verdacht festgestellt werden, dass Energieregionen Potential für mehr zivilgesellschaftliche Beteiligung an (energie-) politischen Themen bergen. Nicht nur das BMVIT, sondern auch andere Ministerien wie etwa das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft (BMLFUW) zeigen großes Interesse am Verlauf von Energieregionen und schreiben Förderungen für deren Gründungen und Fortläufe aus.

Regional Governance Konzepte gehen von einer „Aufwertung der Selbstverantwortung von Regionen als politische Handlungsebene“ aus, die von „intersektorale[r] Kooperation durch regionale Netzwerke und Partnerschaften“ geprägt sind (Böcher/Krott/Tränkner 2008 S. 12f). Es hat sich gezeigt, dass diese Netzwerke und Partnerschaften in den untersuchten Energieregionen tatsächlich entstehen und sich verschiedene Stakeholder auf verschiedenen Ebenen zu Vereinen zusammenschließen, um das Ziel – die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen – zu erreichen.

Kann das Streben nach dieser Unabhängigkeit als Gemeinsamkeit erkannt werden, sind die Gründe und Motivationen hingegen unterschiedlich. Letztere reichen von wirtschaftlichen Bestrebungen, also etwa als Grund, um Kapitalabwanderung zu verhindern und die Stärkung der regionalen Wirtschaft voran zu treiben, bis hin zum ökologischen Gedanken, also den CO<sub>2</sub> Ausstoß zu verringern und die Region auch für zukünftige Generationen lebenswert zu gestalten. Allerdings haben auch die ökologischen Motivationen das Ziel, beispielsweise die Abwanderung der jungen Generation zu verhindern. Sie zeigen damit auch einen ökonomischen Charakter.

Das *wie* und mit *wem* in der Frage zur Erreichung der Ziele in Energieregionen manifestierte sich erwartungsgemäß ebenfalls unterschiedlich. Es bildeten sich in den untersuchten Energieregionen unterschiedliche Handlungsebenen heraus, auf denen unterschiedliche AkteurInnen handlungsfähig sind. Konnte in Güssing festgestellt werden, dass nur wenige die Möglichkeit haben, auf mehreren Ebenen aktiv mitzugestalten, war beim Gegenbeispiel Murau sichtbar, dass viele auf mehreren Ebenen mitwirkten. Kötschach-Mauthen kristallisierte sich als Zwischenmodell, das zwar auch nur wenigen eine aktive Rolle auf mehreren Ebenen ermöglicht, viele aber dazu motiviert werden, auf einer Ebene aktiv zu werden.

Bezüglich des von AutorInnen vermuteten Demokratiedefizites konnte tatsächlich festgestellt werden, dass in bestimmten Entscheidungsprozessen die Wahrung demokratischer Grundstrukturen vernachlässigt wird. Auf Grund der von Energieregionen gewählten Organisationsformen und der Auslagerung bestimmter Entscheidungsstrukturen in Vereine und andere Gesellschaften, ist die Entscheidungsfindung aber durchaus legitimiert und zumindest rechtlich abgesichert.

In Bezug auf die Forschungsfrage kann daher folgendes Ergebnis präsentiert werden: Partizipation an regionalen Geschehnissen kann unterschiedlich erfasst werden. Außerdem kann Partizipation sich in unterschiedlicher Art und Weise ausdrücken. In wie fern sich also in Energieregionen demokratische, bottom-up Partizipationsprozesse entwickeln, liegt bis zu einem bestimmten Grad auch im Auge des Betrachters, der Betrachterin. Bottom-up Prozesse, also Vorgehensweisen, die auch von zivilen BürgerInnen initiiert, aufgebaut und betrieben werden, konnten im Rahmen der drei untersuchten Energieregionen dieser Diplomarbeit nur in Murau festgestellt werden, neue Netzwerke zwischen verschiedenen Stakeholdern in der Region hingegen in allen drei Fallstudien. Auffallend waren in Kötschach-Mauthen und Güssing die Initiativgruppen, beziehungsweise deren AkteurInnen. Meistens waren es Personen aus der Politik und dem gemeindenahen Umfeld, die Projekte starteten und in den Gremien zur Entscheidungsfindung saßen. Es zeigten sich also nur insofern neue Formen von Entscheidungsfindungsprozessen, als dass außerhalb des Gemeinderats energiepolitische Themen behandelt wurden und neue Stakeholder, wie etwa Wirtschaftstreibende, involviert wurden. Der Schluss liegt daher nahe, dass in vielen Fällen alte AkteurInnen in neuem Gewand auftreten. Ein Aufbau neuer prozessualer Strukturen in Energieregionen, in denen auch zivilgesellschaftliche AkteurInnen mehr Einfluss haben, sind, bis auf die Strukturen in der Energieregion Murau, nicht zu erkennen.

Allerdings ist dieser Sachverhalt zu einem bestimmten Maß auch einleuchtend. PolitikerInnen sind vom Volk, salopp ausgedrückt, dafür angestellt, das Wohl der Region anzustreben und Gesetze und Maßnahmen innerhalb ihrer Möglichkeiten und Befugnisse durchzusetzen. Die Frage ist daher vielmehr, ob zivilgesellschaftliche Beteiligung von amtierenden PolitikerInnen nicht mehr gefördert werden sollte. Denn die von Abromeit postulierte individuelle Selbstbestimmung (vgl. Abromeit 2001) könnte gerade mittels regionaler Strukturen einfacher umgesetzt werden, da in kleineren Einheiten besser auf lokale Probleme und Wünsche eingegangen werden kann und diese dann auch besser umgesetzt werden können als etwa bundesweit.

Das Potential für neuartige Regional Governance-Prozesse ist in den Energieregionen aber sehr wohl festzustellen, zumal regionale Identität und dazu gehörige Leitbilder auf lokaler Ebene einfacher zu generieren sind. Genutzt wird dieses Potential aber momentan spärlich bis gar nicht. In diesem Verständnis ist auch wenig Neuartiges zu erkennen, da eben viele Ämter der neuen Netzwerke mit FunktionsträgerInnen der alten Kooperationen bekleidet sind, die Triebkräfte hinter den Prozessen nicht die Zivilbevölkerung sind, und mehr politisches Mitspracherecht der Bevölkerung nur bedingt erwünscht zu sein scheint.

Auch muss festgestellt werden, dass Energieregionen weniger ein Ergebnis der Erkenntnis sind, dass die Klimaentwicklungen der letzten Jahrzehnte einer überzeugten, schnellen Gegensteuerung bedürfen. Viel mehr hat sich gezeigt, dass sich die Hoffnung auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung hinter den Gründungen von Energieregionen verbirgt. Dass sich diese Entwicklungen positiv auf die Klimabilanz der Regionen auswirken, ist ein gewünschter Nebeneffekt.

Dennoch ist ein Nutzen für das Gemeinwohl festzustellen und mit eben dieser Begründung wird auch die Legitimation der Vorgangsweise argumentiert. Denn tatsächlich zeigten Umsetzungen in Energieregionen eine positive Entwicklung der einstigen wirtschaftlichen Problemlagen, wie etwa in Güssing zu sehen ist.

Dort wo die Einbindung der Bevölkerung und anderer, bisher unüblicher Stakeholder stattgefunden hat, kam es zu einem verbesserten Politik-Outcome, wie nach Newig und Fritsch bereits zu erwarten war (vgl. Newig/Fritsch 2009). Zu sehen ist das bei der Energieregion Murau, wo sämtliche InstallateurInnen der Region von sich aus beschlossen haben, unter dem Label „Naturinstallateure“ keine Ölheizungen mehr einzubauen<sup>93</sup>.

---

<sup>93</sup> Vgl. <http://www.bioregionmurau.at/naturinstallateur.php>

Die Kritik Albers (vgl. Alber 2009) zur oftmaligen Ausblendung von Mobilitätskonzepten, ist für die untersuchten Regionen bedingt nachvollziehbar. Zwar sind viele Vorhaben tatsächlich auf Wärme und Strom von privaten Haushalten ausgerichtet, dennoch zeigten alle drei Energieregionen, manche engagierter als andere, entschlossene Konzepte zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Verringerung des Treibstoffverbrauchs aus konventionellen Quellen. Besonders Güssing zeigt durch die Entwicklung von synthetischem Erdgas im Zuge der Holzvergasung einen beachtlichen Weg zur Vermeidung von fossilen Brennstoffen im Bereich Mobilität auf. Die Übertragbarkeit dieser Konzepte auf andere Regionen ist allerdings offen, da standortbedingte Vorteile zu erkennen waren.

Die Übertragbarkeit von Regional Governance-Strukturen wäre hingegen denkbar, wie man anhand des Soziotechnischen Modells aus Murau sehen konnte. Würden die angesprochenen, regionalen Spezifika zwar beträchtliche Herausforderungen darstellen, könnten strukturelle Herangehensweisen und Prozessvorgänge sehr wohl übertragbar sein.

Die untergeordneten Forschungsfragen nämlich, wenn es eine neue Form von partizipativen Beteiligungsprozessen gibt, welche Rolle sie dann beim Erreichen von Energieautarkie spielen, können wie folgt beantwortet werden. Da neue Formen von partizipativen Beteiligungsprozessen nur in Murau festgestellt werden konnten, die Energieregion Güssing aber beispielsweise mindestens ebenso erfolgreich ist, liegt der Schluss nahe, dass zivilgesellschaftliche Partizipation keine direkte Auswirkung auf das Gelingen der Region zeigt. Der Erfolg scheint sich sogar ohne diese Ebene der Beteiligung schneller einzustellen als mit ihr. Allerdings muss zu Zeiten, in denen von vielen Seiten große Politikverdrossenheit postuliert wird, gefragt werden, ob es allgemein nicht wichtig ist, den vielleicht längeren Weg zum Erfolg zu gehen, um das Demokratieverständnis zu stärken und die Beteiligung an politischen Prozessen zu stimulieren.

Die finanzielle Lage der Gemeinden ist ein weiteres dringendes Thema. So hat Güssing etwa den großen Vorteil, dass die für den Erfolg so wichtige Holzvergasungstechnologie aus Forschungsgeldern des wissenschaftlichen Teams „mitgebracht“ wurden. Bärnthaler bestätigte, dass das Gelingen auch stark von der finanziellen Lage abhängen würde (vgl. Interview Bärnthaler 2011).

Die dritte Unterfrage, nämlich in wie weit sich in Energieregionen tatsächlich andere, demokratische Strukturen parallel zum Gemeinderat und anderen politischen Institutionen entwickeln, die fähig sind an Fördermittel zu gelangen, kann folgendermaßen beantwortet



werden: Entwicklungen hin zu einer Organisation der Energieregion, die parallel und gleichwertig wie die politischen Strukturen des Gemeinderates funktionieren, konnte keine festgestellt werden. Vereine, Genossenschaften und andere Organisationsformen entwickelten sich allerdings in den untersuchten Regionen. Somit wurden rechtliche Grundlagen geschaffen, um etwa an Fördermittel zu gelangen. Das bereits erwähnte, mögliche Demokratiedefizit ist dabei aber zu beachten.

Energieregionen weisen also Potential für eine erfolgreiche zivilgesellschaftliche Beteiligung auf, das bis jetzt aber nur spärlich genutzt wird. Des Weiteren zeigen Energieregionen auf, dass auf lokaler Ebene Autarkie-Konzepte gelingen können und damit – wenn auch ursprünglich aus anderen Gründen – als ein erfolgreiches Modell gesehen werden können, um in ländlichen Regionen dem Klimawandel entgegenzutreten. Aber auch die ursprünglich formulierten Gründe der Energieregionen scheinen sich zu verwirklichen. Die Abwanderungsrate in Güssing hat sich gewendet und durch die Nutzung der regionalen Biomasse konnte der Kapitalabfluss vermindert werden.

Die naheliegende Frage, unter welchen Bedingungen schlussendlich neuartige Regional Governance-Prozesse entstehen können, lässt sich mit den Ergebnissen dieser Untersuchung nur schwer beantworten. Es wurde sichtbar, dass sich eine außenstehende, neutrale Person oder Beratungsgruppe bewähren kann, um verschiedene Strömungen aus der Zivilbevölkerung im Entstehungsprozess kanalisieren zu können und in Folge eigenständige Governance-Prozesse zu gewährleisten. Des Weiteren ist das Wissen um die Technologie selbst ebenfalls ein wichtiger Faktor für das Entstehen von Regional Governance-Prozessen. Wie man die Zivilbevölkerung aber nachhaltig zur Partizipation motivieren kann, und wie Regional Governance-Prozesse tatsächlich stimuliert werden können, bleibt ob der fehlenden quantitativen Befragung von BürgerInnen offen.

Ein selten erwähnter Vorteil von Energieregionen ist die Möglichkeit der Stärkung des Demokratieverständnisses in der Bevölkerung. Durch gezieltere Förderung des Ausbaus von Beteiligungsstrukturen könnte ein wirksamer Schritt gesetzt werden um BürgerInnen wieder zu mehr Mitgestaltung zu bewegen. Eine größer angelegte finanzielle Förderung solcher Konzepte sollte aus Sicht dieser Forschungsergebnisse daher stark in Betracht gezogen werden.

## 7 Literaturverzeichnis

- Abromeit, Heidrun: Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie. Leske + Budrich, Opladen, 2002.
- Alber, Gotelind: Energieregionen in Österreich. In: Keppler, Dorothee/ Walk, Heike/ Töpfer, Eric/ Dienel, Hans-Liudger: Erneuerbare Energien ausbauen! Erfahrungen und Perspektiven regionaler Akteure in Ost und West. Oekom Verlag, München, 2009.
- Altwater, Elmar (Hrsg.): Ablasthandel gegen Klimawandel? VSA Verlag, Hamburg, 2008.
- Baum, Josef: Die Entwicklung lokaler Nachhaltigkeit am Beispiel der Region Kautzen in Niederösterreich. Bedingungen, Erfolge und Probleme beim Einschlagen des Weges einer nachhaltigen Entwicklung. Rainer Hampp Verlag, München, 2004.
- Benz, Arthur/ Lütz, Susanne/ Schimank, Uwe/ Simonis, Georg (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2007.
- Bärnthaler, Josef/ Schauer, Kurt: Umsetzungsmanual. Soziotechnisches Betreuungsmodell für Energieregionen der Zukunft. Energieagentur Obersteiermark und Wallner & Schauer GmbH, Zeltweg, 2008.
- Brunnengräber, Achim/ Burchardt, Hans-Jürgen/ Görg, Christoph: Mit mehr Ebenen zu mehr Gestaltung? Multi-Level-Governance in der transnationalen Sozial- und Umweltpolitik. Nomos, Baden-Baden, 2008.
- Brunnengräber, Achim/ Walk, Heike (Hrsg.): Multi-Level-Governance. Klima-, Umwelt- und Sozialpolitik in einer interdependenten Welt. Schriften zur Governance-Forschung, Band 9. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007.
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie: Forschungsforum 1/2007. Wien, 2007.
- Bode, Ingo/ Evers, Adalbert/Klein Ansgar (Hrsg.): Bürgergesellschaft als Projekt. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2009.
- Böcher, Michael/ Krott, Max/ Tränkner, Sebastian: Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung. Ergebnisse der Begleitforschung zum Modell- und Demonstrationsvorhaben „Regionen Aktiv“. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2008.
- Gärtner, Heinz: Internationale Sicherheit. Definitionen von A - Z. Nomos, Baden-Baden, 2005.

- Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1992.
- Jessop, Bob: Multi-level Governance and Multi-level Metagovernance. Changes in the European Union as Integral Moments in the Transformation and Reorientation of Contemporary Statehood. In: Bache, Ian/Flinders, Matthew (Hrsg.): Multi-level Governance. Oxford University Press, New York, 2004.
- Keglovits, Christian: Die Entwicklung der Erneuerbaren Energie in Güssing und deren Auswirkungen. Europäisches Zentrum für Erneuerbare Energien GmbH, Güssing, 2010.
- Keglovits, Christian: Häufig gestellte Fragen. Europäisches Zentrum für Erneuerbare Energien GmbH, Güssing, 2010a.
- Kooiman, Jan: Governing as Governance. Sag, London, 2002.
- Mayntz, Renate: Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? In: Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien. Nomos, Baden-Baden, 2006.
- Mayntz, Renate: Von der Steuerungstheorie zu Global Governance. In: Schuppert, Gunnar Folke/Zürn, Michael (Hrsg.): Governance in einer sich wandelnden Welt. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2008.
- Meyers Großes Taschenlexikon, 8. Auflage. B. I. Taschenbuchverlag, Mannheim, 2001.
- Mez, Lutz/ Brunnengraber, Achim: Auf dem Weg in die Zukunft – Erneuerbare Energien. In: Altwater, Elmar (Hrsg.): Ablasshandel gegen Klimawandel? VSA Verlag, Hamburg, 2008, S. 216-235.
- Neuwerth, Sabine: Regional Governance in der nachhaltigen Regionalentwicklung – das Projekt Erneuerbare Energien in Passau. Masterarbeit an der Universität für Bodenkultur. Wien, 2010.
- Newig, Jens/ Fritsch, Oliver: Der Beitrag zivilgesellschaftlicher Partizipation zur Effektivitätssteigerung von Governance. Eine Analyse umweltpolitischer Beteiligungsverfahren im transatlantischen Vergleich. In: Bode, Ingo/ Evers, Adalbert/ Klein, Ansgar (Hrsg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2009.
- Österreichischer Biomasse Verband (Hrsg.): Auf dem Weg zur energieautarken Gemeinde. Programme, Fakten, Best Practice. Österreichischer Biomasse Verband, Wien, 2011.

- Späth, Philipp/ Rohracher, Harald: ‚Energy regions‘: The transformative power of regional discourses on socio-technical futures. In: Research Policy. Band 39, S. 449-458, Maryland, 2010.
- Sturm, Roland/ Bauer, Michael W.: Governance und Regionen – Die theoretische Debatte. In: Sturm, Roland/ Dieringer, Jürgen (Hrsg.): Regional Governance in EU-Staaten. Verlag Barbara Budrich, Opladen, 2010.
- Verbundgesellschaft (Hrsg.): Leistungsfähigkeit der Netze und Versorgungssicherheit. Herausforderungen durch den Ausbau der Windenergie in Österreich. Schriftenreihe der Forschung im Verbund, Band 82. Wien, 2003.
- Walk, Heike: Demokratische Herausforderungen für Multi-Level-Governance. Ein Blick aus partizipativer Perspektive. In: Brunnengräber, Achim/Walk, Heike (Hrsg.): Multi-Level-Governance. Klima-, Umwelt- und Sozialpolitik in einer interdependenten Welt. Schriften zur Governance-Forschung, Band 9. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007.
- Walk, Heike: Partizipative Governance. Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2008.
- Walk, Heike/ Dienel, Hans-Liudger: Kooperationsnetze und lokale Governance-Formen als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen. In: Bode, Ingo/ Evers, Adalbert/ Klein, Ansgar (Hrsg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2009.

## 8 Onlinequellen

- Alpen Adria Energie in Kötschach-Mauthen. Onlinequelle: <http://www.global2000.at/site/de/magazin/technologie/AAE/> [Letzter Zugriff: 17.5.2011]
- Audit-Bericht zur e5 Zertifizierung der Marktgemeinde Kötschach-Mauthen. Energie:Bewusst Kärnten, die unabhängige Energieberatung, Klagenfurt, 2010. Onlinequelle: [http://www.e5-gemeinden.at/fileadmin/docs/pdf/kaernten/auditberichte/2008/Audit-Bericht\\_Koetschach-Mauthen\\_2010.pdf](http://www.e5-gemeinden.at/fileadmin/docs/pdf/kaernten/auditberichte/2008/Audit-Bericht_Koetschach-Mauthen_2010.pdf) [Letzter Zugriff: 3.10.2011].
- Burgenländischer Waldverband: <http://www.bvw.at/index.php> [Letzter Zugriff: 30.6.2011].
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft: Daten und Zahlen zum österreichischen Wald. Onlinequelle: <http://www.forstnet.at/article/articleview/60285/1/1453> [Letzter Zugriff: 12.4.2011].
- Biogasinformation. Onlinequelle: <http://www.kompost-biogas.info> [Letzter Zugriff: 10.5.2011].
- BIV – Grün-Alternativer Verein zur Unterstützung von BürgerInnen-Initiativen: 19. Bericht über das Jahr 2009. c/o Grüner Club im Parlament, Wien, 2010. Onlinequelle: [http://www.gruene.at/uploads/media/Ber20-2009\\_ohne\\_Deckblatt\\_01.pdf](http://www.gruene.at/uploads/media/Ber20-2009_ohne_Deckblatt_01.pdf) [Letzter Zugriff: 9.1.2012].
- BIV – Grün-Alternativer Verein zur Unterstützung von BürgerInnen-Initiativen: 20. Bericht über das Jahr 2010. c/o Grüner Club im Parlament, Wien, 2011. Onlinequelle: [http://www.buergerinitiativen.at/Jahresbericht\\_2010.pdf](http://www.buergerinitiativen.at/Jahresbericht_2010.pdf) [Letzter Zugriff 9.1.2012].
- Brundtland Bericht: Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future. Genf, 1987. Onlinequelle: <http://upload.wikimedia.org/wikisource/en/d/d7/Our-common-future.pdf> [Letzter Zugriff: 23.3.2011].
- Bärnthaler, Josef/ Koblmüller, Manfred: Energie-Regionen: Worüber reden wir? Höflein, 2009. Onlinequelle: [http://www.leader-austria.at/leader/veranstaltungen/downloads-veranstaltung/energieregionen\\_juni09/baernthaler\\_koblmueeller](http://www.leader-austria.at/leader/veranstaltungen/downloads-veranstaltung/energieregionen_juni09/baernthaler_koblmueeller) [Letzter Zugriff: 14.3.2011].
- e5 Programm für energieeffiziente Gemeinden. Onlinequelle: <http://www.e5-gemeinden.at/> [Letzter Zugriff: 5.5.2011].

## 8 Onlinequellen

Energiegemeinde Kötschach-Mauthen. Onlinequelle: <http://energie-autark.at/> [Letzter Zugriff: 27.9.2011].

Energielexikon: Fossile Brennstoffe. Onlinequelle: <http://www.energieinfo.de/eglossar/node56.html> [Letzter Zugriff: 10.11.2011].

Energievision Murau. Onlinequelle: <http://www.energievision.at> [Letzter Zugriff: 28.3.2011].

EU Glossar auf der Homepage der Parlamentes der Österreichischen Republik. Onlinequelle: <http://www.parlament.gv.at/PERK/GL/EU/Alle.shtml> [Letzter Zugriff: 27.6.2011].

Europäische Gemeinschaften: Factsheet. Der Leader-Ansatz. Ein grundlegender Leitfaden. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, 2006. Onlinequelle: [http://ec.europa.eu/agriculture/publi/fact/leader/2006\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/publi/fact/leader/2006_de.pdf) [Letzter Zugriff: 17.5.2011].

Holzwelt Murau. Onlinequelle: [http://www.holzwelt.at/a\\_holzwelt/front\\_content.php?idcat=22](http://www.holzwelt.at/a_holzwelt/front_content.php?idcat=22) [Letzter Zugriff: 7.7.2011].

Internationale Energie Agentur (Hrsg.): Energie-technologische Perspektiven 2010. Szenarien und Strategien bis 2050. German Executive Summary. Paris, 2010. Onlinequelle: [http://www.iea.org/techno/etp/etp10/German\\_Executive\\_Summary.pdf](http://www.iea.org/techno/etp/etp10/German_Executive_Summary.pdf) [Letzter Zugriff: 22.3.2011].

Internetportal zu Governance und nachhaltiger Entwicklung. Onlinequelle: <http://www.governance.at/> [Letzter Zugriff: 16.5.2011].

Koch, Reinhard et al.: Energieautarker Bezirk Güssing. Berichte aus Energie- und Umweltforschung. Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. Wien, 2006. Onlinequelle: [http://143.130.16.34/edz\\_pdf/0682\\_energieautarker\\_bezirk\\_guessing.pdf](http://143.130.16.34/edz_pdf/0682_energieautarker_bezirk_guessing.pdf) [Letzter Zugriff: 17.3.2011].

Klima- und Energiefonds der Österreichischen Bundesregierung: Ausschreibungsleitfaden für Klima- und Energie-Modellregionen. Wien, 2009. Onlinequelle: <http://www.klimafonds.gv.at/home/foerderungen/foerderaktion-klima-und-energie-modellregionen.html> [Letzter Zugriff: 5.5.2011].

Klima- und Energiefonds der Österreichischen Bundesregierung: Leitfaden Klima- und Energiemodellregionen – Ausschreibung 2011. Onlinequelle: <http://www.klimafonds.gv.at/assets/Uploads/Downloads-Frderungen/KuE->

- Modellregionen/LeitfadenKlimaundEnergieModellregionen2011final110428.pdf [Letzter Zugriff: 3.10.2011].
- Lexikon der Nachhaltigkeit. Onlinequelle: [http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brundtland\\_report\\_1987\\_728.htm](http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brundtland_report_1987_728.htm) [Letzter Zugriff: 28.3.2011].
- Life Cycle Assessment of Photovoltaics. Workingpaper von esu-services. Onlinequelle: <http://www.esu-services.ch/fileadmin/download/jungbluth-2008-LCA-PV-web.pdf> [Letzter Zugriff: 5.10.2011].
- Mayntz, Renate: Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper 04/1, März 2004. Onlinequelle: <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp04-1/wp04-1.html> [Letzter Zugriff: 11.10.2011].
- Naturinstallateure Murau. Onlinequelle: <http://www.bioregionmurau.at/naturinstallateur.php> [Letzter Zugriff: 17.11.2011].
- Niederösterreichische Nachrichten (NÖN): Wagner, Sarah: Ludwigshofer warten seit Oktober auf Gespräch. Güssing, 2011. Onlinequelle: <http://www.noen.at/lokales/bvz-ausgaben/guessing/aktuell/Ludwigshofer-warten-seit-Oktober-auf-Gespraech;art5631,26994> [Letzter Zugriff: 9.1.2012].
- Ökoenergieland. Onlinequelle: <http://www.oekoenergieland.at/info.html> [Letzter Zugriff: 23.10.2011].
- Ökoenergieregion Hallein-Salzburg. Onlinequelle: <http://www.salzburg.gv.at/Energieleitbild> [Letzter Zugriff: 28.3.2011].
- Renner, Herwig: Technische Aspekte der Netzintegration erneuerbarer Energien. Energy Lunch TU Graz, 2010. Onlinequelle: [http://noest.ecoundco.at/news/docs/27969\\_Stromnetz\\_Renner.pdf](http://noest.ecoundco.at/news/docs/27969_Stromnetz_Renner.pdf) [Letzter Zugriff: 23.3.2011].
- Späth, Philipp: EnergieRegionen: Wirksame Leitbildprozesse und Netzwerke zur regionalen Gestaltung sozio-technischen Wandels. Berichte aus Energie- und Umweltforschung. Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. Wien, 2007. Onlinequelle: [http://www.nachhaltigwirtschaften.at/edz\\_pdf/0729\\_energieregionen.pdf](http://www.nachhaltigwirtschaften.at/edz_pdf/0729_energieregionen.pdf) [Letzter Zugriff: 14.3.2011].
- Statistik Austria: Gemeindedaten Güssing. Onlinequelle: <http://www.statistik.at/blickgem/gemDetail.do?gemnr=10405> [Letzter Zugriff: 7.7.2011].

## 8 Onlinequellen

Statistik Austria: Gemeindedaten Murau. Onlinequelle:

<http://www.statistik.at/blickgem/gemDetail.do?gemnr=61411> [Letzter Zugriff: 7.7.2011].

Umweltbundesamt, Definition für erneuerbare Energien. Onlinequelle:

<http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/energie/energietraeger/erneuerbareenergie/> [Letzter Zugriff: 4.4.2011]

Verordnung 105/2007 der Kommission. Onlinequelle: [http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:039:0001:01:DE:HTML)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:039:0001:01:DE:HTML](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:039:0001:01:DE:HTML)  
[Letzter Zugriff: 17.5.2011].

Wahlergebnisse Burgenland:

Ergebnisse der Landtagswahl 2010. Onlinequelle:

<http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/Wahlergebnisse.htm> [Letzter Zugriff: 18.10.2011].

Ergebnisse der Gemeinderats- und BürgermeisterInnenwahlen 2007. Onlinequelle:

<http://wahlen.bgld.gv.at/wahlens/435.htm> [Letzter Zugriff: 18.10.2011].

Wahlergebnisse Kärnten:

Ergebnisse Gemeinderatswahl 2009. Onlinequelle: <https://info.ktn.gv.at/grwahl2009/>

[Letzter Zugriff: 18.10.2011].

Wahlergebnisse Steiermark:

Ergebnisse der Gemeinderatswahl 2010. Onlinequelle:

<http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/4514891/DE/> [Letzter Zugriff:  
18.10.2011].

Wallner, Anja: Klein- und Kleinstwasserkraftwerke im oberen Drautal. Fachbereichsarbeit,

Spital/Drau

2000.

Onlinequelle:

[http://www.univie.ac.at/pluslucis/FBA/FBA00/wallner/p06\\_9.htm](http://www.univie.ac.at/pluslucis/FBA/FBA00/wallner/p06_9.htm) [Letzter Zugriff:  
10.11.2011].



## 9 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: „Lokale Initiative der Stadtgemeinde Güssing“. (Keglovits 2010, S.6) S.54

Abbildung 2: „Die Entwicklung strukturschwacher, ländlicher Regionen“.

(Bärnthaler/Schauer 2008, S.3) S.60

Abbildung 3: „Darstellung der Gruppen in der Energievision Murau“. Onlinequelle:

<http://energievision.at/cms/Struktur.asp?n=147> [Letzter Zugriff: 5.1.2012], S.61

Abbildung 4: „Lokale Initiative der Stadtgemeinde Güssing“. (Keglovits 2010, S.6) S.74

Abbildung 5: „Die Struktur der Prozesse in Murau“. (Bärnthaler/Schauer 2008, S.22) S.74

Abbildung 6: „Das Agieren auf horizontalen und vertikalen Ebenen“, Eigendarstellung. S.75

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

## 10 Interviewverzeichnis

Interview 1:

Geführt mit **Keglovits Christian**, verantwortlich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit am Europäischen Zentrum für Erneuerbare Energien in Güssing. Geführt am 21.7.2011.

Interview 2:

Geführt mit **DI Josef Bärnthaler**, Geschäftsführer der Energieagentur Obersteiermark, Mitinitiator der „Energievision Murau“. Geführt am 17.10.2011.

Interview 3:

Geführt mit **Walter Hartlieb**, Bürgermeister der Gemeinde Kötschach-Mauthen, geführt am 12.10.2011.

Interview 4:

Geführt mit **Sabrina Barthel**, Leiterin des Vereinsbüros „energie:autark Kötschach-Mauthen“ geführt am 11.10.2011.

## 11 Kurzbiographie der Autorin

**Agnes Katharina Sieberth, geboren am 19. Juli 1985 in Oberndorf bei Salzburg.**

Schwerpunkt: Wissenschaftlicher Werdegang

- |                        |   |
|------------------------|---|
| <b>09/1991</b>         | Einschulung an der Deutschen Schule New York.   |
| <b>09/1995</b>         | Aufnahme an das Musische Gymnasium Salzburg.  |
| <b>06/2003</b>         | Reifeprüfung am Musischen Gymnasium Salzburg.   |
| <b>03/2004</b>         | Inskription an der Universität Wien: Politikwissenschaft.   |
| <b>01/2007-01/2008</b> | Europäischer Freiwilligendienst: Luxemburg.   |
| <b>09/2008-11/2008</b> | Praktikum an der ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in Wien, IAEA, UNIDO und CTBTO (Prep.Com.).    |
| <b>03/2010-07/2010</b> | Assistentin bei Univ.-Doz. Dr. Heinz Gärtner für das Forschungspraktikum: „The nuclear conflict with Iran and North Korea“. |
| <b>08/2010</b>         | Stipendiatin der IG Wien am Forum Alpbach.  |